

# Aufrüstung bleibt Regierungsräson



Foto: Ein Dalmier / Wikimedia Commons / CC-BY-SA 4.0

**Links!**  
im Digitalabo. Jede  
Ausgabe schon drei Tage  
früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:  
[www.links-sachsen.de/abonnieren](http://www.links-sachsen.de/abonnieren),  
[aboservice@links-sachsen.de](mailto:aboservice@links-sachsen.de)  
oder 0351/84 38 9773.

# Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt  
Oktober 2018

„Und täglich grüßt das Murmeltier“, denke ich mir beim Bundeshaushalt 2019. Betrachte ich den Entwurf zum Verteidigungsetat, habe ich das Gefühl, das alles schon einmal gelesen zu haben. Über den Haushalt für 2018 schrieb ich, dass der Verteidigungsetat mit 38,5 Milliarden Euro einen historischen Höchststand erreicht – 2019 soll er weiter auf 42,9 Milliarden Euro anwachsen. Ich schrieb, dass es angesichts der Verwerfungen in der internationalen Politik unverantwortlich sei, die Mittel des Auswärtigen Amtes und des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Haushalt 2018 abzuschmelzen – 2019 sollen beide nochmals je 76 Millionen Euro weniger erhalten. Skeptisch war ich in Bezug auf die Verpflichtung des Koalitionsvertrages, Erhöhungen im Verteidigungsetat sollten 1:1 in die Entwicklungszusammenarbeit gespiegelt werden – zu Recht, denn 2019 ist das noch weniger der Fall.

Mich überrascht das alles nicht. Denn es ist die fortgesetzte Regierungsräson, die strukturellen Probleme der Bundeswehr mit immer mehr Geld wegschütten zu wollen, statt sie an der Wurzel anzugehen. Das Hauptproblem besteht nach wie vor darin, dass es keine langfristige politische Strategie darüber gibt, was die Bundeswehr ist und was sie leisten soll. Das belegt der Entwurf des Etats. Die Ausgaben für internationale Verpflichtungen steigen weiter an, die NATO-Quote wird auf gut 1,3 Prozent angehoben. Gleichzeitig ist der zweitgrößte Einzelposten mit rund 6,5 Milliarden Euro die Beschaffung von Material, aber vorwiegend solches, das auf nationaler Ebene „Fähigkeitslücken“ schließen soll. Da haben wir das gleiche Begründungsmuster wie 2018: Steigende Ausgaben im Innern werden mit internationalen Bündnisverpflichtungen begründet.

Erhöhte Haushaltsansätze sind keine Problemlöser, denn schon in den letzten Jahren konnten Mittel nicht wie geplant ausgegeben werden. Neh-

men wir als Beispiel die neuen Fregatten der Bundesmarine, das Projekt F125 (Foto). 2019 sollen nochmals 67 Millionen Euro hinzukommen, obwohl die 2018 eingeplanten 296,5 Millionen Euro nicht abfließen werden, denn dieses Jahr wird keine Abnahme erfolgen. Ferner: Die Lieferverträge stammen von 2007. Gleich nach der Indienstellung werden die neuen Schiffe also zur Nachrüstung in einer Werft verschwinden. Was aber nicht ausgegeben werden kann, soll nach Willen der Koalition 2018 und ebenso 2019 bis zu einer Höhe von 500 Millionen Euro in die „Sparbüchse“ eingehen, welche faktisch einen Schatzenhaushalt begründet.

Wieder grüßt das Murmeltier: Der Bundesrechnungshof moniert den ungenügenden Mittelabfluss seit Jahren. Mangelnde Planung und Vergeudung von Steuermitteln, die an anderer Stelle sinnvoller einzusetzen sind, liegen auch an der chronischen Unterbesetzung des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr. Diesem fehlen Fachleute, welche die Beschaffungszeiträume und die entsprechenden Verträge zugunsten des Geldgebers, also des Staates, gestalten können. Anstatt hier anzusetzen, vergibt das Verteidigungsministerium immer mehr Planungs- und Beschaffungsaufträge an externe Beratungsfirmen und Start-ups.

Das ist alles sehr unbefriedigend. Aber „Skandal!“ zu rufen reicht mir nicht, auch wenn meine Handlungsmöglichkeiten als Oppositionspolitiker begrenzt sind. Darum werde ich die parlamentarische Kontrolle der „Sparbüchse“ durch den Haushaltsausschuss aufrechterhalten. Zudem will ich unter anderem nachprüfen, ob und wie weit der Einzelposten zur „Absicherung von ehemaligen SoldatInnen auf Zeit gegen Arbeitslosigkeit“ ausgeschöpft und ausgestattet ist. Denn Veränderung beginnt beim Kümmern um das einzelne Individuum.

• Michael Leutert

ISSN 2193 682X



9 772193 682004

Polnische Kulturtage in Dresden gibt es schon lange. Ein wenig wundert man sich, dass zum 100. Tag der Staatsgründung Polens in der deutsch-polnischen Stadt Görlitz/Zgorzelec gar nichts passiert. Die Stadtverwaltung meldet immerhin: „Am 11. November, dem Unabhängigkeitstag in Polen, wird wieder eine zentrale Gedenkfeier in unserer Partnerstadt Zgorzelec stattfinden.“ Görlitz wollte mal Kulturhauptstadt Europas werden – auch wegen der angeblich guten Beziehungen zu den Nachbarn. Doch nicht einmal 2018 hat man versucht, deutsch-polnische Kulturtage ins Leben zu rufen. Während sich die Tschechischen Kulturtage über die Elbe hinauf bis nach Dresden ziehen, bleiben die polnischen wieder auf Dresden beschränkt. Ralf Richter sprach mit Joanna Magacz, Projektleiterin der Polnisch-Deutschen Kulturtage und Leiterin des Kraszewski-Museums in Dresden.

**Es sind in diesem Jahr bereits die 6. Polnisch-Deutschen Kulturtage in Dresden. Was wird geboten?**

Die Polnisch-Deutschen Kulturtage dauern vom 27. September bis zum 25. November. Konzerte, Ausstellungen, Lesungen, Vorträge, das alles ist im Programm unter polnische-kulturtage-dresden.de. Es fällt mir schwer, einen besonderen Höhepunkt herauszugreifen. Aber natürlich ist es in diesem Jahr ein besonderes Ereignis für alle Polen, den hundertsten Jahrestag der Unabhängigkeit zu feiern. An diesem Tag gibt es bei freiem Eintritt eine Festveranstaltung im Festsaal des Dresdner Stadtmuseums. Prof. Igor Kakolewski vom Zentrum für historische Forschung in Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften wird über „Polens wiedererlangte Unabhängigkeit 1918 und vergessene Aspekte der sächsisch-polnischen Beziehungen“ sprechen. Dazu gibt es musikalische Umrahmung und einen Fahnentanz, dargeboten durch Kinder der in Sachsen lebenden polnischen Familien.

**Vor 400 Jahren begann mit dem Fenstersturz in Prag der Dreißigjährige Krieg. Sie erinnern mit der Vorstellung der Friedenskirchen daran. Was hat es damit auf sich?**

Das Kraszewski-Museum arbeitet seit Jahren gut mit dem Marschallamt Niederschlesien zusammen. In diesem Jahr hat das Marschallamt uns angeboten, eine hervorragende Fotoausstellung über Friedenskirchen in Niederschlesien in Dresden zu zeigen. Diese Ausstellung war Anfang des Jahres in Breslau im sächsischen Verbindungsbüro zu sehen. Als ich die Fotos dort sah, dachte ich sofort, dass ich den Dresdnern und Dresdenbesuchern unbedingt die Chance geben möchte, die Bilder zu besichtigen. Es handelt sich um wunderbare großformatige Fotografien der Breslauer Fotografin Barbara Kurniak. Die Fotos zeigen eine Pracht und einen Detailreichtum, wie ihn selbst Kirchenbesucher so kaum in seiner Fülle registriert haben.

**Wie kam es zum Bau der Friedenskirchen und wo stehen sie?**

Diese Kirchen wurden gegen Ende des 30jährigen Krieges gebaut. Im Westfälischen Frieden verpflichtete sich der Kaiser in einem Toleranzedikt, den Protestanten in Glogau, Schweidnitz und Jauer

# Polnisch-Deutsche Kulturtage in Dresden

Ralf Richter sprach mit Joanna Magacz über die deutsch-polnischen Beziehungen



den Bau von jeweils einer Kirche zu gestatten. Allerdings mussten die Kirchen außerhalb der Stadtmauern liegen und aus nicht dauerhaftem Material, also Lehm und Holz, errichtet werden. Eine der Kirchen, die in Glogau, hat die Zeiten allerdings nicht überstanden. Heute sind die niederschlesischen deutsch-polnischen protestantischen Gemeinden in den beiden anderen Kirchen sehr aktiv. Damit fungieren beide als lebendige Kulturzentren in Niederschlesien.

**Wurden diese Kleinode auch international gewürdigt?**

Die UNESCO stufte die liebevoll von polnischen Restauratoren hergerichteten Friedenskirchen in Swidnica und Jawor 2001 als Weltkulturerbe ein. Man kann an diesem Beispiel sehen, wie das heutige Polen das deutsche Erbe bewahrt.

**Dresden will 2025 Europäische Kulturhauptstadt werden. In den größten Glanzzeiten waren die sächsischen Kurfürsten Könige von Polen, daher ist die sächsische eng mit der polnischen Geschichte verwoben. Wie sehen die Polen in Dresden die Bewerbung?**

Wir haben in diesem Jahr mit dem Leiter des Dresdner Kulturhauptstadtbüros, Stephan Hoffmann, Gespräche geführt. Wir haben unsere Unterstützung bekundet, während das Kulturbüro der Kulturhauptstadt auch unseren Beitrag anerkennt. Somit ist das Büro gegenwärtig

Mitveranstalter der Polnisch-Deutschen Kulturtage. Das Kulturhauptstadtbüro hat seinerseits enge Verbindungen zu Breslau, so dass in den nächsten Jahren die Verbindung vonseiten des Kraszewski-Museums und des Kulturbüros nach Breslau intensiviert wird. Es freut mich auch sehr, wenn ich im Programm des Kulturhauptstadtbüros lese, dass Dresden ein Ort ist, der den Osten mit dem Westen verbindet. Und es ist ein Ort, in dem Fremde auch zu Hause sind.

**Dresden war auch immer Zufluchtsstätte und Heimstatt für Zuwanderer aus dem Osten – egal ob es sich um böhmische Glaubensflüchtlinge handelte oder um von den politischen Umständen Verfolgte aus Polen.**

Wer die polnische Geschichte kennt, weiß, dass es unter den polnischen Intellektuellen des 19. Jahrhunderts kaum einen gibt, der nicht in dieser schwierigen Zeit in Dresden gewesen wäre. Und das nicht etwa nur als Gast und Besucher. Für viele Künstler und Schriftsteller war Dresden entweder eine Zwischenstation auf ihrer weiteren Migration wie nach Paris – wenn ich Chopin denke –, oder sie haben sich hier ganz niedergelassen, wie Józef Ignacy Kraszewski.

**Die diesjährigen Kulturtage stehen unter dem Thema „Danzig und Breslau – Städte der Polen und der Deutschen“. Man braucht nur**

**den historischen katholischen Friedhof in der Friedrichstadt zu besuchen, um festzustellen, dass dieser Titel „Stadt der Polen und der Deutschen“ sehr wohl auch auf Dresden zutrifft.**

Bei der Gestaltung des diesjährigen Programms mit Gdansk und Wrocław, Danzig und Breslau ließen wir uns davon inspirieren, wie verschiedene Völker und Kulturen, Polen und Deutsche gemeinsam das Kulturleben aller drei Städte über Jahrhunderte gestaltet haben. Man kann von einer gesunden Mischung aus Fremden und Einheimischen sprechen, die den Städten überhaupt erst ihre jeweiligen Entwicklungen ermöglicht haben. Offenheit und Toleranz sind wichtige Werte aller drei Städte.

**Es ist ja gerade die Offenheit und Toleranz, die die Anziehungskraft einer Stadt wie Gdansk ausmacht – und wahrscheinlich wird das auch auf Wrocław zutreffen.**

Wenn man sich mit den Breslauern unterhält, dann hört man: Wir können gar nicht anders als so tolerant sein, denn wir sind alle fremd in dieser Stadt. Für die Breslauer war es ein längerer Prozess, eine neue eigene Identität zu finden, und dazu gehört auch die Verbindung zu einer anderen Kultur. Denn an jeder Ecke sieht man das an der Architektur. Heute betrachten die Menschen in Wrocław das deutsche Erbe als untrennbaren Teil ihrer Identität und gehen beeindruckend pfleglich damit um.

**Vielen Wrocław-Besuchern ist wohl nicht klar, woher die Familien der heute dort lebenden Menschen stammen. Das Gleiche trifft auf Gdansk zu. Könnten die dortigen Museen nicht die Migrationsgeschichte demonstrieren?**

Die meisten der heutigen Breslauer haben ihre Wurzeln in der heutigen Ukraine, in der Lemberger Region. Sie wurden von dort vertrieben. Die Danziger wiederum stammen aus Litauen, aus der Region um Vilnius. Ein Paradebeispiel ist der Autor Stefan Chwin, der 1949 in Gdansk geboren wurde. Er wird bei den Kulturtagen sein Buch „Ein Deutsches Tagebuch“ vorstellen. Seine Eltern waren aus Vilnius vertrieben worden. Es wäre zu überlegen, ob man die Migrationsgeschichte präsentiert. Es ist ein bekanntlich sehr schwieriges Thema.

**Es ist ja bald Weihnachten. Polen kann ein Reiseziel sein. Haben Sie noch andere Empfehlungen, und wann kann man wieder ein polnisches Theaterstück erleben?**

Am 22. November beginnt in Dresden-Hellerau das Festival des aktuellen polnischen Theaters. Es geht bis zum 2. Dezember. Die Besucher werden Theater, Performances, Installationen und künstlerische Begegnungen erleben können. Alles im Europäischen Zentrum der Künste in Hellerau. Ans Herz legen kann ich ihnen auch die Osteuropäischen Filmtage im Kino in der Fabrik von 10. bis 18. November. Und was die Lektüre betrifft ... natürlich lade ich in erster Linie dazu ein, zu unseren Kulturtagen zu kommen und die Autoren zu erleben. Zu empfehlen sind der „Literarische Reiseführer Danzig“ von Peter Oliver Loew oder „Silberregen – Danziger Erzählungen“ von Pawel Huelle.



# Mal den Westen am Osten messen!

Das Bundeskabinett hat unlängst den aktuellen Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit behandelt. Obwohl der Osten wirtschaftlich aufgeholt habe, konstatiert die Bundesregierung nach wie vor deutliche Unterschiede zum Westen: Beim Lohnniveau und der Wirtschaftskraft liege der Osten auch nach 30 Jahren hinter dem Westen, Konzernzentralen fehlten hierzulande.

Matthias Höhn, Ostbeauftragter der Bundestagsfraktion der LINKEN hat dazu zu Recht festgestellt: „Längst geht es nicht mehr allein darum, wie groß die Abstände bei Renten, Löhnen oder Wirtschaftskraft sind. Es geht um den Abstand an sich, es geht um die Zurücksetzung der Ostdeutschen, die sich seit 28 Jahren verfestigt, anstatt zu schwinden. Die Geduld vieler Ostdeutscher ist aufgebraucht.“ Und weiter: „Es geht weniger als oft behauptet wird um Prägungen aus der DDR. Es geht vielmehr um die Nachwende-Zeit: um die Erfahrungen mit Treuhand, Arbeitslosigkeit und Rentenüberleitungsgeboten, die bis heute Auswirkungen haben.“

Ich finde: Wenn's in 28 Jahren mit der „deutschen Einheit“ nicht klappt, sollte man es sein lassen. Eine „Erfolgsgeschichte“, die nur „eigentlich“ eine ist, aber doch von vielen Menschen

anders empfunden wird, brauchen wir nicht. Ich schlage vor, den „Jahresbericht“ 2019 ausfallen zu lassen und eine neue „Geschichte für den Osten“ zu suchen, die überzeugen kann.

Die deutsche „Zweiheit“ ist keine Tragödie, aus ihr kann anregende Zusammenarbeit entstehen, die es ja ohne Unterschiede nicht gibt. Gescheitert ist nicht der „Aufbau Ost“, sondern der „Nachbau West“. Die Menschen im Osten wollen mehrheitlich das Miteinander als Mittelpunkt der Gesellschaft und nicht das Ellbogenprinzip

entfesselter Märkte. Deshalb steht hier das Soziale höher im Kurs, findet man zum Beispiel Genossenschaften gut und die Privatisierung öffentlicher Belange falsch. Zugleich sind den Menschen ökonomisch begründete private Abhängigkeiten zuwider, zum Beispiel der Hausfrau vom alleinverdienenden Ehemann.

Angesichts der vom Kapitalismus angerichteten Verwüstungen gerade auch im zwischen-menschlichen Bereich sollte mal gemessen werden, wann der Westen endlich die im Osten bestehenden Werte erreicht: zum

Beispiel den Anteil nichtehelicher Geburten als Ausdruck größerer Unabhängigkeit der Frauen. Und ganz ohne Nostalgie: Die jahrzehntelange Haltbarkeit von DDR-Haushaltsgeräten könnte in einer an Müllbergen erstickenden Wegwerfgesellschaft auch ein Vorbild sein. Oder die hohe Kinderbetreuungsquote, durch die in den Kindereinrichtungen soziale Fähigkeiten des Miteinanders zeitig erlebt und erlernt werden können. Nicht zuletzt ein Schulsystem, das nicht sozial ausgegrenzt, sondern es allen ermöglicht, die Chancen zu nutzen, die einem die Gesellschaft bietet. In diesem Sinne plädiere ich für eine zweite Wende unter der Überschrift: Was kann der Westen vom Osten lernen?

Dann könnten auch die sozialen Probleme im Osten gelöst werden. Beispielsweise ist die massenhafte Armut alleinerziehender Frauen eine unmittelbare Folge der Unterwerfung ostdeutscher Lebensweisen unter altbundesdeutsche Steuer- und Rechenmodelle. Die Beseitigung dieses Unrechts käme auch unzähligen Menschen im Westen zugute. Vor allem würden dann die Menschen in ganz Deutschland praktisch miterleben, dass der Osten nicht ein Kostenfaktor ist, sondern eine Region mit eigenen Erfahrungen und Errungenschaften.

• Rico Gebhardt



## Warum und zu welchem Zweck manche flüchten

Ungarn hat in den letzten sieben Jahren eine merkwürdige Geschichte, was Fluchtbewegungen betrifft, durchgemacht. Im Jahre 1956 zogen über 200.000 Menschen vor den Folgen eines verlorenen Aufstandes zunächst nach Österreich. Dort wurden sie hilfsbereit aufgenommen und konnten sich danach schnell in eine aufnahmebereite westliche Welt verteilen. Warum auch immer das damals so war, frage ich jetzt nicht. Es war halt so. Danach freute man sich viele Jahre über jeden Flüchtling, der den sogenannten „Eisernen Vorhang“ überwunden hatte. Dieser „Vorhang“ hielt auch nicht ewig. Ungarn hob ihn 1989 in die Höhe und viele Bürgerinnen und Bürger der DDR eilten durch das immer größer werdende Loch. Warum auch immer. Ich will es jetzt nicht weiter hinterfragen. Es war halt so.

Aber Geschichte endet nimmer und geht oft merkwürdige Wege. Ungarn hat den „Eisernen Vorhang“ seit einiger Zeit von der Grenze nach Österreich an die Grenze zu Serbien verlegt. Diesmal nicht, um eine Flucht nach draußen zu verhindern, son-

dern um Geflohene vor einer illegalen Weiterreise durch das Land abzuhalten. „Bild am Sonntag“ beschreibt den neuen Grenzzaun am 19. August 2018 auf Seite 24 so: „Maschendraht, so weit das Auge reicht, Metallpfähle, messerscharfe Stacheln ...“ Naja, halt ein „Eiserner Vorhang“. Auch die dazugehörigen Grenzer fehlen nicht, die mit ihren Geländewagen den Zaun entlang rasen. Alles in allem 175 Kilometer vom Anfang bis zum Ende, vier Meter hoch und 1 Milliarde Euro Kosten. Es ist das Ungarn Victor Orbans und es ist voller Widersprüche. Gegen unerwünschte Flüchtlinge abgeschottet, ist es nicht so, dass es in diesem Ungarn keine Flüchtlinge gäbe – fast gar keine aus Afrika oder Afghanistan, sehr wohl aber welche aus dem reichen Deutschland. Wer sich für die Aufnahme Asylsuchender auch nur ausspricht, fällt in Ungnade, die Flüchtlinge aus Deutschland heißt man herzlich willkommen.

Was sind das aber für Flüchtlinge? Nun, es sind Rentner, die mit ihrer schmalen Rente das billige Ungarn als Ausweg aus realer Altersarmut entdeckt haben. Denen – so belehrt uns

„BamS“ an dem bereits erwähnten Sonntag – ist Orbán egal. „Ich spare hier 1.000 Euro im Monat“, gesteht ein 82-jähriger Witwer aus Deutschland (S. 23). Es sei ihm gegönnt und Ungarn auch. Den Magyaren ist die kleine Rente Deutscher willkommen Anteil für einen bescheidenen eigenen Wohlstand. Ob den deutschen



Rentnern das Prädikat „Wirtschaftsflüchtling“ oder „Armutsfüchtling“ angeheftet werden kann, ist in dieser „win-win-Situation“ für alle Beteiligten unerheblich. Es ist halt so. Oder ist es doch eine Frage wert, warum es im, wie gesagt, reichen Deutschland, die Fluchtursache „Altersarmut“ gibt? „BamS“ geht der Frage nicht weiter nach. Linke sollten es und sie sollten die Beseitigung dieser Fluchtursache, wie aller Fluchtursachen, fordern und befördern. Es gibt nämlich, so lehrt uns „BamS“, noch andere Fluchtur-

sachen: die Fluchtursache Flüchtlinge beispielsweise. Klingt merkwürdig, der Satz ist aber korrekt formuliert. Am Plattensee gibt es ein Luxus-Altenheim, vornehmlich bewohnt von Deutschen. Aus welchem Grund? „BamS“ klärt wiederum auf: „Einige Rentner stehen derart auf Kriegsfuß mit Angela Merkels Politik, dass sie nach Ungarn auswandern. Sie flüchten vor den Flüchtlingen, leben lieber in einem fremden Land als in einem ‚überfremdeten‘.“ (S. 22)

Warum sich Menschen jedoch so verhalten, folgt schon einer merkwürdigen Dialektik des Denkens und Handelns – zumindest auf den ersten Blick. Man zieht in die Fremde, um Fremden in seiner angestammten Umgebung zu entgehen. Um das zu verstehen, muss man eben „um die Ecke denken“, sagt einer zu „BamS“ (S. 23). Und plötzlich kommt ein toller Gedanke: Orbán verweigert sein Ungarn zum Leidwesen der EU armen Asylsuchenden. Sind solche aber aus dem reichen „Westen“ und leidlich zahlungsfähig, nimmt er sie auf. Wohlan! Können wir nicht ein ungarisches Paradies für unsere Rassist\*innen und Ausländerfeind\*innen schaffen? Der Lohn für ihr Verschwinden wäre außerdem noch ihre Rettung vor Altersarmut. Nein! – Es schlug ein solches Quantum an Dialektik doch in die neue Qualität von Zynismus um.

# Über Leben und Tod

Ralf Becker über ein sensibles Thema: Soll Organspende der Regelfall werden?

Bundesgesundheitsminister Spahn will eine neue Diskussion zur „Organ-Spende“. Er will die Widerspruchslösung: Jeder, der nicht ausdrücklich und unterschriftlich verneint, wird Organ-„Spender“. Das ist ein Anachronismus. Der Chef der Ethik-Kommission hat sich umgehend geäußert: Der Sinn der „Spende“ ist dann dahin, die Freiwilligkeit der Leistung. Hier schon muss auf die Verdrehung der Sprache im Kapitalismus, die systemisch ist und nicht zufällig, verwiesen werden. Nicht „Spende“ wäre das, sondern das Kraft Gesetz eingeführte menschlich-organische ER-SATZTEIL-LAGER!

Ich mag gar nicht auf die bereits in früherer Debatte genannten Probleme eingehen, wie Bestechung und Korruption bei der Dringlichkeitsliste, die Begehrlichkeit auf ein Organ und Hirntod ja /nein und so weiter. Entscheidend für mich ist der Angriff auf das grundlegendste aller Grundrechte – GG Art. 1 Abs. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Bisher meinte das auch die Totenwürde. Die wäre dahin. Denn wenn jemand vergisst, seine Ablehnung nachweislich zu hinterlegen und ihn, was in der technisierten Gesellschaft und Wirtschaft allzeit zufällig widerfahren kann, dann per Unfall der (Hirn-)Tod ereilt, wäre er nicht mehr toter Mensch mit Totenwürde, Recht auf körperliche Unversehrtheit, sondern bloße Biomasse von Organen, die „ausgeweidet“ werden kann – medizinisch-wissenschaftlich korrekt natürlich. So, und nun kommen all die, die das Leiden der auf ein Organ Wartenden (ca. 10.000)

in den Vordergrund stellen. Und – ja – auch ich könnte mal in eine Situation kommen, wo ich ein Organ bräuchte. Aber: Menschen werden mit biotischen Merkmalen geboren, die einen gesund (die allermeisten), andere mit verschiedenen Defekten. Eine humane, soziale Gesellschaft kümmert sich um Letztere so gut es eben geht mit den Kräften der eben nicht vorrangig solidarisch, sondern kapitalistisch-gewinnwirtschaftlich strukturierten Sozialversicherung, insbesondere Krankenversicherung. Diese angeborene biotische Disposition ist NATUR. Damit muss jedes Individuum durch sein Leben hindurch umgehen, beinahe hätte ich gesagt „haushalten“. Wer krank ist und wo me-

medizinische Hilfe dann an ihre Grenzen kommt, wird es tragisch, Tod gegebenenfalls als tragischer Ausgang. Die soziale Begleitung in dieser letzten Phase ist seit einigen Jahren erst auch ein wichtiges Thema geworden.

Man soll Leben nicht gegeneinander abwägen, dazu gibt es ein BVerfG-Urteil hinsichtlich des Abschusses entführter Passagier-Flugzeuge. Das Leben der Passagiere geht vor. Argumentiert wurde mit den Leben der Menschen, die bei gezieltem Absturz durch die Entführer in Zivilisationsgebieten betroffen sein könnten und die mehr wären als die Zahl der Passagiere.

Bei der „Widerspruchslösung“ von Gesundheitsminister Spahn liegt die Sache umgekehrt: Wegen einer kleinen Anzahl Menschen soll die (Toten-)Würde nahezu aller angetastet werden. Im Übrigen geht es auch um die Würde der Lebenden, der Gesunden wie der Kranken, wenn man gezwungen wird zu einer Entscheidung, die nicht unausweichlich getroffen werden muss. Für das „Leben“ der demokratischen Gesellschaft sind Wahlen wesentlich, doch niemand wird zur Teilnahme gezwungen. Die Parteien fühlen sich jedenfalls „legitimiert“. Zugegeben, der Vergleich hinkt, ich bin für Wahlpflicht. Dies dient nur der Illustration, dass hier kein einheitliches rechtsstaatlich-ethisches Paradigma zu erkennen ist. Die zu Grunde liegenden Maßstäbe variieren nicht nur, sie widersprechen sich. Da wird dann deutlich, dass es eben um eine sehr eingeschränkte ethische Debatte geht, von je speziellen und dominierenden Interessen eingeengt!

Wie also umgehen mit dem Thema? Zunächst wurden nachdrücklich bereits Mängel des Systems der Erfassung von möglichen Organspenden in Größenordnungen festgestellt. Das wäre zunächst abzustellen, dann sind deutlich mehr Organe bereits verfügbar. Alles andere ist tragischer natürlicher Ausgang: ob biologisch disponiert oder „selbst verschuldete“ Erkrankung. Warten auf ein Organ mit Hoffnung – ja. Wenn rechtzeitig eines kommt, ist es Glück, wenn nicht, Pech, aber der Lauf der Dinge, auf den man sich einzurichten hat ...



## Ein Teil der Rentenerhöhung kommt nicht an

**Sozial-Skandal des Monats**

Susanne Schaper kritisiert: Obwohl der Rentenwert steigt, sinken die Ostrenten

Nach den feierlichen Ankündigungen des Bundesarbeitsministers, dass die Renten zum 1. Juli um 3,22 Prozent im Westen und 3,37 Prozent im Osten steigen, hätte man fast glauben können, es gebe Grund zum ausgiebigen Feiern. Doch beim genaueren Hinsehen wird deutlich, dass die Sektkorken besser in den Flaschen bleiben und die Rentnerinnen und Rentner ihre Kröten weiter zusammenhalten sollten. Waren vor dem 1. Juli rund 4,4 Millionen Rentner steuerpflichtig, werden es danach 5,6 Millionen Rentner sein. Die Bundesregierung wird somit durch die Rentenerhöhung direkt wieder 300 Millionen Euro zusätzlich einnehmen. Wer im Jahr aktuell weniger als 9.000 Euro abzüglich 102 Euro Werbungskostenpauschale und Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung bezieht, bleibt von Steuerabgaben verschont. Wer jedoch das Pech hat, als Neurent-

ner über 1.187 Euro im Monat an Rente zu beziehen, muss mit Steuerabgaben rechnen.

Angesichts dieser Zahlen möchte man zynischerweise die Ostrentner fast beglückwünschen, weil die Rentenzahlbeträge bei den Neuzugängen von Jahr zu Jahr zurückgehen – und das trotz der von der Großen Koalition gefeierten Rentenwertangleichung, die laut jüngsten Aussagen im Jahr 2024 wohl abgeschlossen sein soll. Betrug der durchschnittliche Rentenzahlbetrag im Bestand zum 31.12.2016 1.013,16 Euro, lag dieser bei den Neuzugängen schon nur noch bei 922,03 Euro. Angesichts dieser Zahlen wird auch deutlich, dass die als Erfolg angekündigten 3,37 Prozent im Osten längst nicht ausreichen, um den Rentnern und Rentnerinnen in Sachsen wirklich zu helfen. Denn von den 31 Euro monat-

lich bleiben nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherung nur noch rund 20 Euro. Bei denen, die Renten knapp über 1.187 Euro im Monat beziehen, schlägt sogar zusätzlich der Fiskus zu, so dass von der großartigen Rentenerhöhung am Ende wenig übrig bleibt. Am Ende profitieren von der Erhöhung nur jene, die ohnehin schon Renten beziehen, von denen der Durchschnittsrentner nur träumen kann. Man sollte schauen, wo Erhöhungen wirklich benötigt werden und diese dann auch zwingend umsetzen.

Es bleibt auch festzuhalten, dass die von der Bundesregierung gefeierte Rentenwertangleichung Ost-West den Menschen in Sachsen auch künftig wenig helfen wird, der Altersarmut zu entfliehen. Solange der Rentenzahlbetrag bei den Neurentnern unter dem des Bestandes liegt, sinkt das Ren-

tenniveau. Ein Allheilmittel dafür gibt es natürlich nicht. Es braucht eher ein Maßnahmenpaket. Der wichtigste Schritt wären auf jeden Fall neben der sofort umzusetzenden Rentenwertangleichung in Ost und West einheitliche Tariflöhne in allen Branchen. Denn wenn nach 28 Jahren Einheit beispielsweise Altenpfleger im Osten im Monat mit durchschnittlich 2.211 Euro (bei Vollzeitbeschäftigung) über 500 Euro weniger verdienen als ihre Kollegen im Westen, läuft gehörig etwas schief und man muss sich über niedrige Rentenzahlbeträge bei den Neurentnern nicht wundern. Doch solange auch die sächsische Staatsregierung an solchen Verhältnissen nicht rütteln will und unsere Anträge diesbezüglich ablehnt, wird sich an der Situation nichts ändern und Rentnerinnen und Rentner in Sachsen werden weiter um ihre Lebensleistung betrogen.



Tobias Singelstein (Singelstein 2018) identifiziert drei Kernaspekte der Veränderungen anhand des Bayerischen Gesetzes, die hier beispielhaft am neuen sächsischen Polizeigesetz gezeigt werden.

**a) Befugnisserweiterung: Ausweitung der Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware, vgl. § 59 Gesetzentwurf des Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetzes.**

**b) Erweiterung der technischen Einsatzmittel: § 40 Handgranaten und Maschinengewehre; § 63 Öffnung der möglichen einsetzbaren Mittel zur Observation („Die Polizei kann personenbezogene Daten erheben durch: [...] sonstige für Observations bestimmte besondere technische Mittel“) und § 69 „Störseher“.**

**c) Vorverlagerung der Eingriffsbefugnisse weit ins Vorfeld einer konkreten Gefahr: § 20 Meldeauflagen, § 21 Aufenthaltsanordnung und Kontaktverbot, § 61 Elektronische Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel).**

Diese Veränderungen bringen Auswirkungen auf die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland und die Position der Polizei in diesem Gefüge mit sich. Diese Sicherheitsarchitektur wird nach den Aufgaben des Staates zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in folgende drei Bereiche untergliedert (Löffelmann 2018): Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.

Durch die Neufassung der Polizeigesetze verschwimmen jedoch die Aufgaben staatlicher Akteure in Bezug auf Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. War die Polizei schon immer im Bereich der Prävention innerhalb klarer Grenzen tätig, die sich an den Einsatzmitteln festmachten (Streifenfahrten oder Drogenaufklärung an Schulen), dürfte sie künftig durch Meldeauflagen und Aufenthaltsanordnungen (§ 20 und § 21 des Gesetzentwurfs des Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetzes) präventiv tief in die persönliche Freiheit eingreifen. Ein anderes Beispiel sind geheimdienstliche Tätigkeiten durch die Polizeien. Wegen der Verbrechen der Gestapo galt bislang in Deutschland, fußend auf einem Polizeibrief der westlichen Alliierten von 1949, ein Trennungsgebot von Polizei- und Geheimdienstaufgaben. In Sachsen steht es im Verfassungsrang (Artikel 83). Eine Vermischung polizeilicher Zwangsmaßnahmen der Gefahrenabwehr und geheimdienstlicher Aufklärung weit im Vorfeld konkreter Straftaten bzw. deren Planung muss verhindert werden. Neue weitreichende Befugnisse der Polizei zur Telekommunikationsüberwachung (§ 66 Abs. 1 Nr. 3 Gesetzentwurf Polizeivollzugsdienstgesetz) und das neu aufgenommene „Einsatzmittel“ der V-Personen (§ 64 Gesetzentwurf) stoßen aber gegen diesen Grundsatz.

# Überall Gefährder!

Wie passt das neue Polizeigesetz in die deutsche Sicherheitsarchitektur? Teil 2/3 – von *Enrico Stange* und *Florian Krahmer*



Bisher lag es nicht im Aufgabenbereich der Polizei, begangenes Unrecht zu bestrafen, und Gerichte achteten streng darauf, dass Maßnahmen der Polizei, wie z. B. das Verhängen eines Zwangsgeldes, nicht den Charakter einer Strafe bekommen, sondern allein zur Abwehr einer Gefahr dienen (Götz 2013). Zweifelsohne wirkt die Polizei auch schon bisher bei der Strafverfolgung mit, jedoch nur in Form der Amtshilfe (das Zuführen eines Verurteilten) oder zur Unterstützung der ermittelnden Staatsanwaltschaften. Die Feststellung einer Schuld und die Festsetzung einer Strafe sind hingegen alleinige Aufgabe der Gerichte. Dieses Prinzip wird mit verschiedenen Befugnisserweiterungen im neuen sächsischen Polizeigesetz ausgehöhlt und mit ihren präventiven Funktionen für die zukünftige Gefahrenabwehr begründet. Diese Begründung kann nicht überzeugen, denn jede Strafe ist ihrem Ziel nach präventiv (täterbezogene Tertiärprävention, vgl. Meier 2010), ohne dadurch ihren Charakter als Strafe zu verlieren.

Aus dem reinen Gesetzestext ist diese Vermischung nur schwer zu identifizieren, erschließt sich jedoch mit dem Wissen, dass der Adressatenkreis der diesbezüglich problematischen Befugnisserweiterungen über das „Gefährder-Prinzip“ bestimmt wird. „Zu dem Begriff ‚Gefährder‘ liegt eine in den polizeilichen Fachgremien der Innenministerkonferenz bundeseinheitlich abgestimmte Definition vor. Nach dieser gemeinsamen Definition von Bund und Ländern handelt

es sich bei einem ‚Gefährder‘ um eine Person, ‚bei der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere solche im Sinne des § 100a StPO, begehen wird‘“ (Landtagsdrucksache 6/4746). Die Einstufung einer Person als „Gefährder“ erfolgt durch die Polizei anhand der ihr bekannten Sachverhalte wie z. B. bisherige Straftaten oder Kontakte zu bestimmten Vereinigungen und Personengruppen.

Ein Rechtsmittel gegen die Einstufung als „Gefährder“ existiert nicht, da der Begriff lediglich als interner Arbeitsbegriff der Sicherheitsbehörden konzipiert war: „Der Begriff ‚Gefährder‘ ist ein Arbeitsbegriff der Sicherheits- und Ordnungsbehörden, der in verschiedenen polizeilichen und geheimdienstlichen Kontexten verwendet wird“ (Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages, 2008). Trotz dieser ursprünglichen Funktion des Begriffs entfaltet er nunmehr weitreichende bestrafende Wirkungen. So können als „Gefährder“ eingestufte Asylbewerber abgeschoben, in Abschiebehaft genommen oder verpflichtet werden, eine „Fußfessel“ zu tragen (Pany 2017). Hochproblematisch ist, dass bisher der Begriff „Gefährder“ in keinem Gesetz definiert ist (Legaldefinition), jedoch im politischen Diskurs immer wieder als Begründung und Erklärung für Gesetzesänderungen herangezogen wird: „Maas und de Maizière einigen sich auf Maßnahmen gegen Gefährder“ (Frankfurter Rundschau 2017).

So wird auch im Gesetzentwurf des Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetzes der Adressatenkreis bestimmter Maßnahmen beschrieben, ohne den Begriff „Gefährder“ zu nennen. Jedoch ist eine deutliche Überschneidung zu erkennen: „Die Polizei kann gegenüber einer Person zum Zweck der Verhütung von Straftaten anordnen, sich an bestimmten Tagen zu bestimmten Zeiten bei einer bestimmten Dienststelle zu melden (Meldeauflage), wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie im Zusammenhang mit einem zeitlich oder örtlich begrenzten Geschehen innerhalb absehbarer Zeit eine ihrer Art nach konkretisierte Straftat begehen wird“ (§ 20 des Gesetzentwurfs des Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetzes).

„Tatsachen die Annahme rechtfertigen“ entspricht dabei den Erkenntnissen der Polizei, die zu einer Einstufung als „Gefährder“ berechtigen. Zudem standen in der Vergangenheit die polizeilichen Maßnahmen „Meldeauflagen“ und „Gefährderansprache“ oft in einem engen Zusammenhang. Anhand der „Meldeauflagen“ in § 20 des Gesetzentwurfs des Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetzes lässt sich die Vermischung von Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gut illustrieren: Eine polizeiliche Maßnahme zur präventiven Gefahrenabwehr entfaltet strafende Wirkung für Personen, von denen bisheriges abweichendes Verhalten bekannt ist. Zudem können Meldeauflagen entsprechend dem bisherigen Stand des Gesetzentwurfs des Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetzes als Eingriff in das Grundrecht auf Freizügigkeit allein durch die Polizei angeordnet werden, nur eine Verlängerung steht unter einem Richtervorbehalt.

## Literatur

Singelstein, Tobias: Grundrechtseingriffe in erheblichen Umfang. Interview im ZDF, 2018. <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/polizeigesetz-in-bayern-interview-100.html>, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.

Löffelmann, Markus: Die Zukunft der Deutschen Sicherheitsarchitektur – Vorbild Bayern?. Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht, Ausgabe 3/2018.

Götz, Volkmar: Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht. Verlag C.H. Beck, München 2013.

Meier, Bernd-Dieter: Kriminologie. Verlag C.H. Beck, München 2010.

Stange, Enrico. Kleine Anfrage zum Thema: Gefährderansprache bei der sächsischen Polizei. Drucksache Sächsischer Landtag 6/4746.

Wissenschaftlicher Dienst Bundestag: Aktueller Begriff, Ausgabe 36/08, 23.07.2008.

Pany, Thomas: Neues Gesetz gegen Gefährder: Vorwurf der „Gesinnungsjustiz“. Telepolis, 2017. <https://www.heise.de/tp/features/Neues-Gesetz-gegen-Gefahrder-Vorwurf-der-Gesinnungsjustiz-3593976.html>, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.

Frankfurter Rundschau: Maas und de Maizière einigen sich auf Maßnahmen gegen Gefährder. 2017. <http://www.fr.de/politik/terror-maas-und-de-maiziere-einigen-sich-auf-massnahmen-gegen-gefahrder-a-737768>, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.

*Wir drucken in drei Teilen einen Aufsatz von Enrico Stange und Florian Krahmer. Stange ist Mitglied des Landtags und innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, Krahmer ist Politikwissenschaftler und Lehrbeauftragter an der Uni Leipzig.*



*Im Gedenken an Daniel H.*

Der gewaltsame Tod eines Menschen ist ein zutiefst emotionaler Vorgang. Aber der Schmerz darüber darf nicht den Blick auf dessen Ursachen verstellen und uns schon gar nicht die Vernunft rauben. Wir gedenken Daniel H.s und sprechen den Angehörigen unser Beileid aus. Ein tragischer und sinnloser Tod. Die Täter sind zur Rechenschaft zu ziehen!

Die politische Instrumentalisierung durch rechte und neofaschistische Kräfte und deren pöbelnde Aufmärsche sind zu verurteilen. Sie fanden massiv, ausgerechnet am Weltfriedenstag, in Chemnitz statt. Jeden Anstand vermissend, vereinnahmten sie den tragischen Tod von Daniel H. für ihre miesen und verabscheuungswürdigen Forderungen. Provozierend ihr Auftritt und in der Anwendung von Gewalt nicht zimperlich – so präsentierten sich die Anhänger von Höcke, Bachmann, Kohlmann und Co. und skandierten einen neuen Nationalismus. Und nicht wenige liefen diesen neuen selbsternannten „Herrenmenschen“ hinterher, angeblich aus Sorge. Die Parolen: „Merkel muss weg“ und „frei, sozial und national“.

In den „Sozialen Netzwerken“ tobt ein „Krieg“ gegen alle, die nicht ausländerfeindlich sind. Blut- und Bodenrhetorik ist an der Tagesordnung. Der nicht vorhandene „Arier“ erlebt seine Auferstehung. Die einen „Rechtsstaat“ fordern, meinen den ihren, sie meinen ihre Gesetze – „Ausländer raus!“, „Deutschland zuerst“. Beleidigungen gegenüber Migranten werden von Administratoren geduldet. Antikommunismus, auch beflügelt von manch linken Strömungen, scheint mittlerweile nur noch eine Bagatelle. Hier rächt sich das Märchen von der „wehrhaften Demokratie“. In entscheidenden Momenten der Geschichte war die Demokratie, wie wir sie heute kennen, nie wehrhaft. Die AfD ist gerade dabei, mit demokratischen Mitteln diese Demokratie abschaffen zu wollen. Und nicht nur die AfD. Ein Blick in andere, mittlerweile rechtsgerichtete europäische Länder, zeigt, wie schnell mit Hilfe der Demokratie genau diese manchmal schleichend und später offen abgeschafft werden kann.

Ja, diese Regierung muss weg, aber vor allem weil sie mit ihrer Politik die Ursachen der weltweiten Fluchtbewegung mit 68 Millionen Menschen setzt und die Spaltung der Gesellschaft befördert. Dies sind die Kriege der USA, von Deutschland unterstützt oder toleriert, die Afghanistan, Syrien, Libyen und andere Staaten destabilisiert und unbeschreibliches Elend in der Bevölkerung erzeugt haben. Dies sind die Rüstungsexporte Deutschlands in alle Welt. Zu keiner Zeit haben die meisten europäischen Staaten Lehren aus der Kolonialzeit gezogen. Handelsbeschränkungen gegenüber afrikanischen Ländern sorgen dafür, dass sich die Wirtschaftslage dort nicht verbessert. Gewollt, weil Konkurrenz auf europäischen Märkten nicht erwünscht ist. Dies ist die Verschärfung der Gegensätze von Arm und Reich

# Von der Oberfläche in die Tiefe

*Jonny Michel und Raimon Brete über Chemnitz und die Folgen*



Foto: DieHerald / flickr.com / CC BY-NC 2.0

sowie Ost und West, insbesondere in Deutschland. Dies ist auch der Nachhall einer Politik der Deindustrialisierung der ehemaligen DDR.

Die Verletzungen demokratischer Grundsätze und humanitärer wie sozialer Rechte durch die Regierenden werden nunmehr offensiv und aggressiv von rechten Parteien und Gruppierungen für ihre menschenverachtende Aktivität, u.a. zur Schaffung sogenannter national befreiter Zonen mittels Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, genutzt. Die AfD ist dank der Duldung durch etablierte Parteien auch eine Heimat für Staatsanwälte, Richter und Polizisten geworden. Eine solche Entwicklung sollte eigentlich das Grundgesetz verhindern. Warnende Hinweise gab es genug: 1953 formulierte Max Reimann, Bundestagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender der KPD, zur Ablehnung des Grundgesetzes durch die KPD: „Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!“ Anlässlich der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder am 10.4.2005 in Weimar: „Die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus, an Krieg, Völkermord und Verbrechen ist Teil unserer nationalen Identität geworden. Daraus folgt eine bleibende moralische und politische Verpflichtung.“ Seine wohl bekannteste Rede hielt Richard von Weizsäcker zur Gedenkveranstaltung im Bundestag zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ... Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich

der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“ Vor fünfzig Jahren, am 2. Juli 1965, wurde in Ostberlin das „Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik – in Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft“ vorgestellt. Verena Nees schreibt am 4. Juli 2015: „In seiner ersten Auflage listete es die SS-Dienststränge und NS-Parteiämter von 1.800 Wirtschaftsführern, Politikern und führenden Beamten

der Bundesrepublik Deutschland auf, in der dritten Auflage von 1968 sogar von über 2.300 Personen – darunter von 15 Ministern und Staatssekretären, 100 Generälen und Admirälen der Bundeswehr, 828 Richtern, Staatsanwälten und hohen Justizbeamten, 245 leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes und 297 hohen Polizeiangehörigen und Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörden.“

Erst im vorigen Jahr formulierte die Kommunistische Plattform der LINKEN Chemnitz: „Der rechte Virus grassiert wohl besonders im Osten Deutschlands. Bei genauerer Analyse kam mir spontan der Slogan ‚Die Rechten kommen aus dem Westen‘ in den Sinn. Dies ist sicher eine sehr verkürzte Sichtweise, aber es ist auffallend, dass die Führungsriege der AfD mit westdeutschen Biografien, also einer von westlichen Werten geprägten Zeit ihrer Bildung und Sozialisierung, aufwartet. Sie sind Kinder einer Zeit, wo Nazis in der Bundesrepublik führende Positionen in Politik, Justiz, Polizei, Geheimdiensten, Bundeswehr, Bildung usw. innehatten und somit für eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung verantwortlich zeichneten. Letztlich werden aber vorwiegend von Politikern und leider auch von einigen Medien nur die Menschen und Verhältnisse im Osten für den Rechtsruck von Sachsen bis Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich gemacht. Es bleibt ausgeblendet, dass nach 1990 ein Heer von Beamten in ostdeutsche Führungspositionen drängte.“

Gebt nur denen Eure Stimme und übertrag nur denen Verantwortung, die sich für ein friedliches Miteinander und für soziale Gerechtigkeit einsetzen.

*wir wissen, dass alles was kommt  
auch wieder geht  
warum tut es dann immer wieder  
und immer mehr weh*  
Gerhard Gundermann

Wir trauern um unser langjähriges Redaktionsmitglied

## Ute Gelfert

1964 – 2018

Ute hat sich seit vielen Jahren aktiv in die Arbeit an unserer Zeitung „Links!“ und an den diversen Vorläufer-Publikationen eingebracht. Ihre freundliche, zurückhaltende und ruhige Art, ihr Ideenreichtum, ihr Fleiß und ihre Gewissenhaftigkeit haben unser Blatt bereichert. Ihr Tod hinterlässt eine große Lücke. Wir sind in Gedanken bei ihren Angehörigen und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

**Die Herausgeberinnen und Herausgeber**  
Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

**Der Vorstand des Vereins Linke Bildung und Kultur für Sachsen e. V.**  
Jayne-Ann Igel, Vorsitzende; Stathis Soudias, stellvertretender Vorsitzender

**Die Mitglieder der Redaktion**  
Jayne-Ann Igel, Ralf Richter, Simone Hock, Kevin Reißig, Thomas Dudzak



Der mit dem Tod bedrohte deutsch-ägyptische Autor Hamed Abdel-Samad und Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping diskutierten am 13. September in der Dreikönigskirche kontrovers über Integration. Etwa 500 Dresdnerinnen und Dresdner waren gekommen, um einen Vortrag zu hören, der mit „Protokoll des Scheiterns“ überschrieben war – von einem, der es scheinbar wissen musste: einem Ex-Ägypter, der längst die deutsche Staatsangehörigkeit hat und für seine Islam-Kritik vom Klerus seiner Heimat zum Freiwild erklärt wurde. Auf der Homepage dresdengespaeche.de wird Helmut Kohl zitiert: „Unser Staat würde seine Rechtfertigung einbüßen, wenn er nicht die Meinung anderer respektierte.“ Im Vortrag wird Abdel-Samad sagen: „Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ – ohne Rosa Luxemburg zu erwähnen. Wer den Vortragssaal betritt, kommt an einem Büchertisch vorbei, auf dem sein Buch ausliegt, das für Furore sorgt: „Integration – Protokoll eines Scheiterns“.

Der Autor bedankt sich, dass er in einer Kirche sprechen dürfe – das komme in der letzten Zeit immer weniger vor. Er rechnet auch ab mit den Kirchen, die einerseits den Dialog mit Gruppen wie DITIB pflegten, die kräftig dazu beitrügen, dass Integration in Deutschland schiefere. Die Türkisch-Islamische Union galt bislang als Dachverband der Muslime in Deutschland. Am 30. August 2018 strich ihm die Bundesregierung die Mittel. DITIB hatte seit 2014 sechs Millionen Euro für die Bekämpfung des Extremismus erhalten. Dann war bekannt geworden, dass ein Imam als Spitzel der türkischen Regierung gearbeitet haben soll. Abdel-Samad erklärt

# Nur teils konstruktives Streitgespräch

Hamad Abdel-Samad diskutierte mit Petra Köpping über Integration. Von *Ralf Richter*



weiter, dass die deutschen Kirchen den Moscheevereinen erst die Tricks verraten hätten, die sie groß gemacht haben. Jetzt können sie als Glaubensgemeinschaften ebenso soziale Einrichtungen aufbauen und Bildungsanstalten wie die großen Kirchen, mit dem Ergebnis, dass auch die dritte und vierte Generation der ehemaligen Zuwanderer wie Özil ihre Heimat eher in der Türkei sieht. Abdel-Samad lehnt Parallelgesellschaften nicht ab – auch die Vietnamesen würden ihre Kultur pflegen, aber sie stünden im Gegensatz zu vielen Muslimen dem neuen Heimatland nicht mit Verachtung oder gar feindlich gegenüber. Die Gruppe der jungen Vietnamesen habe ein überdurchschnitt-

liches Bildungsniveau, während über 50 Prozent der Sozialhilfeempfänger in Deutschland einen Migrationshintergrund hätten, von denen die meisten muslimisch seien. Abdel-Samad kritisiert eine „Kultur des Schweigens“. Lehrer, Polizisten und andere Personen aus dem Öffentlichen Dienst kämen nach seinen Vorträgen zu ihm und bedankten sich dafür, dass er Dinge angesprochen habe, die sie zwar genau so sähen, aber niemals so aussprechen könnten. „Diese Kultur des Schweigens gefährdet die Demokratie und macht PEGIDA und AfD erst groß!“

Die Integrationsministerin kritisiert kaum eine These des Autors, allerdings

gibt es auch kein Podiumsgespräch im eigentlichen Sinne. Vielmehr wird nach dem Vortrag das Publikum einbezogen und greift die Ministerin an, die sich mit Allgemeinplätzen verteidigt. Alles sei doch weitgehend in Ordnung. Viele Flüchtlinge seien in Arbeit, dezentrale Unterbringung oft gewährleistet, nur mit der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber hapere es. Aber daran sei der CDU-Justizminister schuld. Besonders zentral seien die Sprachkurse. Ihre Floskeln werden dann vom Publikum enttarnt: „Dezentrale Unterbringung“ sei das massenhafte Hineinstopfen von Flüchtlingsfamilien in Stadtquartiere wie Dresden-Gorbitz, sagt ein Betroffener und schildert an seinem Hauseingang, wie dort ein Wohnungsbordell entstanden sei. Der parteilose Bürgermeister von Kamenz spricht an, wie sich die Ministerin auf dem Höhepunkt der Einwanderung 2015 bei Dresden in einem Flüchtlingsheim mit 40 Flüchtlingen versteckt habe, während man in der Kamener Region mit dem größten Aufnahmelager Sachsens vergeblich auf einen Besuch gewartet habe.

Fazit: Der Autor hat recht, wenn er davon spricht, dass die digitalen Medien wesentlich dazu beigetragen haben, dass immer mehr von uns nur noch das durchlassen, was der eigenen Denkrichtung entspricht. Das ist auch bei seinen Vorträgen zu beobachten: Die Masse klatscht bei Kritik an den Muslimen. Schwenkt der Autor dann und verurteilt die, die dabei stehen und nichts tun, wenn der Hitlergruß gezeigt wird, gibt es nur spärlichen Applaus. Man sieht und hört offenbar tatsächlich nur noch das, was man sehen und hören will – alles andere prallt ab: Nicht nur an Muslimbrüdern!

## Der „linksextreme Gefährder“ vom Bielatal

Die verwunschene Felsenwelt ist das Markenzeichen von Rosenthal-Bielatal in der Sächsischen Schweiz. Aber Vorsicht: Neuerdings treibt hier ein „linksextremer Gefährder“ sein Unwesen! Einer, der Bürgermeister und Gemeinderäte empört sowie Verwaltungsmitarbeiter zu Tode erschreckt. „Linksextremer Gefährder“ – dieser Titel wurde Gemeinderat Thomas Winkler, der für DIE LINKE im Rat sitzt, Anfang September vom CDU-Bürgermeister verpasst. Es ist ja etwas Wahres dran: Zeit Lebens fällt dieser „Gefährder“ mit unbändiger Energie und ungestümem Tatendrang auf. In Dresden und Umgebung kennt man diesen gefährlichen Typen als „Müller“ der Zschoner Mühle. Vor einigen Jahren erwarb er eine denkmalgeschützte Immobilie im Bielatal und verwandelte auch sie in ein Kleinod. Seit 2014 sitzt er im Gemeinderat. Wenn Vollblut-Unternehmer Winkler aber eines ist, dann Antifaschist.

Die Gemeinde gibt ein Amtsblatt unter dem Titel „Dorfblatt“ heraus. Unter der Rubrik „Klatsche“ im Heft 8/2018 wurde an ein besonderes „Jubiläum“ erinnert. Rosenthal grenzt unmittelbar an das tschechische Ostrov (Eiland). Vor genau 80 Jahren fand dort eine Propagandaveranstaltung zur „Heim-

ins Reich“-Bewegung statt. Was muss im Ortschronisten und Bürgermeister als Herausgeber vorgegangen sein, an dieses „Event“ erinnern zu müssen? Daran, wie „unsere sudetendeutschen Brüder in Eiland täglich voller Sehnsucht und Hoffnung ihre Blicke emporschicken“ (zur Hakenkreuzfahne), und wie die Deutschen „beiderseits spontan ihren ‚Führer‘ grüßten“. Titel des Beitrages: „Vor 80 Jahren – Sommerwendfeier und Grenzlandsingen vor Eiland“. Zitiert wurde Ortschronist und Volkssturmwart Baumert aus dem NSDAP-Blatt „Der Freiheitskampf“ von 1938. Das Problem: Es gab weder Einleitung noch reflektierenden Kommentar des Bürgermeisters. Es fehlte auch das Ende der Geschichte: 60-70 Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg. Und su-



detendeutsche Familien aus Eiland, die infolge des braunen Spuks 1945/46 in Rosenthal-Bielatal Aufnahme suchen mussten. Einigen Lesern klappte beim Lesen die Kinnlade herunter. Sie protestierten beim Bürgermeister. Klaus Fiedler (SPD) von der Euroregion Elbe-Labe schrieb dem Bürgermeister, dass seine tschechischen Nachbarn sicher wenig erfreut wären über solch einen Text. Viele Einheimische hatten aber auch kein Problem damit, es sei schließlich „unsere Heimatgeschichte“.

Als sich der umstrittene Beitrag zehn Tage nach Veröffentlichung immer noch auf der Homepage der Gemeinde befand, setzte Thomas Winkler ein Ultimatum und die Lokalpresse in Kenntnis. Das Dorfblatt wurde von einer Verwaltungsmitarbeiterin von der Homepage genommen. Aber mitnichten gab es die Einsicht, irgendetwas Schlimmes getan zu haben, und „mit der Zensur sei es ja zum Glück vorbei“. Im inoffiziellen Teil einer Ratssitzung bekam Winkler vom Bürgermeister zu hören, er lasse seine Gemeinde nicht von „linksextremen Gefährdern“ vorführen. Dazu die Drohung, den Winklerschen Protestbrief an den Staatsschutz weiterzuleiten. Die Sächsische Zeitung sah das anders und titelte: „Nazi-Pro-

paganda im Amtsblatt“. Der Geschäftsführer des Dorfblatt-Verlages gestand mangelnde Kontrolle ein und änderte die Verwaltungsabläufe. MdB Dr. André Hahn thematisierte den Eklat im Kreistag – unter Buh-Rufen von NPD und AfD. Der Landrat (CDU) sprach vom Tätigwerden der Kommunalaufsicht.

Allein in Rosenthal-Bielatal tut man sich schwer. Im nächsten Amtsblatt stellte der Bürgermeister klar: „Ich distanziere mich ausdrücklich von jeder Art Rechts- und Linksextremismus ... Deshalb bin ich tief empört, welche Wellen so ein Artikel geschlagen hat. Mit teilweise unter die Gürtellinie gehenden Bemerkungen wurden die Mitarbeiter der Gemeinde und ich persönlich unter Druck gesetzt. Welchen Schaden diese Aktionen für unsere Gemeinde angerichtet haben, ist noch nicht absehbar.“ (Mitteilungsblatt der Gemeinde Rosenthal-Bielatal, Jahrgang 20, Heft 8 2018, Seite 2).

„Gefährder“ Thomas Winkler und ist nach eigener Aussage noch lange nicht fertig mit „seiner“ Gemeinde. Der Mann hat einfach nur Mut und zeigt Zivilcourage.

• Anne Müller

# Ostroek meets Classic

Das war ein guter Anfang für ein Wochenende, dieser 21. September in Cottbus. Mit den handelsüblichen Rockmusikern brachte „Ostroek meets Classic“ Liedgut der DDR-Rockszene mit einem Sinfonieorchester auf die Bühne der Stadthalle. Es ging an diesem Abend nicht nur um musikalische Erinnerungen an verflossene Jugendtage, sondern auch um wirklichen Musikgenuss, verbunden mit dem Hören von lyrisch ästhetischen, mitunter tagesaktuellen Texten. Und dies abseits der oft nur noch auf Kommerz und Sinnfreiheit ausgerichteten Musikindustrie. Folgerichtig war daher auch die Kritik an den „vielen Bekloppten“ dieser Welt. Kunst hat auch Verantwortung!

Bei allen Widrigkeiten der verflossenen DDR, ihre rockmusikalischen Adern fließen weiter, angetrieben von KARAT, den Puhdys, CITY, Silly, Renft, Ute Freudenberg oder Veronika Fischer. Viele ihrer Hits wurden frisch aufgespielt dem junggebliebenen Publikum dargeboten. Es war eine Freude, in Erinnerungen zu schwelgen, es tat aber auch weh, Songs von Interpreten zu hören, deren Stimme der Tod viel zu früh genommen hatte. Gedacht sei an dieser Stelle an die unvergessene Tamara Danz und an Michael Barakowski, dessen Zeit, anders als in seinem Erfolgstitel „Zeit, die nie vergeht“, doch schon vergangen ist.

So war man „König der Welt“, erblickte „Magisches Licht“, war „Der Clown“, stand „Am Fenster“, um später aufgefordert zu werden, „Über sieben Brücken musst du gehen“. Zum Gras kauen konntest du jedoch „Auf der Wiese liegen“ und dort die „Jugendliebe“ entdecken, als „Schwanenkönig“ bist du dann geendet. Man könnte das Spiel fortsetzen ... Zu viele tolle DDR-Ostroek-Titel aus der Feder kluge Autoren und der Kehle ausgebildeter Musiker, was heute nicht selbstverständlich ist,

mussten ungehört bleiben. Zu groß war das Angebot, anders als das der damaligen Ladenregale. So war nach mehreren Zugaben nach gut drei Stunden Schluss. Nach einem der ungesungen gebliebenen Lieder „Was bleibt“ von „Stern Meissen“ ließe sich sagen: „Viel zu schnell verging die Zeit“. So war es eine Zeitreise, für die man sich gern ein Ticket gekauft hat, jedoch die Uhr ebenso gern zurückgestellt hätte.

• René Lindenau (Text und Foto)



## Lyrisches

### Politik-verdroschen

*Drahtseilakt  
meist von Marionetten*

### Irrtum

*ich sehe Frühling  
spüre Herbst  
gestrandet am Ufer der Zeit*

• Janina Niemann-Rich

### Sicht heller Demokratie

*Maas und Maaßen:  
in vollem Ausmaß Fehlbesetzungen*

### Laut tragfähigen Statistiken

*In den späten fünfziger Jahren  
Wollten zwei Drittel der  
Bundesdeutschen  
Eine arische Diktatur  
Nur ohne Judenvernichtung  
Viele heute tot viele  
hinzugekommen  
Müllionen falsche Fünfziger tarnen  
sich  
In scheidemokratischen Parteien  
Chemnitz 2018 überrascht nicht*

• Jürgen Riedel

# #aufstehen und DIE LINKE

Nun ist sie in der Welt, die Sammlungsbewegung „#aufstehen“, die schon vor ihrer Gründung für Zwist sorgte. Denn wie kann eine „Linke“ in führender Verantwortung der Bundestagsfraktion, ohne mit den Chefs der Partei und dem Parteivorstand zu reden, eine Bewegung ins Leben rufen wollen? Es ist klar, menschlich müssen sich derart „vor der Tür“ gelassene Funktions- und Mandatsträger brüskiert fühlen – mit Recht. Aber wenn die Brüskierung dazu führt, dass ein Gegensatz in der Sache von Beginn an aufgemacht wird, ohne über die Sache und ihren Zusammenhang zum Parteiprogramm hinreichend tief nachgedacht zu haben, kehrt sich diese Brüskierung ins Unrecht.

Ist das der Fall? Ich meine: ja! Im Erfurter Programm heißt es: „Wir ringen ... um ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft und für eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft.“ Und weiter: „Wir wollen ein Bündnis von Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken entwickeln.“ Nahezu dreißig Jahre vergebliches Versuchen, eine starke antikapitalistische Partei und Bewegung in der neuen, größeren BRD zu begründen, muss doch die Mitglieder der Par-

tei DIE LINKE nachdenklich machen. Existenzertand und Rückschläge bis zur Existenzgefährdung, Regierungsbeteiligung auf Landesebene und gravierende Verluste an gesellschaftlichem Rückhalt sind wesentliche Merkmale dieser Entwicklung. Temporäre und örtliche Erfolgsgeschichten, die es gab und gibt, können doch nicht über die bereits geschichtlich gewordene Tendenz von drei Jahrzehnten hinwegtäuschen.

Vielfach mutete es an als sei der parteiinterne Andersdenkende der Hauptfeind, insbesondere dann, wenn Mandatsträger\* in Bundes- bzw. Landtag oder Vorsitzende\* kritisiert wurden. Ideologische Lager bekämpfen sich mehr intern, als dass sie eine Außenwirkung erzielen würden. Diese (Un-)Kultur fand Ausdruck im Umgang mit der neuen Sammlungsbewegung. Aber anstatt Lehren zu ziehen, auf beiden Seiten, und sich nun auf der Grundlage des Programms über die Rolle ihrer Partei DIE LINKE in diesem neuen Versuch zu verständigen – verbale, getarnte Beißreflexe auf der einen, „autistisch“ anmutendes Weiterarbeiten auf der anderen Seite. Die Mitglieder\* der LINKEN wurden zwar durch einen Beschluss des Parteivorstandes formell orientiert. Doch wer ist so blind, nicht zu sehen, dass sich viele Parteimitglieder\* ihre eigenen Gedanken machen und auch längst Mitglied bei „#aufstehen“ sind? Dass „#aufstehen“ „kein Projekt der Partei DIE LINKE“ ist, bedurfte kei-

ner Erwähnung. Dann wäre diese Bewegung von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen! Die bereits mehr als 150.000 Mitglieder\* beweisen, dass es eine große Lücke im System der politischen Interessenvertretung gibt. DIE LINKE wollte sich dem eigentlich stellen, konnte es bisher nicht politisch erfolgreich. Der Versuch „#aufstehen“ ist also aus politisch-geschichtlichen wie demokratie-systemischen Gründen mehr als legitim. Das scheint ein großer Teil im Parteivorstand nicht so zu sehen (die Beschlussmehrheit war keine wirkliche Mehrheit, sondern genau die Hälfte!). Und statt die Mitgliedschaft zu einer breiten pro-aktiven Debatte und zur Mitwirkung in einem überparteilichen und (!) ebenso außer-parteilichen Bündnis aufzufordern, werden Gegensätze konstruiert, die geeignet sind, die Mitgliedschaft zu desorientieren, weil sie in einen Gegensatz von Programm und Beschluss, von eigener (kommunal-)politischer Praxis und Führungsorientierung gebracht werden.

Inzwischen wurden in Leipzig und Chemnitz mit großer Beteiligung Ortsbündnisse von „#aufstehen“ gegründet. Dresden, Freiberg, Zwickau, Plauen werden hoffentlich bald folgen. Es ist erstaunlich, wie schnell und „uniform“ die politischen Schwerpunkte sich kristallisierten, weshalb nun Mitglieder verschiedener (!) Parteien, frei Aktive und bisher nicht Aktive sich hier engagieren wollen: Es könne mit der of-

fiziellen Politik so nicht weitergehen, insbesondere müssten die Themen soziale (Verteilungs-)Gerechtigkeit, Abrüstung, Aushöhlung der Demokratie und ihre Gefährdung, Bildung inklusive politische Bildung und Nachhaltigkeit im Mittelpunkt stehen. Die Debatte um Migration wurde bewusst nicht in den Mittelpunkt gestellt. Diese Entwicklungen sind von den Grundproblemen abgeleiteter Natur.

Natürlich wird es darauf ankommen, wie die Gründungseuphorie in praktisches inhaltliches wie politisch-organisatorisches Wirken übergeht. Und – ja, gewohntes Denken wurde auch zelebriert, da wollten manche Vorgaben „von oben“. Selbstermächtigung muss vielfach wieder erlernt werden! Es wurden Arbeitsgruppen gebildet und erste Aktionen vereinbart. Dazu gehören Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen im Rahmen der bundesweiten Aktion „Abrüsten statt Aufrüsten“, die Unterstützung der Initiative „Längeres gemeinsames Lernen“ in Sachsen, Veranstaltungen für Bürger\*, um Unzufriedenheit in pro-aktive Beteiligung in diesem neuen Bündnis zu lenken. Ein wichtiges Ziel ist es, Mitbürger\* zu gewinnen, die bisher keine Möglichkeit der politischen Beteiligung für sich gesehen haben, damit die Bewegung weiter wächst. Jeder Interessent\* kann sich unter „sachsen(at)aufstehen.de“ melden.

• Ralf Becker



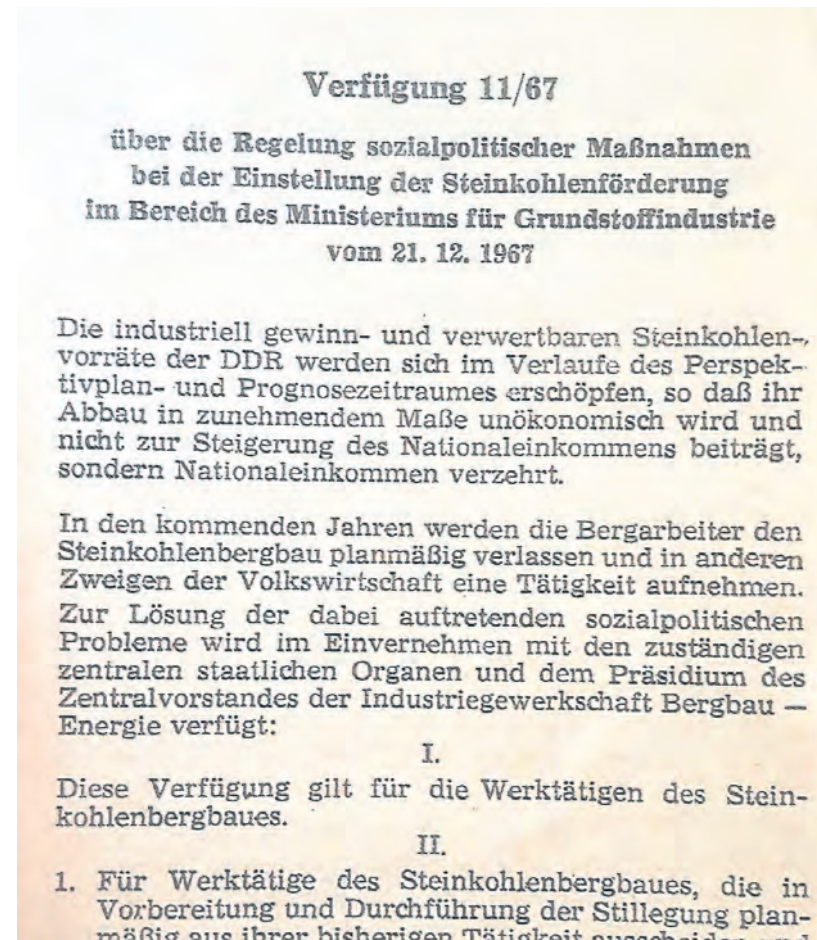
In Sicherung der langfristigen Klimaschutzziele der BRD, als Beitrag zum weltweiten Klimaschutz, ist es erforderlich, die Kohleverstromung auch in unserem Lande schrittweise einzustellen. Vorrangig gilt es hierbei die erforderlichen wirtschafts- und menschlichen Voraussetzungen für die betreffende Region und heutige wie zukünftige Generationen zu schaffen.

Dies erinnert mich daran, dass vor 51 Jahren auf der Grundlage eines Beschlusses der Regierung der DDR beschlossen wurde, die Steinkohlenförderung in Oelsnitz/Erzgebirge und Zwickau bis 1970 schrittweise einzustellen. In Oelsnitz betraf es vorrangig die Betriebsabteilungen „Deutschland“ und „Karl Liebknecht“. Ich selbst war zu diesem Zeitpunkt als Hauer auf dem „Deutschland-Schacht“ tätig. Uns Kumpels im Lugau-Oelsnitzer Revier war bekannt, dass die Lagerstätten der Steinkohle immer geringer wurden und deren Abbau sich vorwiegend nur noch in den Restfeilern bewegte. Auch die Bedingungen zum Abbau der Steinkohle wurden immer aufwändiger, komplizierter und finanziell nicht mehr tragbar.

In Umsetzung der Verfügung 11/67 der damaligen Regierung galt es, kurzfristig Maßnahmen einzuleiten, um innerhalb von drei Jahren die Steinkohlenproduktion in Oelsnitz/Erzgebirge zu beenden. Gleichzeitig galt es, uns 5.890 betroffenen Bergarbeitern des Unter- und Übertagesbereiches durch Umschulung in und außerhalb des Kreises Stollberg eine neue berufliche Perspektive zu geben. Für die Aufnahme der umgeschulten Bergleute waren 16 Betriebe im Territorium des ehemaligen Kreis Stollberg vorgesehen. Darunter entstanden auf den Gelände des Karl-Liebknecht-Schachtes

# Kohleausstieg mit sozialer Perspektive

*Dietmar Gutsche* blickt zurück auf das Ende des Steinkohlebergbaus im Erzgebirge



und des Albert-Funk-Schachtes Oelsnitz/Erzgebirge sechs neue Betriebsabteilungen – darunter solche Nachfolgebetriebe wie „Robotron“, „Plattenwerk“, „Sinterwerk“, „Heizkraftwerk“, „Produktionsbereich 2“ des Bau- und Montagebetrieb Süd/Zwickau und „Baumechanik“. In weiteren neun Betrieben konnten innerhalb unseres Kreises die Bergleute ihre neue Tätigkeit aufnehmen. Damit war eine wichtige Voraussetzung zur Aufnahme unserer beruflich umgeschulten Kumpel und der Wirtschaftsentwicklung des Kreises Stollberg, nach der Steinkohle, geschaffen.

Als beispielgebend möchte ich, auch aus persönlichem Erleben, die zahlreichen geduldigen und persönlichen Gespräche zwischen den Verantwortlichen der Betriebsleitung und den betreffenden Bergleuten hervorheben. Gerade diese Gespräche halfen, wenn sie auch teilweise schmerzhaft waren, die aktuelle Situation deutlicher herauszustellen und für den Einzelnen, nach Klärung vieler Fragen, eine beiderseits abgestimmte neue Perspektive zu beschreiben. Hauptfragen in den Gesprächen betrafen zum Beispiel Themen wie die Wahl des Berufes und den Ort des neuen Betriebes, die weitere Sicherung der Bergbaujahre- und der zukünftigen Bergbaurente sowie einer möglichen perspektivischen Weiterentwicklung in den Nachfolgebetrieben. Ich selbst erlernte den Beruf eines Betonfacharbeiters und qualifizierte mich zum Meister für Hochbau.

Wen die Geschichte des Steinkohlenbergbaus in Sachsen sowie die wirtschaftlich notwendige Fördereinstellung und Umprofilierung interessieren, dem empfehle ich den Besuch des Bergbaumuseum im ehemaligen Karl-Liebknecht-Schacht in Oelsnitz/Erzgebirge.

## Hans-Beimler-Stele in neuem Glanz

Nach vielen Jahren der Vorbereitung, Diskussionen und Mittelbereitstellung durch die Stadt Chemnitz wurde am 31. August 2018 die Stele „Hans-Beimler-Gedenken“ zum zweiten Mal eingeweiht. Eigentlich sollte die Stele im gleichnamigen Chemnitzer Wohngebiet vor rund fünf Jahren zugunsten neuer Bebauungen abgerissen werden. Die Pläne wurden durch die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat öffentlich. Bürgerproteste der Anwohner und dem VVN-BdA Chemnitz, die in eine Unterschriftenaktion mündeten, erreichten schließlich, dass das von Volker Beier geschaffene Denkmal erhalten blieb.

Allerdings hatte der Zahn der Zeit bereits seine Spuren hinterlassen. Eine Restaurierung war unumgänglich geworden. So beantragte die Fraktion DIE LINKE mit Unterstützung anderer Fraktionen bei der Haushaltsplanung Mittel für die Restaurierung. Der Stadtrat bewilligte 10.000 Euro. Weitere Spenden kamen hinzu, so auch von der Betriebsgesellschaft des „Gablentz-Centers“. Die Restaurierung realisierte Mathias Mann unter Anleitung von Volker Beier.

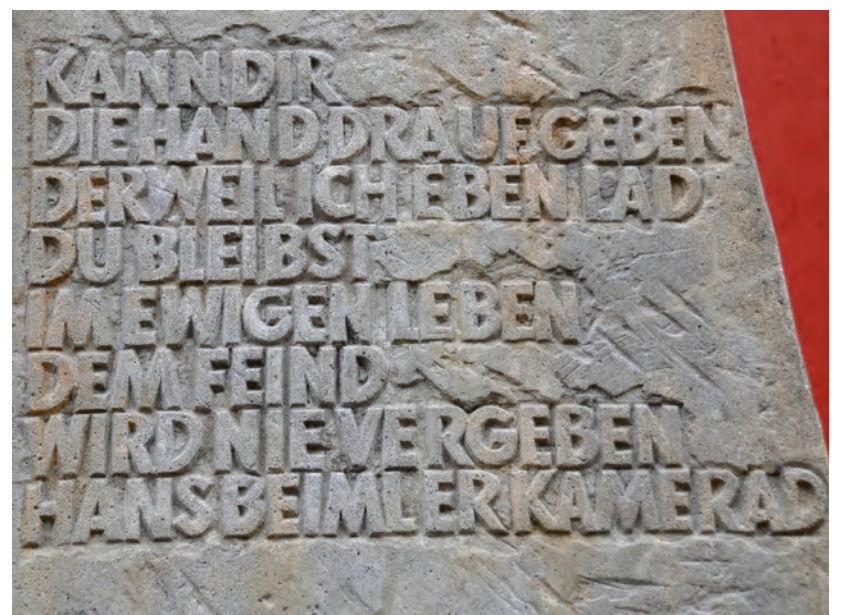
Zur Wiedereinweihung waren zahlreiche Vertreter antifaschistischer Organisationen und viele Einwohner aus dem Wohngebiet gekommen, um „ihr“ Denkmal im neuen Glanz zu würdigen. Der Vorsitzende des Stadtverbandes des VVN-BdA, Enrico Hilbert, erinnerte in seiner Rede an die Geschichte dieses Denkmals. Er würdigte die Opferbereitschaft der Spanienkämpfer, allen voran natürlich die von Hans Beimler. Als Kommunist verfolgt, aus dem KZ Dachau geflohen, sei Beimler einer der ersten gewesen, die beim Aufbau der deutschen Freiwilligeneinheiten in Spanien mitwirkten. Für ihn sei die Verteidigung der Spanischen Republik Herzenssache gewesen.

Der faschistische Krieg mit Unterstützung Deutschlands gegen die Spanische Republik war noch nicht alt, als Hans Beimler am 1. Dezember 1936 getötet wurde. Zwar hatte Hans Beimler eigentlich keinen Bezug zu Chemnitz, jedoch steht er stellvertretend für die zahlreichen Chemnitzer Antifaschisten, die in den Internationalen

Brigaden kämpften. Unter anderen nannte Enrico Hilbert Karl Deutscher, Werner Kinzl, Werner Feiler und Bodo Ritscher. Thiemo Kirmse, Stadtrat Fraktion DIE LINKE, bekräftigte in seiner Rede, dass nichts an einer antifa-

schistischen Haltung falsch sein könne. Die Gegenwart mahne uns. Den Faschisten dürfe niemand einen Fußbreit überlassen.

• Text/Foto: Jonny Michel





# Terminübersicht



**Leipzig, 11. Oktober, 18 Uhr**

■ Podiumsdiskussion  
**Neues von Arthur Koestler und über Bertolt Brecht\***

REIHE: Jour Fixe – ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit Prof. Dr. Klaus Kinner (Historiker) und Prof. Dr. Klaus Pezold (Historiker).  
*Café Kleine Träumerei, Münzgasse 7, 04107 Leipzig*

Prof. Dr. Klaus Kinner würdigt die Entdeckung des Originalmanuskripts von Arthur Koestlers „Sonnenfinsternis“. Koestlers Schlüsselroman setzt sich mit den stalinistischen Säuberungen in den 1930er Jahren auseinander. Prof. Dr. Klaus Pezold stellt eine neue Biographie über Bertolt Brecht aus der Feder des britischen Germanisten Stephen Parker vor.

**Chemnitz, 13. Oktober, 14 Uhr**

■ Workshop  
**Marxlesekreis**

*Bibliothek, Rosenplatz 4, Chemnitz*

**Leipzig, 16. Oktober, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Sonderbericht des IPCC zum 1,5 Grad Ziel\***. Mit Gerrit Hansen (Referentin für Internationale Klimaschutzpolitik). Eine Veranstaltung von PRISMA IL Leipzig mit Unterstützung der RLS Sachsen.

*Pöge-Haus, Hedwigstraße 20, Leipzig*

Der am 8.10.2018 veröffentlichte Sonderbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change wird sich mit dem 1,5-Grad-Ziel und dem Pariser Klimaabkommen von 2015 beschäftigen. Die hohe politische Brisanz, die der Bericht nach einem ersten Leak jetzt schon hat, wird ebenso im Mittelpunkt des Vortrages stehen wie die Diskussion, welche Bedeutung der Bericht für die deutsche Klimapolitik, die Kohlekommission und das Mitteldeutsche Revier hat. Nach dem Klimacamp in Pödelwitz (Leipziger Land) sollen weitere zivilgesellschaftliche Aktivitäten in den Fokus rücken.

**Zwickau, 16. Oktober**

■ Lesung und Diskussion  
**Unter Sachsen - Zwischen Wut und Willkommen\***

Mit Mathias Meisner (Herausgeber und Journalist). Eine Veranstaltung des politikkontor (Büro MdL Horst Wehner, DIE LINKE) und der RLS Sachsen.  
*Barterre - Alter Gasometer, Kleine Biergasse 3, 08056 Zwickau*

**Leipzig, 18. Oktober, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Wie holen wir uns die Platte zurück?**

REIHE: Rosa L. in Grünau. Mit Robert Maruschke (Politikwissenschaftler, Organizing-Aktivist) und MdB Sören Pellmann (DIE LINKE).  
*OFT „Völkerfreundschaft“, Stuttgarter Allee 9, Leipzig*

Es ist zum Verrücktwerden: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer, die Leute immer unzufriedener, und trotzdem kommt niemand

zu linken Veranstaltungen in Grünau. Auf dieser Abendveranstaltung wollen wir darüber nachdenken, wie wir das Ruder gemeinsam rumreißen können.

**Leipzig, 19. Oktober, 10-16 Uhr**

■ Workshop  
**Erste Schritte erfolgreicher Organisierung – Linkes Organizing in der Praxis**

Mit Robert Maruschke (Politikwissenschaftler und Organizing-Aktivist) Eine Veranstaltung des AK Netzwerk Leipzig.  
*ORT wird noch bekannt gegeben*

Wie können wir Leute ansprechen, damit diese nicht nur artig nicken, sondern am Ende tatsächlich zu einem Treffen kommen? Wie sollten solche Treffen gestaltet sein, damit Menschen auch wieder kommen? Wie setzen wir unsere Forderungen mit Kampagnen nicht nur auf die politische Agenda, sondern setzen diese mit aller Kraft durch? Und schließlich: Wie behalten wir in hektischen Phasen unsere organisatorische und strategische Orientierung? Euch erwarten: Praktische Hinweise und Übungen. Euch erwarten nicht: Textdiskussionen. Robert Maruschke steckt seit über zehn Jahren knietief in praktischen Fragen der Organisierung: erst aktivistisch, dann auch noch wissenschaftlich und nun als Beschäftigter in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.

**Leipzig, 19.-21. Oktober, 10-18 Uhr**

■ Workshop  
**Kunst als Aktivismus oder Aktivismus als Kunst?\***

Mit Joana Jung und Max Leurle (Theatergruppe „Feminismus in Szene“)  
*Pöge-Haus, Hedwigstraße 20, Leipzig*

Neue Kunst- & Kulturprojekte sprießen in Leipzig aus dem Boden: von Ausstellungen über Performances bis zu Workshops zum Selbstgestalten. Viele davon verstehen sich als explizit politisch, doch werden sie diesem Anspruch gerecht? Was ist politische Kunst? Welche Aspekte gesellschaftlichen Wandels sind in Kunst- und Kulturprojekten enthalten & wo stoßen sie an Grenzen? Welche Wirkung entfalten künstlerisch-kulturelle Projekte für gesellschaftliche Veränderungsprozesse?

**Leipzig, 23. Oktober, 17 Uhr**

■ Stadtrundfahrt  
**Geschichte der Arbeiterbewegung in Leipzig\***

Eine Veranstaltung der RLS Sachsen und des DGB Nordsachsen im Rahmen der Kritischen Einführungswochen. Stadtrundfahrt mit dem Fahrrad – wir starten am *Platz vorm Augusteum/Paulinum, Dauer etwa 2 Stunden.*

**Dresden, 24. Oktober, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Postkapitalistische Perspektiven. Über Marx hinaus**

REIHE: „An allem ist zu zweifeln!“ Marx' Motto heute, Mit Prof. Dr. Michael Brie (Sozialwissenschaftler)  
*WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, Dresden*

Die Welt ist aus den Fugen und selbst in den sogenannten „Leitmedien“ taucht das Menetekel vom „Ende des Kapitalismus“ auf. Ist er wirklich am Ende? Was käme dann und wofür sollte gestritten und gekämpft werden? Ist es die Barbarei, vor der Rosa Luxemburg warnte? Oder kommt das große Chaos? Ist es der Sozialismus und der Kommunismus, den Marx vor Augen hatte? Was ist wahrscheinlich und was ist wünschenswert? Professor Michael Brie befasst sich seit Jahren mit Transformationsforschung und gibt den Blick auf mögliche Perspektiven frei.

**Leipzig, 25. Oktober, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Nach dem Lager. Die Geschichte der Lagergemeinschaften Ravensbrück\***

Mit Henning Fischer (Historiker). Eine Veranstaltung der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig in Kooperation mit der RLS Sachsen.  
*Ost-Passage-Theater, Konradstraße 27, Leipzig*

Ende April 1945 wurde das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück bei Berlin von der Roten Armee befreit. Einige der Überlebenden, meist Kommunistinnen, die in der Weimarer Republik politisch geprägt worden waren, gründeten unmittelbar nach der Befreiung eine Lagergemeinschaft als sozialen und politischen Verband. Gegen viele Schwierigkeiten führten die Überlebenden ihre Verbände in DDR und BRD und bis in die 2000er Jahre fort und verfolgten eigenständige politische Ziele.

**Leipzig, 30. Oktober, 18 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Liebe zur Welt als Veränderung der Welt?** Hannah Arendts ambivalente Auseinandersetzung mit Karl Marx\* REIHE: PHILOSOPHISCHE DIENSTAGS-GESELLSCHAFT. Mit Dr. Uta Eichler (Philosophin), Moderation: PD Dr. Peter Fischer.

*Erich-Zeigner-Haus, Zschochersche Straße 21, Leipzig*

Im Anschluss an Hegel und Marx ist das Entfremdungstheorem zu einem zentralen philosophischen Topos geworden. Hannah Arendts Auseinandersetzung mit Karl Marx entzündet sich an diesem und lässt sich anhand der Problematik der Weltentfremdung in der Moderne entfalten. In dieser Analyse wird der Weltbegriff in beiden Konzepten zum Bezugspunkt. Differenz und Zusammenhang hinsichtlich dieses Begriffs lassen sich anhand der viel diskutierten Marxschen Forderung nach „Weltveränderung“ und Arendts Gedanken der „Liebe zur Welt“ verfolgen. Die ambivalente Auseinandersetzung Arendts mit Marx führt zu der Frage, ob Liebe zur Welt in der Veränderung der Welt besteht.

**Chemnitz, 30. Oktober, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Verschwörungsideologie - Die Legende von den großen Strippenziehern\***. Mit Peter Bierl (Journalist). Eine Veranstaltung der RLS Sachsen in Kooperation mit der Volkshochschule Chemnitz.  
*Veranstaltungssaal, dasTietz, Moritzstraße 20, Chemnitz*

Verschwörungstheorien haben Konjunktur, weil sie einfache Erklärungen bieten. Grundlegende gesellschaftliche Widersprüche und Probleme haben jedoch strukturelle Ursachen. Dagegen fabulieren Verschwörungstheoretiker von anonymen finsternen Mächten: Korrupte Politiker, volksferne Eliten, gierige Börsianer, zuletzt kommt meist die jüdische Weltherrschaft. Peter Bierl setzt sich mit aktuellen und historischen Verschwörungstheorien auseinander.

\* in Kooperation der Rosa-Luxemburg-Stiftung. *Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.*

## Impressum

### Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

### Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

### Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

### Namentlich gekennzeichnete Beiträge

geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

**Die Papierausgabe** wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

### Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Ralf Richter

**Bildnachweise**, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

### Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

**Redaktionsschluss:** 30.05.2018

**Die nächste Ausgabe** erscheint voraussichtlich am 11.07.2018.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und

Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

### Aboservice:

www.links-sachsen.de/abonnieren,

aboservice@links-sachsen.de oder

Telefon 0351-84389773



# Lebendige Chronik eines Jahrhundertwerks

Jens Grandt brilliert mit einem Marx-Engels-Buch von besonderer Art. Von *Wulf Skaun*

In der Fülle der einschlägigen Publikationen zu Marx' 200. Geburtsjubiläum nimmt Jens Grandts Essaysammlung „Karl Marx. Friedrich Engels – neu ediert und neu erschlossen“ einen besonderen Platz ein. Zugegeben, der wenig werbeträchtige Titel lässt kaum Aufregendes vermuten. Doch weckt die Beifügung „Rezensionen und Reflexionen“ Erwartungen, die der Berliner Wissenschaftsjournalist bei weitem übertrifft. Der Autor ist kein unbeschriebenes Blatt. Bevor er sich aufmachte, das von Marx und Engels hinterlassene Textgebirge zu erkunden, hat er aus eigener Anschauung über ost- und westdeutsche Polarexpeditionen berichtet und mit Gelehrteninterviews einen originellen Beitrag zur Wissens-Archäologie der DDR geliefert.

Die nun in Buchform veröffentlichten Essays zur Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) entstammen erstaunlicherweise so unterschiedlichen Publikationsorganen wie der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der „Frankfurter Rundschau“, dem „Neuen Deutschland“, der „Neuen Zürcher Zeitung“ und der „Süddeutschen Zeitung“. Worin besteht ihr Erfolgsgeheimnis? Es mag einem Wunder gleichen, dass es nach dem Epochenjahr 1989/1990 gelang, das MEGA-Projekt, einst Prestigeobjekt von SED und KPdSU, zu reformieren und in einen akademischen Hafen



zu steuern. In den sorgfältig recherchierten und unterhaltsam formulierten Essays exemplifiziert der Autor anhand der seither erschienenen Bände, wie das internationale Editorenteam den Wandel von parteipolitischer Instrumentalisierung zu wertfreier philologischer Bestandsaufnahme und moderner wissenschaftlicher Kommentierung des literarischen Nachlasses von Marx und Engels vollzog.

So abstrakt diese Prinzipien anmuten, so exzellent löst Grandt sie in konkretfarbige Darstellung auf, wenn er jene

Arbeiten von Marx und Engels in seinen Rezensionen kontextualisiert, die den jeweiligen MEGA-Band prägen. Das liest sich geradezu spannend und mitunter auch überraschend anders als eigene Schulweisheit verhielt, wenn sich wie im Falle des jüngst erschienenen Bandes I/5 (Deutsche Ideologie. Manuskripte und Drucke) einst eherne Grundsatzwerke des historischen Materialismus als Texte der Selbstverständigung entpuppen. In den Reflexionen vertieft Grandt manchen Gedanken, dessen ausführliche Entwicklung die Grenzen einer Besprechung gesprengt hätten, die ihm aber als notwendige „geistige Brücken“ oder zu ureigener Kommentierung nicht selten strittiger Sachverhalte dienen. Für den mit Ideen und Theorien „unserer Klassiker“ nicht völlig unvertrauten Rezensenten ist Grandts Buch eine Offenbarung. Sein klarsichtiger Lotsendienst ermöglicht es, das erstmals in der MEGA vollständig rekonstruierte Mammutwerk der beiden Großen und die Essenz der darin enthaltenen Erkenntnisse, Ideen und Hypothesen, dosiert in 49 kleinen Kapiteln, zu konsumieren. Und sich dabei von Aha-Effekt zu Aha-Effekt vorwärts zu lesen. So beispielsweise zu der Einsicht, dass die uns früher so monolithisch erscheinenden „Lehrsätze“ von Marx und Engels oft erst in qualvollen Denkprozessen heranreifen, dass sich beide auch grandios verheben und

gewaltig irren konnten. Verdienstvoll ist Grandts Pointierung, Marx und Engels auf Augenhöhe zu behandeln, ihre jeweiligen Anteile an gemeinsamen Werken exakt zu bemessen und die irrige Annahme zu beerdigen, beide Gelehrte seien wie ein „symbiotisches Duo“ stets einer Meinung gewesen.

Schließlich empfinde ich den wertschätzenden „Kulissenblick“ des Autors auf jene Forscher und Editoren als wohltuend, die der MEGA zu verschiedenen Zeiten gedient haben. Stellvertretend sei auf Grandts intime Einblicke in das von Herfried Münkler, Hans-Peter Harstick und Manfred Neuhaus viele Jahre erfolgreich geleitete internationale MEGA-Referenzzentrum an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften verwiesen. Des Publizisten edle journalistische Feder hat ihnen und etlichen ihrer deutschen, japanischen und russischen Mitstreiter biografische Konturen verliehen. Mit seinen Essays hat Grandt, wie nur wenige vor ihm, die historisch-kritische Marx-Engels-Gesamtausgabe als Jahrhundertereignis der Wissenschafts-, Ideen- und Kulturgeschichte gewürdigt.

*Jens Grandt. Karl Marx. Friedrich Engels – neu ediert und neu erschlossen. Rezensionen und Reflexionen. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2018, 244 Seiten. ISBN 978-8-389691-287-9*

## Inside AfD

Kaum jemand, der sich bislang mit der AfD beschäftigte, ist auf den Namen Franziska Schreiber gestoßen. Umso unerwarteter war es, dass ausgerechnet eine junge unbekanntere Dresdnerin in der Diskussion um die Position von Hans-Georg Maaßen den Stein ins Rollen brachte. Der Verfassungsschutzchef als lieber Freund und Berater der AfD, so konnte man es verstehen – ganz so geschrieben hat sie es natürlich nicht. Das Buch ist aber bekannt geworden durch dieses Faktum, das eine emotionale Nähe zwischen Maaßen und der ehemaligen AfD-Chefin Frauke Petry suggeriert. Petry war Schreibers Chefin – und so sehr die einstige Chefin der Jungen Alternative Sachsen vor der AfD warnt und mit der Partei abrechnet, so zeigt sie gegenüber Petry doch Hochachtung. Weitgehend unbeachtet war Franziska Schreiber von ihrer Position zurückgetreten, unmittelbar vor dem spektakulären Rücktritt Petrys. Heute gehen beide getrennte Wege, aber es herrschten wohl lange Zeit große Harmonie und Verständnis.

Das Buch ist wirklich spannend zu lesen – nicht weil es toll geschrieben wäre, aber sein Inhalt und sein Aufbau halten den Leser in Atem. Ein junger Mensch Anfang zwanzig sucht sich politisch einzubringen und landet bei der AfD. Schreiber ist Feuer und Flamme,

merkt langsam, wie die eigene Familie fremd wird. Sie beschreibt ihre Selbstradikalisierung, die aber nie so weit geht, dass sie nun etwa „ganz rechts“ wird. Für Franziska Schreiber gründet ein von seiner „Alt-Partei“ enttäuschter konservativer Liberaler mit ganz vernünftigen Ansichten eine Partei, die von Anfang an drei Flügel hat: einen liberalen, einen konservativen und einen rechten. Jeder Flügel hat einen Frontmann bzw. eine Frontfrau und mittendrin sitzt eine graue Eminenz, die das Ganze zusammenzuhalten versucht: Alexander Gauland. Dann stürzt die Konservative (Frauke Petry) den Chef der Liberalen (Bernd Lucke) und gerät kurz darauf zunehmend unter Druck der Rechten, die vom Geschichtslehrer Björn „Bernd“ Höcke angeführt werden.

Schreiber ist anwesend, als sich die europäischen Rechtsausleger am Deutschen Eck in Koblenz treffen. Damals redete man fast nur von Petry, Wilders und Le Pen – der Name Matteo Salvini, der gleichfalls in Koblenz war, sagte den meisten noch gar nichts. Heute ist er von den vier Spitzenleuten der Rechtsparteien der politisch erfolgreichste und seine Politik betrifft auch die deutsche. Das reicht hinein bin in die Dresdner Neustadt, wo Mission Lifeline sitzt und Salvinis neue Politik zu spüren bekam, als ihr Schiff keinen

italienischen Hafen mehr anlaufen durfte. Schreiber ist in Koblenz offenbar auch im Hinterzimmer dabei – und zeigt die Bruchstellen zwischen Deutschen auf der einen Seite und Franzosen und Niederländern auf der anderen.

Die junge Autorin sieht sich als Liberale, die seinerzeit nicht zur FDP finden konnte, weil die Liberalen nicht den aus ihrer Sicht richtigen Kurs fuhren – nun aber mit dem neuen Chef Lindner



scheint sie sehr zufrieden. Das Werk kann man auch als Bewerbungsschreiben um eine Führungsposition bei der FDP lesen. Sie stellt darin sehr loyal nicht nur Frauke Petry ein gutes Zeugnis aus und zeigt darüber hinaus die Gefährlichkeit und Intelligenz Höckes auf, ohne ihn zu diffamieren. Wenn man allerdings liest, mit welchen infamen Mitteln – es ist schon Cyberkrieg – der Parteigründer Lucke aus seiner Partei geworfen wurde (Franziska Schreiber war ganz fleißig dabei, wie sie ohne Stolz zugibt), dann kann man erahnen, dass diese Partei noch massive Machtkämpfe erleben wird. Aber sie wird keinesfalls wie das Piraten-Strohfeuer verschwinden. Schreiber sieht die Zukunft der AfD bei zehn Prozent – warum die Partei dann dennoch gesiegt hätte, liegt an der strategischen Ausrichtung: Nicht die Stärkung der eigenen Partei steht im Mittelpunkt, sondern der Einfluss auf die politische Ausrichtung des Landes. Jakob Augstein nannte die AfD die Wiedergeburt der Deutschnationalen – wer Schreiber liest, erfährt, wie Recht er damit hat. Wer aber weiß, wohin der Erfolg der Deutschnationalen geführt hat, muss an 1945 denken.

Inside AfD erschien beim Europaverlag, hat 200 Seiten und kostet 18 Euro.

• Ralf Richter

# Lady Soul

*Jens-Paul Wollenberg* erinnert an die kürzlich verstorbene Soul-Legende Aretha Franklin

Soul bedeutet Seele. In der Mitte der 1950er Jahren erlebte die gleichnamige Musikrichtung ihre Geburtsstunde. Ihre Wurzeln liegen im Spiritual, im Gospel und natürlich im Blues, und sie hebt sich deutlich vom breiten Spektrum der damaligen Populärmusik wie Rock'n'Roll oder Beat ab. Unbestritten entwickelte sich der Soul aus Rhythm and Blues, dessen brisanter Sound bereits Jahre zuvor aufhorchen ließ.

Im Vergleich zum herkömmlichen Blues, dessen Themen durchtränkt sind von Trauer, Liebesleid und Welterschmerz und mit seinen darauf bezogenen Ausdrucksformen selbstironischen Humors, weist die Soulmusik weitaus kontrastreichere Radikalität in ihrer breiten Ausdrucksstärke auf, fundamentiert durch explosive Besessenheit in kraftvoller Instrumentalisierung. Soul kann Wut sein, aufsässig, zornig, tief emotional und gestaltet in jedweder Hinsicht Sozialkritik, politisch gefärbtes Aufbegehren, Protest. Bestes Beispiel ist James Brown, der schon seit den Fünfzigern den braven Bürger in seiner amerikanischen Spießerwelt zu schockieren verstand. Er und kein Geringerer als Ray Charles gelten als die Pioniere und Wegweiser des Soul.

Zwei große Schallplattenfirmen widmeten sich speziell der Soulmusik, Tamla Motown in Detroit und Atlantik mit seinem Ableger Stax in Memphis. Motown und der Detroit-Sound waren trotz der Förderung der Soulsängerinnen und -sänger stark vom Interesse der weißen Musikindustrie beeinflusst. Sein spezieller Klang ergab sich aus dem Groove von Rhythmus, Bass und Schlagzeug, wurde jedoch stark „veredelt“ durch Streichorchester, Bläser und wirkte dementsprechend seichter, unterhaltsamer. Anders bei Atlantik bzw. Stax: Obgleich der Chef des Labels ein Weißer war, wurde in diesem Fall Musik von Schwarzen für Schwarze produziert und es lag nahe, dass Künstler wie der großartige Otis Redding oder Solomon Burke sich für diese Firma entschieden.

Entscheidenden Einfluss für die Echtheit und Authentizität für der Soulproduktion übte ein gewisser Steve Cropper aus, der genau wusste, wie man den Sound der Songs umzusetzen hatte. Der Memphissoul fand seinen Ursprung in den Kirchen der Südstaaten, die nur von Afroamerikanern besucht wurden und wo man Gospel und Spiritual zelebrierte – er ist weitaus geradeter als der von Motown Detroit. Hier dominierten schrille Gitarrengriffe, pulsierendes Schlagzeuggetrommel, elektrische Bassgitarre, jazzige Klavierpassagen, umrahmt von kräftigen Blechbläsern, die einen wuchtigen Klangteppich ausrollten, eine heiße Melange aus Rock, Blues und Gospel bildeten. Auf diesem Fundament konnten sich die Interpreten austoben und ihren aufpeitschenden Soulgesang hemmungslos leben.

In den frühen Sechzigern machte eine markante Stimme auf sich aufmerksam – die Stimme einer Frau, die einem stark in der Tradition der Gospelchören geprägten Gesangsstil frönte

und sich deutlich von anderen Diven des Genres Soul abhob. Die Rede ist von Aretha Franklin, geboren am 25. März 1942 in Memphis, Tennessee. Ihre Jugend verbrachte sie jedoch in Detroit, wohin es die Großfamilie vorher verschlagen hatte. Ihr Vater, Reverend Clarence LaVaughn Franklin, war ein angesehener Baptistenprediger, in dessen Chor Aretha bereits als Zehnjährige mitsingen durfte. Immerhin sangen in dieser Gemeinde Größen wie Mahalia Jackson, Sam Cooke und andere bekannt gewordene Soulsängerinnen und Soulsänger. Aretha fiel schon damals aus dem Rahmen der herkömmlichen Chormitglieder, ihr Stimmumfang umfasste vier Oktaven.

Bereits im Alter von dreizehn Jahren sang sie eine Schallplatte mit Gospelsongs ein. Mit 18 ließ sie sich von Sam Cooke breitschlagen (er war übrigens ihr Vorbild, wie sie einst beton-

te), beim Chess-Label weitere Gospels einzusingen, bis sie vom Bassisten in Teddy Wilson's Band überredet wurde, bei Columbia aufzunehmen. So zog sie nach New York, wo man sie als würdige Nachfolgerin von Bessie Smith feierte. Zehn Alben entstanden, doch sie blieb schlicht unzufrieden – zu fade waren die Arrangements, jazzangehauchte Unterhaltung, voll auf den üblichen Geschmack zugeschnitten, wie es dem „braven“ weißhäutigen Verbraucher nur recht sein konnte. Diese Songs, teilweise Cover anderer Standards, entsprachen nicht Arethas Auffassung davon, wie Soul zu klingen hat. Nach dem Ende ihres Vertrages kündigte sie bei Columbia und wechselte auf Anraten ihres Ehegatten Ted White, der als Manager ihre geschäftlichen Belange erledigte, zu Atlantik-Records. Dort sollte sie alsbald eine der meistgelobten Soulplatten überhaupt einspielen.

Hier konnte sie sich erstmalig frei als Sängerin entfalten. Die extra für sie zusammengestellte Begleitband, alleamt virtuose und spießfreie Instrumentalisten, sorgte für den passenden Groove, der es ihr erlaubte, ihre vom Gospelgesang geprägte Leidenschaft im Studio aufleben zu lassen. Inhaltlich handelten ihre Texte mehr denn je von Liebesleid, von der Sehnsucht nach Wärme und Empfindsamkeit, aber auch vom gnadenlosen Joch der afroamerikanischen Bevölkerung in den Vorstädten der großen Metropolen. Auch das Thema Frauenemanzipation kam nie zu kurz.

Ihr erstes Album bei Atlantik „I Never Loved A Man The Way I Love You“, das 1967 erschien, wurde binnen kürzester Zeit ein Welterfolg. Produziert wurde die Platte von einem gewissen Jerry Wexler und dem damals sehr gefragten Tonmeister Tom Dowd. Am Klavier begleitete sich Aretha Franklin selbst, den temperamentvollen Background lieferte die Band unter Leitung des Organisten Spooner Oldham, der es durch betuliche Akkuratess vermochte, den Liedern „seiner“ Lady Soul jene adäquaten Arrangements zu unterlegen, die das anspruchsvolle Niveau garantierten.

„Lady Soul“ hieß auch das ebenfalls sehr gelungene Album, dem 1968 „Aretha Now“ folgte. „I Say A Little Prayer“ wurde ein Riesenhit nach einer Komposition von Kurt Bacharach. In dieser Zeit verdrängten Franklins Songs bereits die von Wilson Pickett, James Brown, Supremes oder Temptation von den ersten Plätzen gängiger Hitparaden. Ihre Titel „Chain Of Fools“, „Baby I Love You“ oder das von Otis Redding gecoverte „Respect“ wurden vergoldet und der Song „Since You've Been Gone“ war die damals meistverkaufte Single. Aretha entwickelte im Lauf ihrer Karriere gesangstechnisch eine geniale Mischung aus ekstatischem Gospel, leidenschaftlichen Bluesfeeling und zeitgenössischem Flair, ohne sich untreu zu werden. Sie blieb bis zuletzt sie selbst, stimmungsvoll, immer ein wenig bescheiden, ohne den Drang zu großen Gesten und doch unverfälscht temperamentvoll.

1972 erhielt sie einen Grammy für die Platte „Young, Gifted and Black“. Die Alben der Achtziger wirkten weniger aufregend, der Synthesizer-Sound trug dazu bei, bis 1987 wieder ein großartiges Doppelalbum mit Gospels auf den Markt kam: „Amazing Grace“. In ihren späteren Jahren trat sie nur noch, sich selbst solistisch am Klavier begleitend oder mit minimaler Besetzung, in den Clubs nahe ihres Wohnorts auf. Sie scheute das Reisen mit dem Flugzeug. Erwähnt sei noch ihr Auftritt während der Feierlichkeiten anlässlich des Wahlsieges des ersten afroamerikanischen US-Präsidenten Barack Obama, für den sie euphorisch gefeiert wurde.

Aretha Franklin verließ uns am 16. August dieses Jahres. Aber Lady Soul bleibt unvergessen – ihre Lieder halten uns weiterhin in Atem!





Oktober 2018

# Sachsens Linke

**Aktuelle Informationen**  
stets auch unter  
[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)



## Historischer Schritt in der Bildungspolitik

Der Volksantrag zum längeren gemeinsamen Lernen in Sachsen ist gestartet. Von *Cornelia Falken*

Am letzten September-Wochenende fiel der Startschuss für den Volksantrag zum „Längeren gemeinsamen Lernen in Sachsen“. Seitdem können die Bürgerinnen und Bürger in rund 100 Büros (u.a. in allen Büros der LINKEN), verteilt über das ganze Land, die Bögen mit dem Volksantrag unterschreiben oder Bögen abholen und wieder abgeben, wenn sie selbst sammeln wollen. Dafür wurden mehr als 600 Kilo Papier bedruckt - denn es dürften nur die offiziellen Böge genutzt werden, selbst produzierte werden nicht anerkannt. 40.000 Unterschriften braucht das „Bündnis Gemeinschaftsschulen in Sachsen“. „Maximal bis Weihnachten“ rechnet der Koordinator, Burkhard Naumann, um die Unterschriften zusammen zu bekommen. Danach kann der Volksantrag dem Landtagspräsidenten übergeben werden. Und nach einer Prüfung der Unterschriftenlisten auf ihre formale Korrektheit wird sich der Landtag mit dem Antrag befassen.

Zu den Unterstützern des Volksantrags gehören neben dem DGB und der GEW die Parteien DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Eine kuriose Rolle spielt die SPD: Als Regierungspartei sammeln ihre Mitglieder Unterschriften für eine Novelle des Schulgesetzes, die von der Regierung umgesetzt werden soll. DIE LINKE unterstützt die aus der Bevölkerung kommende Initiative. Nachdem im Schulgesetz keine Regelung zum längeren gemeinsamen Lernen getroffen worden ist - gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung -, ist es an der Zeit, auf außerparlamentarischem Weg für die Gemeinschaftsschule zu kämpfen.

Wir wissen, dass eine klare Mehrheit der Bevölkerung die Einführung von Gemeinschaftsschulen in Sachsen befürwortet. Das geht aus einer von unserer Landtagsfraktion in Auftrag gegebenen repräsentativen Befragung hervor. Und warum soll, was die CDU im Nachbarland Thüringen ermöglicht hat, nicht auch in Sachsen gelingen? Sachsen würde mit der Gemeinschaftsschule ein Modernisierungsdefizit beseitigen und den international üblichen Standard erreichen. Andere Staaten haben das gegliederte Schulwesen



längst durch „integrierte Systeme“ ersetzt. Die meisten Staaten arbeiten erst ab der Sekundarstufe II mit Formen der äußeren Differenzierung. Sie schneiden in internationalen Vergleichsstudien weitaus besser ab. Den Einwand, dass eine individuelle Förderung durch ein längeres gemeinsames Lernen verhindert werde, widerlegt die Praxis in den anderen Ländern.

In Sachsen selbst gibt es bereits zwei Modellschulen, die das längere gemeinsame Lernen mit Erfolg praktizieren - das Chemnitz Schulmodell und die Nachbarschaftsschule Leipzig (NaSch). Beide arbeiten mit einem besonderen pädagogischen Konzept. Es handelt sich um Gemeinschaftsschulen, in denen nach reformpädagogischen Grundsätzen unterrichtet und gelernt wird. Dazu zählen unter anderem altersgemischte Klassenstufen, fächerverbindender Unterricht, Wochenplanarbeit. Die wissenschaftliche Begleitung der Schule bescheinigt der NaSch eine gute Arbeit.

Der Volksantrag strebt keinen Systemsturz an - die Gemeinschaftsschule soll als gleichberechtigte weitere Schulart möglich sein. Nach dem Vorbild Thüringens sollen Schulen in Form des Optionsmodells künftig selbst darüber entscheiden dürfen, ob sie eine Gemeinschaftsschule gründen. Die Schülerinnen und Schüler lernen dort auch nach der vierten Klasse ge-

meinsam. Das reduziert die Belastung und den Stress für die Eltern und die Schülerinnen und Schüler. An die Stelle von Versagensängsten tritt eine langfristig stabile Lernumgebung. Die Gemeinschaftsschule setzt auf kooperative Lernformen statt auf Frontalunterricht, Kinder mit unterschiedlichen Leistungsniveaus lernen miteinander und voneinander und werden individuell gefördert. Am Ende sind alle Abschlüsse möglich.

Nach dem Volksantrag unter dem Motto „Zukunft braucht Schule“ aus dem Jahr 2001, der für den Erhalt von Schulen kämpfte, ist der aktuelle Volksantrag ein weiterer Versuch von Bürgerinnen und Bürgern, eine Reform im sächsischen Bildungswesen durchzusetzen. DIE LINKE wird mit aller Kraft dafür kämpfen. Seit Jahr und Tag treten wir für das längere gemeinsame Lernen ein. Die Beteiligung an diesem aussichtsreichen Vorstoß im Rahmen der Volksgesetzgebung ist ein attraktives bildungspolitisches Vorhaben, mit dem zugleich die seit vielen Jahren anhaltende Lethargie in Sachen direkter Demokratie durchbrochen werden könnte. Das Schulsystem verdient eine Weiterentwicklung. Es gibt eine Mehrheit für das längere gemeinsame Lernen im Freistaat. Nutzen wir sie!

Infos, auch für Sammlerinnen und Sammler, gibt es unter [www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de](http://www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de)

## Österreich zeigt: Wer Schwarz wählt, holt sich zwei blaue Augen!

*Der neue Vorsitzende der Schwarzen im Sächsischen Landtag schließt eine Koalition seiner Partei mit den Blau-Braunen nicht aus. Was das bedeutet, zeigt ein Blick auf unser Nachbarland Österreich.*

*Die dortige Koalition aus Konservativen und Rechtspopulisten hat in einer Art Eilverfahren die Regelungen zur Arbeitszeit geändert und den 12-Stunden-Tag eingeführt. Außerdem wurde die Mindestsicherung für Kinder gekürzt, Studiengebühren werden eingeführt und volljährigen Lehrlingen in überbetrieblichen Lehrausbildungen soll die Ausbildungsentschädigung in den ersten beiden Lehrjahren von 753 Euro auf 325 Euro monatlich gekürzt werden. Gleichzeitig plante die Regierung, die Höchststrafe für Sozialversicherungsbetrug von Unternehmen von 50.000 Euro auf 855 Euro zu reduzieren. Und sie hat die Grunderwerbssteuer für Immobilienhaie abgeschafft. Die Miethöhe muss sich außerdem nicht mehr an den Kosten für bauliche Investitionen orientieren. Dafür wird der bereits ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Hoteliers um weitere drei Prozentpunkte abgesenkt.*

*Neben den brachialen Rodungen im Sozialbereich werden auch innenpolitisch die Daumenschrauben angezogen. So wurde ein Sicherheitspaket durchgebracht, das die Überwachung verschlüsselter Nachrichten und verstärkte Videoüberwachung beinhaltet.*

*Kurzum: Schwarz-Blau ist schwarz-gelber Sozialkahlschlag kombiniert mit brachialer Knüppelpolitik gegen Grundrechte. Es soll am Ende niemand sagen, sie oder er hätte nicht gewusst, worum es geht!*

# Leserbriefe

Zu „Aufstehen“

## „Aufstehen“ oder liegen bleiben?

Lange habe ich überlegt, ob ich darüber schreiben soll. Nun habe ich mich schon aus therapeutischen Gründen dafür entschieden. Monatelang tingelte insbesondere Dr. Sahra Wagenknecht, durch die früher ach so bösen bürgerlichen Medien und strapazierte mit der Idee einer linken Sammlungsbewegung „Aufstehen“. Das tat sie an allen Gremien und Mitgliedern der Partei vorbei, die ihr noch immer den Fraktionsvorsitz zugesteht. Nicht mal das höchste Gremium, den Parteitag, nutzten sie und ihre Unterstützer, um sich einer Debatte zu stellen. Bei so viel Dreistigkeit muss ich mich erst mal sammeln. Schon deshalb bleibe ich aus demokratiepolitischen Gründen liegen. Hinzu kommt, dass die führenden Sammler aus der LINKEN, Wagenknecht und Lafontaine u.a., erklärten, die Partei umkrepeln zu wollen. Ob es da hilft, jene, die entsprechende Reden halten und Interviews geben, daran zu erinnern, dass zunächst die eigene Programmatik der Maßstab des politischen Handelns zu sein hat? Besonders die Führung einer Partei und Fraktion sind aufgefordert, auch außerhalb von Wahlkämpfen für breite Zustimmung für ihre Politik zu werben. Das schließt es ein, dafür zu kämpfen, dass ihre Politik in die Öffentlichkeit gelangt und zu einer Veränderung in der Gesellschaft beiträgt. Das heißt, sie auch bündnisfähig für potentielle Partner zu machen. An dieser Stelle haben Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine ihre Arbeitsplatzbeschreibung nicht verstanden. Denn wenn hier etwas gesammelt werden soll, genügt es nicht, publikumswirksame Reden zu halten und auflagenstarke Bücher zu schreiben. Dazu bedarf es eigener Integrations- und Bündnisfähigkeit, die ich vor allem diesen Personen abspreche. Bis in die jüngste Vergangenheit wettete gerade Wagenknecht gegen Regierungsbündnisse, woran ihre (Noch)Partei beteiligt war und ist. Kritik kann sicher die Dinge vorantreiben – aber nur wenn sie konstruktiv und solidarisch ist. Da wurden rote Haltelinien schnell zu Fallstricken. Und wer schon bei dem Vorspiel zu „Aufstehen“ derart unaufrichtig ist, nicht mal den Dialog zuerst mit der eigenen Partei zu suchen, ist dann wie empfangsbereit für Angebote anderer Partner aus dem linken Lager? Apropos Partner: Warum ist man nicht auf das Institut Solidarische Moderne zugegangen? Die waren schon vor Jahren aufgestanden, um rot-rot-grüne Alternativen zur neoliberalen Politik zu entwickeln. Hätte man dort nicht sein politisches Gewicht einbringen können, um die meist progressiven Anliegen zu versammeln, und für die Mehrheit einer linken Reformalternative zu streiten? Da wäre man mit Andrea Ypsilanti (SPD), Astrid Rothe-Beinlich (Grüne), Hilde Mattheis (Forum Demokratische Linke 21, SPD), Dr. Axel Troost (LINKE) zusammen. So schlimm? Oder wieder typisch Linke? Statt zusammenzuführen wird weiter gespalten. Anders die Rechten, die sind

sich einig, wo ihr Feind steht. Den Preis zahlen wir dann alle. Persönlich wurde es, als Frau Wagenknecht bei der medienwirksamen Vorstellung von „Aufstehen“ in der Bundespressekonferenz am 4. September die pogromartigen Ausschreitungen Ende August in Chemnitz als letzten Anstoß nannte, diese Bewegung in Gang zu setzen. Sie, die mit ihrem Gerede vom Gastrecht, dem Fehlen an Solidarität für Flüchtlinge u.a. bei der Tafel in Essen und sonstigen nationalistischen Äußerungen zahlreich in den Hintern getreten ist, mir und vielen anderen, die in der Arbeit mit Geflüchteten aktiv sind. Manch anderer Mitstreiter bei „Aufstehen“ fiel da ebenfalls auf. Globale Probleme lassen sich nicht national lösen. Für mehr als ärgerlich halte ich es, dass sich im Gründungsauftrag Forderungen und Gedanken wieder finden, die von der LINKEN abgeschrieben sein können: Sichere Arbeitsplätze, gute Löhne, gerechte Steuern, Beendigung von Privatisierungen und sie rückgängig machen, exzellente Bildung für alle. Anderes müsste hinterfragt werden, klar. Aber im LINKEN Wahlprogramm liest man von 12 Euro Mindestlohn, einer Grundversicherung von 1.050 Euro, einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent, einem Neuanfang der EU und ferner von der Ablehnung von Kampfeinsätzen. Was gilt nun? Das Wahlprogramm der LINKEN oder der Gründungsauftrag der „Aufsteher“? Welche Perspektive das Projekt hat, wird die Zeit zeigen. Man kann nur abwarten – aber die nächste Therapie kommt bestimmt.

• René Lindenau, Cottbus

## Einigkeit ist entscheidend

Schon die Losung „Aufstehen“ reicht als Motivation nicht aus. Selbst der „aufrechte Gang“ der Ostler nach 1989 hat zur Etablierung einer „rechtspopulistischen bzw. neofaschistischen“ Partei geführt. Einer Partei, die kaum eine soziale Forderung im Programm hat, der aber die „Benachteiligten, Abgehängten und zu kurz Gekommenen“ zulaufen. Das ist aber das Wählerpotenzial, welches die Linke mit ihren sozialen Zielen vertreten muss. Bei dem momentanen Arbeitsstand der „Sammlungsbewegung“ wird es der herrschenden Klasse leicht fallen, sie demokratisch zu zerlegen. Warum? Wenn man die Massen, das Prekariat bewegen will, muss man Ziele formulieren, die die Lebenslage der Leute wahrnehmen und Lösungen anbieten. Alle sozialen Leistungen, die die elementaren Lebensbedürfnisse der Menschen betreffen, müssen sozialisiert werden, das sind Bildung, Gesundheitswesen, Wohnen, Nahverkehr, Beseitigung von Armut in jeder Form. Hartz IV ist zu verbieten. Ziel ist: alle haben Arbeit, von der sie leben können. z. B. Verkürzung der Arbeitszeit, Schaffung eines staatlichen Arbeitsmarktes oder Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. Als Partei des Friedens brauchen wir die NATO nicht. Sie kostet nur Geld, das etwa für Bildung besser angebracht ist. „Frieden schaffen ohne Waffen“ – diese

Losung von 1989 ist immer noch aktuell! Die Finanzierung eines LINKEN-Sozialprogramms kann nur durch die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten erfolgen. Eine Steuerreform zu Lasten der Reichen muss auf die Tagesordnung. Aber eines ist zu allererst notwendig. Die Partei und ihre Führung müssen geschlossen hinter dem Programm stehen. Wenn da keine Einigkeit herrscht, gibt es den medialen Hecken-schützen der kapitalistischen Gesellschaft genügend Gelegenheit, diese Initiative zu zerlegen. Weg und Ziel dieser Bewegung müssen klar benannt werden. Kein Mensch steht auf, wenn er nicht weiß, wohin er gehen soll!

• Peter Pöschmann

Zu Chemnitz, Parlamentsreport August / September 2018, S. 1

## Mehr über Fluchtursachen sprechen!

Der in Chemnitz Getötete Daniel H. war ein dunkelhäutigerer Deutschkubaner, der sich laut ihm nahestehender Personen aktiv gegen Rassismus gewandt hat. Er hätte sich somit gegen den Missbrauch seines Todes durch Rassisten gewehrt. Warum wird in den meisten Medien nur von einem Deutschen gesprochen? Warum werden in vielen Medien die viel größeren sozialen und Umweltprobleme, die Menschen, die sich für ihre Lösung einsetzen, und der Beitrag der deutschen Politik und Wirtschaft zu den Fluchtursachen viel weniger behandelt? Warum wird dagegen Flucht häufig als Problem dargestellt und viel über Kriminalität berichtet, insbesondere wenn sie von Nichtdeutschen begangen wird? Stärkt das nicht genau jene Rassisten? Und wäre es nicht die Aufgabe von uns Linken, genau diese Zusammenhänge anzusprechen?

• Eric Neuber, Radebeul

Zu „Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene“, Kommunal-Info 7/2018, S. 3f.

## Bürgerbeteiligung ist leider die Ausnahme

Bevor bei uns ein Spielplatz gebaut wurde, konnten die Kinder der benachbarten Grundschule Modelle dafür basteln. Verwirklicht wurde eine Kombination der Entwürfe. Leider war das eine Ausnahme. Bis 2016 fanden auch, bis auf Wahljahre, jährliche Einwohner\*innenversammlungen statt. Allerdings nutzte die Stadtverwaltung einen Großteil, um ihre Sicht darzustellen und sich selbst zu loben. Kritische Fragen führten regelmäßig zu heftigen Auseinandersetzungen. Vermutlich deshalb kamen immer weniger Personen und Fragen. Deshalb gab es 2017 und 2018 keine mehr. Wenn ich vorschlug, die Bevölkerung mehr einzubeziehen, wurde mir vorgeschlagen, zu kandidieren. Es gelang mir nicht, verständlich zu vermitteln, dass es nicht um mich geht, sondern darum, jeweils die für einen Sachverhalt betroffenen und kompetenten Personen zu beteiligen. 2011 wurde außerdem eine Satzung für Einwohnerversammlungen verabschiedet, die dazu genutzt werden konnte, kritische Fragen zu unterbinden. Versprechen, insbesondere durch den Oberbürgermeister, z. B. über Auskünfte und zur fairen Beschaffung, wurden im Regelfall nicht ein-

gehalten. Außerdem gab es eine Auseinandersetzung, ob Stadträt\*innen die Bevölkerung vor Beschlüssen in öffentlicher Sitzung die Bevölkerung darüber informieren und mit ihr darüber diskutieren dürfen. Die Stadtverwaltung will dies möglichst einschränken. Das Internetforum der Stadt wurde schnell geschlossen. Ist es da verwunderlich, wenn nur wenige Personen sich beteiligen?

• Uwe Schnabel, Coswig

Zu „Willkommen und Abschied“, Links! 09/2018, Seite 7

## Unterwerfung unter den Westen war logische Folge des Kapitalismus

Ja, es gab durch die Treuhandanstalt eine Marktberaumung und Vermögensverschiebung insbesondere zugunsten des westdeutschen Kapitals. Das erzeugte Kränkungen und Demütigungen, gesellschaftliche Ausgrenzungen und Deklassierungen usw. Dass der so erzeugte Frust sich nicht gegen die Ursachen, sondern gegen andere Benachteiligte richtet, ist ein unschöner, aber für die wirtschaftlich und politisch Mächtigen durchaus positiver Nebeneffekt. Ich stimme auch zu, dass die Verantwortlichen keine Ahnung von den DDR-Betrieben hatten und überfordert waren. Aber wenn die DDR-Betriebe ausgeschlachtet, Vermögen privatisiert, die Lasten sozialisiert und lästige Konkurrenz ausgeschaltet werden sollte, schadete diese Unkenntnis und Überforderung zwar der Entwicklung im Anschlussgebiet, aber nicht diesen Zielstellungen. Und für diese Ziele waren die meisten Entscheidungen durchaus auch ökonomisch richtig und entsprachen ökonomischer Vernunft. Somit war die Unterwerfung unter den Westen eine logische Folge des Kapitalismus. Deshalb sollte sich die Kritik gegen die Kapitallogik richten und wir Linken sollten uns für eine Logik der Bedürfnisbefriedigung einsetzen.

• Rita Kring, Dresden

## Impressum

### Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

### Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

### Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

### Namentlich gekennzeichnete Beiträge

geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

**Die Papieraussgabe** wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

### Der Redaktion gehören an:

Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

**Bildnachweise**, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

### Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

**Redaktionsschluss:** 30.05.2018

**Die nächste Ausgabe** erscheint voraussichtlich am 11.07.2018.



# Gegen ein Zurück ins Mittelalter

Es ist befremdlich wie erschreckend, wenn man, am Brandenburger Tor stehend, die Heerscharen stummer und mit überdimensionalen weißen Kreuzen bewaffneten „Lebensschützer\*innen“ an sich vorbeiziehen sieht. Ein Moment, der mich wirklich nachhaltig bewegte, und das auf negative Art und Weise. Auf den bewusst schweigenden Demozügen zeigen die Teilnehmenden des „Marsches für das Leben“ Parolen wie „Ungeborene sind keine Rohstoffe“ oder „Abtreibung ist Euthanasie“. Der Bundesverband für das Lebensrecht mobilisiert jährlich Tausende nach Berlin. Schlimm genug, es kommen nur allzu gern „prominente“ Gäste wie die rassistische Rechtsaußen-AfD-Politike-

Jährlich versammeln sich rechtskonservative Abtreibungsgegner\*innen und ziehen schweigend durch die sächsische Kleinstadt. Und auch hier sind wir als LINKE gemeinsam mit feministischen Initiativen und Aktivist\*innen an den Gegenprotesten beteiligt.

Seit jeher ist das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung eine zentrale Forderung der internationalen Frauenbewegung. Und seit jeher ist der §218, sind die reproduktiven Rechte der Frau Teil erbitterter Auseinandersetzungen. Vor allem sind sie immer noch Zentrum der aggressiven Versuche von rechts, Frauen\*- und Freiheitsrechte abzuschaffen. Im

Und in Polen, einem der Länder mit den schärfsten Abtreibungsgesetzen, bezweifelt die Regierung die Notwendigkeit der Istanbul-Konvention.

Hinter all dem stecken ein mittelalterliches, ultrakonservatives, frauenfeindliches Weltbild, eine tiefe Trans\*- und Homofeindlichkeit. Hier und in Berlin zeigt sich ein offen geführter Angriff auf demokratische Grundwerte und Errungenschaften der Gleichstellungspolitik. Die immer aggressiver werdenden Methoden der Lebensschützer\*innen reißen sich ein in den gesellschaftspolitischen Rechtsruck. Zuletzt standen diese in Mahnwachenformation vor hessischen Beratungsstellen, die



Foto: UrbanAthmus / flickr.com / CC BY 2.0

rin Beatrice von Storch. Grußworte kamen diesmal vom Bischof der evangelischen Landeskirche Sachsen, Carsten Rentzing. Unterstützung bekam er vom konservativen CDU-MdB Volker Kauder und anderen. Unlängst ist bekannt, dass auch AfD & Co. die Schweigemärsche unterstützen und politisch nutzen, das Ganze eingerahmt von zahlreichen konservativen Politiker\*innen und kirchlichen Fürsprecher\*innen.

Breite linke und feministische Bündnisse mobilisieren seit Jahren gegen den frauenfeindlichen und erzkonservativen Marsch in Berlin. Allen voran das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung, und das ist wichtiger denn je. Aber nicht immer ist die Hauptstadt Mittelpunkt des Geschehens. Auch in Sachsen erleben wir Ähnliches, in Annaberg-Buchholz.

Kampf um Hegemonie gerieren sich AfD und andere rechte wie frauenfeindliche Bewegungen als „Wahrer der traditionellen Werte“. Sie unterstützen die Märsche und Mahnwachen der Lebensschützer\*innen in Berlin und anderswo. Europaweit beschließen immer mehr nationalkonservative und rechtspopulistische Regierungen Gesetze „für den Schutz der (traditionellen) Familie“. Und sie agieren offen gegen die Rechte von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen. Also gegen alle, die nicht ins Weltbild von Orban und Konsorten passen. Die Hürden für Schwangerschaftsabbrüche werden höher, Mittel für Frauenprojekte schrumpfen. Und das egal ob man nach Polen, Ungarn oder Österreich schaut. Zuletzt kürzte die Regierung in Österreich Geld für autonome Frauenhäuser.

Schwangerschaftsabbrüche durchführen, um schwangere Frauen einzuschüchtern. Ein unfassbarer Skandal.

Im Frühjahr gingen in Polen tausende mutige Frauen\* gegen eine Verschärfung der Abtreibungsgesetze auf die Straße. Auch in Deutschland muss der Protest auf der Straße und in den Parlamenten weiter gehen. Als LINKE stehen wir auf der Seite derer, die sich für eine gewaltfreie und selbstbestimmte Gesellschaft stark machen. Jede Stimme gegen den Rollback zählt und manchmal wird aus einer Stimme ein Chor. Eines meiner Lieblingsgedemolieder fängt so an: „Eure Kinder werden so wie wir...“. Es wäre zu hoffen. ;)

• Anja Eichhorn, Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik

## Neues aus dem Landesvorstand

Vom 14. bis zum 16. September 2018 traf sich der Landesvorstand zur Klausurtagung in Dresden. Am Freitag fand die Beratung mit der Landtagsfraktion statt, am Sonntag kam der Landesvorstand mit den Kreisvorsitzenden zusammen. Im Mittelpunkt stand neben der Auswertung des Landesparteitages die Verständigung zum Wahljahr 2019. So beschloss der Landesvorstand die Wahlkampfstruktur. Diese ist weitgehend unverändert zu den Strukturen 2014 und 2017. Das Wahlplenum wird wieder als zentraler Ort der Kommunikation und Verständigung fungieren. Als Wahlkampfleiter wurde Landesgeschäftsführer Thomas Dudzak bestellt. Ihm zur Seite stehen als Stellvertreter Tilman Loos für den Bereich Strategie und der Wahlkampfmanager Alex Jahns für den Bereich Organisation. Darüber hinaus wurde erstmals über die Finanzplanung 2019 beraten. Diese sieht ein Wahlkampfbudget vor, das inflationsbedingt um rund zehn Prozent über dem des Wahljahres 2014 liegt. Durch die freiwillige Erhöhung der Mandatsträgerbeiträge der Landtagsabgeordneten seit 2015 ist dieser Betrag gedeckt. Auch die politische Jahresplanung 2019 stand auf der Agenda. So terminierte der Vorstand die Parteitage: Der LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste am 13. und 14. Juni folgen die 1. Tagung des 15. Landesparteitages zum Beschluss des Landtagswahlprogramms am 22. Juni und die 2. Tagung zur Wahlauswertung und Neuwahl des Landesvorstandes am 16. und 17. November 2019. Die Termine werden schnellstmöglich auf der Homepage der Landespartei veröffentlicht.

• Thomas Dudzak

# Druck wirkt: Gemeinsam stoppen wir den Pflegenotstand

Am 15. September 2018 fand eine öffentliche Diskussion der LAG betrieb&gewerkschaft statt. Mit Susanne Schaper, MdL, gesundheitspolitische Sprecherin; Dorit Hollasky, Sozialarbeiterin im Städtischen Klinikum Dresden, und Andre Urmann, Gewerkschaftssekretär, ver.di Chemnitz- Erzgebirge, saßen fachkundige Personen im Podium. Die TeilnehmerInnen tauschten Erfahrungen aus und diskutierten die vielseitigen Auswirkungen des Personalmangels in der Pflege in den Krankenhäusern und der Altenpflege. Es wurde hervorgehoben, dass unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung und der Tatsache, dass etwa 70 Prozent der zu Pflegenden zu Hause betreut werden, der häuslichen Pflege durch Angehörige mehr Aufmerksamkeit zu schenken ist. Dabei geht es um Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Finanzierung der pflegenden Angehörigen und des

beruflichen Ausstiegs bzw. Wiedereinstiegs danach.

Der Vertreter von ver.di hob hervor, dass noch mehr Druck durch eine Verbesserung des Organisationsgrades

der Beschäftigten erreicht werden kann. Susanne Schaper sprach an, dass nicht nur die Situation des Pflegepersonals, sondern auch die weiterer Berufsgruppen des mittleren medizinischen Personals in der politischen

Arbeit berücksichtigt werden muss. Als wichtiger Aspekt wurde die Lohnangleichung zwischen Ost und West benannt. Der Unterschied beträgt bis zu 23 Prozent. Bis zum Jahr 2030 fehlen in Sachsen 60.000 zusätzliche Pflegekräfte. Erneut wurde eine solidarische Pflegeversicherung eingefordert.



Im Anschluss fanden Wahlen statt. Als LandessprecherInnen wurden Marianne Küng-Vildebrand, Dorit Hollasky, Uwe Kluge und Thomas Michaelis gewählt. Torsten Steidten vertritt uns im Landesrat. In einem Beschluss wird die Einbindung des Themas „Pflege/Gesundheit“ in die Regionalkonferenzen und den Landtagswahlkampf 2019 vorgeschlagen. Als LAG unterstützen wir die Diskussion eines neuen Vergabegesetzes. Auch die Digitalisierung der Arbeit ist für uns ein wichtiges Thema.

• Thomas Michaelis



# Klare Standpunkte!

Holger Zimmer über die Gesamtmitgliederversammlung 2018

Am 22. September 2018 fand unsere Gesamtmitgliederversammlung für das Jahr 2018 im Saal der Stadtwerke in Annaberg statt. Insgesamt waren 75 Genossinnen und Genossen anwesend. Bei einem Kreisverband von knapp 600 Mitgliedern war die Teilnahme also nicht wirklich gut. Rico Gebhardt hat in seiner sehr emotionalen Rede einen Rückblick auf die Regierungszeit Kretschmer gegeben und klar gemacht, dass es hier in Sachsen überhaupt keine Berührungspunkte mit der CDU gibt. Deshalb verschwendet die Linke in Sachsen auch gar keinen Gedanken daran, mit der CDU in irgendeine Koalition einzutreten. Rico stellte auch klar heraus, dass eine Politik, die nach dem Mund des jeweiligen Publikums redet, keine erfolgreiche Politik sein kann. Genau das ist die Politik, die das rechte Spektrum in Sachsen fördert.

Als Kreisvorsitzender habe ich klar gemacht, dass es wichtig ist, eben nicht ausschließlich über Flüchtlingspolitik zu reden, sondern einen Wahlkampf zu führen, der die wirklichen Probleme der Menschen aufgreift. Im Vordergrund muss dabei der Kampf gegen rechts stehen, aber auch das Eintreten für lin-



ke Positionen und nicht das Herumlabieren, wie wir es aktuell bei der SPD erleben. Die Bürgerinnen und Bürger wollen klare Standpunkte der Parteien und keine Argumente, die nur dem Machterhalt dienen.

Außerdem wurde natürlich auch wieder so einiges gewählt, so unter anderem die Delegierten zum nächsten Landesparteitag, die Delegierten zur

Vertreterinnenversammlung für das Europaparlament und für unsere eigene Kreisvertreterinnenversammlung. Auch unsere Mitglieder für den Landesrat standen zur Wahl. Wir als Erzgebirge werden im Landesrat durch Angela Hänel und Lukas Ziller vertreten sein. Herzlichen Glückwunsch allen Gewählten und viel Erfolg für die anstehenden Aufgaben in den Gremien.

Im Verlauf der Debatte wurde außerdem beschlossen, dass ein Beschluss des Kreisvorstandes seine Gültigkeit behält und am 2. Februar 2019 in Seiffen unsere nächste Gesamtmitgliederversammlung stattfindet. Zu dieser Versammlung werden die Kandidaten für die Landtagswahlen und Kommunalwahlen 2019 aufgestellt und gewählt.

Ich möchte mich bei allen für die gute Vorbereitung der Gesamtmitgliederversammlung bedanken und hoffe, dass die nächste Versammlung besser besucht ist. Ich denke, hier müssen wir als Kreisvorstand etwas an der Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Partei verändern. Eine große Verantwortung liegt dabei aber auch bei den Ortsvorsitzenden.

## Termine

24. Oktober 2018, 17 Uhr, Kulturbahnhof Stollberg, Bahnhofstr. 2: **Regional- und Basiskonferenz zur Landtagswahl**

26. Oktober, 18 Uhr, Ritter-Georg-Klaue in Schwarzenberg: **Birger Höhn liest aus seinem Buch „Auf dem Weg zu mir selbst. Innenansichten eines Menschen mit Autismus“**. Birger Höhn ist ein engagierter Genosse unserer Partei, Inklusionsbotschafter der Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. und er ist Autist. Über sich, seine Behinderung, Inklusion und wo sie fehlt, diverse Lücken in unserer Sozialpolitik und seine Wünsche an unsere Gesellschaft hat Birger ein Buch geschrieben, aus welchem er für uns liest. Wir freuen uns auf Euer Kommen und einen informativen und angenehmen gemeinsamen Abend.

29. Oktober 2018, 17 bis 18 Uhr: **Bürgersprechstunde des MdL Klaus Tischendorf** in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN, Wolkensteiner Str. 17 A, Annaberg-Buchholz

## OV Zschopau hat gewählt

Es war wieder Zeit, einen neuen Vorstand zu wählen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einmal den biologischen Faktor, unabhängig der Ansicht, man habe das Amt auf Ewigkeit gepachtet. Dann gibt es noch den Ruhig-Weiter-so-Faktor. Ja keine Wellen, es geht auch so. Manchmal gibt es doch Wellen von „unten“ und Frau und Mann wollen einen neuen Vorstand. Einer muss das Sagen haben. Wir leben im Jahr 2018, fast drei Jahrzehnte nach der „Wende“. Also auch nach fast drei Jahrzehnten politischen Agierens der SED-PDS, PDS und der LINKEN im realen Kapitalismus. Wie soll es weiter gehen? Die Zeiten, in denen wir tausende Zeitungen selbst austragen konnten, sind bald vorbei, im ländlichen Raum sowieso. Die Qualität der Arbeit muss zunehmen. Neue Ideen, vielleicht mal ausgefallener, provozierend. Es bringt nichts, die Arbeit da oben nur zu kritisieren. Jeder, der einmal Verantwortung übernommen hat, weiß um die Besserwisseri der Leute, die eben jene Verantwortung nicht übernommen haben.

Genug der schlaun Reden, Zschopau hat gewählt. Wir haben einen Vorsitzenden, eine Stellvertreterin und drei weitere Genossen im Vorstand. Mit drei Frauen und zwei Männern sind wir gut aufgestellt. Es gilt das gute Erscheinungsbild der LINKEN in Zschopau zu erhalten, in Erinnerung an alle, die in drei Jahrzehnten dazu beigetragen haben.

• Lothar Kühn, Vorsitzender Ortsvorstand Zschopau und Umgebung

## Wahlkampfhilfe: Gemeinsam sind wir stark

Die Sonntagsfrage im Vorfeld der Landtagswahlen in Bayern brachte für die Linke erfreuliche Ergebnisse: Wären am 12. September Landtagswahlen gewesen, hätte unsere Partei den Einzug in das Landesparlament geschafft. Ein Szenario, welches angesichts der Umfragewerte Mitte Juli nur den optimistischsten Genoss\*innen als realistisch erschien. Bereits zum bundesweiten Neumitgliedertreffen haben Christian Fraß (Kreisverband Zwickau) und Karoline Loth (Kreisverband Erzgebirge) den Genossen Willy Brandt aus Nürnberg kennengelernt und gemeinsam mit Stefanie Teumer und mir ihre Unterstützung für die Landtagswahlen angekündigt. Dieses Angebot wurde von Titus Schüller, Vorsitzender des Kreisverbandes Nürnberg-Fürth, sehr gern angenommen.

Am Morgen des 15. September führen wir als ironischerweise selbsternannte Reisegruppe „Aufbau West“ nach Nürnberg. Dort begann unser Einsatz mit der Betreuung eines Infostandes und dem Verteilen von Flyern. „Mehr für die Mehrheit“ – diente nicht nur als Slogan des fundierten Wahlprogramms, sondern auch als Handlungsmaxime für den Auftritt in der Öffentlichkeit. Wir kamen mit vielen Genoss\*innen ins Gespräch und erfuhren, dass soziale Fragen, welche bundesweit fokussiert werden, auch hier der Kern des Wahlkampfes sind. In Nürnberg sind die Mieten in den letzten zehn Jahren um 55 Prozent gestiegen, so dass sich besonders dieses Thema in den Ge-



sprächen mit Sympathisant\*innen am Infostand regelmäßig wiederholte. Im Anschluss verteilten wir Wahlkampfzeitungen in mehreren Wohngebieten.

Am Sonntagvormittag besuchten wir gemeinsam mit der Landtagskandidatin Debora Pihan eine Kirchweih. Mit einem auf dem Tisch stehenden DIE

LINKE-Wimpel waren wir nicht zu übersehen. Anschließend liefen wir noch einige Straßen ab und konnten an beiden Tagen insgesamt 3.600 Wahlkampfzeitungen und etwa 500 Flyer verteilen.

Was uns besonders stark beeindruckte, waren die Worte unseres lieben Genossen Hans Treiber. Im Zuge einer politischen Diskussion bestätigte er unsere Ansicht, dass vielschichtige Standpunkte im Hinblick auf manche Themen innerparteilich ihre Berechtigung haben, dass wir aber nie vergessen dürfen, dass wir Genoss\*innen sind und zusammenhalten müssen – besonders in Zeiten wie diesen. Selbstverständlich luden wir die Nürnberger Genoss\*innen herzlich zu uns nach Südwestsachsen ein.

• Christian Saffert



Erzgebirge:  
Mittwoch 24.10.2018, 17 Uhr  
Kulturbahnhof Stollberg,  
Bahnhofsstr. 2, 09366 Stollberg



# „Zwickau ist nicht braun, sondern bunt“

So lautete das Motto der Veranstaltungen auf dem Neumarkt, die am 22. September in Zwickau gegen rassistische Hetze durch die „Bürgeroffensive für Deutschland“ (BoD) auf vielfältige Weise protestierten. Seit geraumer Zeit ist der Zwickauer Neumarkt Treffpunkt für junge Menschen unterschiedlicher Nationalität. Es wird Musik gehört, geredet und auch gestritten und so mancher mit unehrlichen Absichten hat sich den Neumarkt ebenfalls als geeigneten Ort für sein Treiben ausgesucht. Wo Menschen aufeinandertreffen, kann es Probleme geben. In der Rede meines Beiratskollegen Wolfgang Wetzel, die ich in Vertretung halten durfte, heißt es dazu: „Die Probleme hier am Zwickauer Neumarkt sind komplex. Die Ruhestörungen, die von Anwohnern beklagt werden, haben auch – aber längst nicht nur! – mit migrantischen Strukturen zu tun. Und die sogenannten migrantischen Strukturen wiederum haben längst nicht nur etwas mit den Flüchtlingen zu tun, die 2015 in unsere Stadt gekommen sind. Kommunalpolitisch verantwortungsvoll solche Probleme anzugehen bedeutet, dass es nicht um das vorschnelle Brandmarken von Sündenböcken gehen darf. Damit würden vielleicht Rachegefühle von Teilen der Bevölkerung befriedigt, aber keine Probleme gelöst. Moderne polizeiliche Strategien zielen ebenfalls nicht darauf ab, Ordnungswidrigkeiten und Kleinkriminalität mit brachialer Gewalt lediglich von einem Stadtteil in den nächsten zu vertreiben. Die Probleme hier am Neu-

markt nicht zu tabuisieren, sondern öffentlich zu diskutieren, ist in einer freien, demokratischen Gesellschaft normal. Presse und Medien berichten deshalb darüber; Kommunalpolitik, Polizei, Behörden und Sozialarbeiter sind längst tätig.“

Die BoD nun hatte die Situation auf dem Neumarkt zu ihrem Thema gemacht und den Neumarkt zur „No-go-Area“ erklärt. Sie dient einmal mehr für rassistische Hetze gegen Migranten. Genau das wollten wir, ein zivilgesellschaftliches Bündnis in Zwickau, nicht so stehen lassen. Gemeinsam mit den Akteuren von „Zwickau zeigt Herz“, dem Theater Plauen-Zwickau, Puppentheater, Robert-Schumann-Haus, Mondstaubtheater und verschiedenen Bands entstand ein buntes Programm. Was mich besonders gefreut hat: Wir wurden gerade durch die Kulturschaffenden der Stadt, die ja selbst in ihren Ensembles mit Menschen unterschiedlicher Nationalitäten zusammenarbeiten, unterstützt. Zu den Gästen unserer Veranstaltung gehörten Stadträte aller demokratischer Fraktionen sowie Oberbürgermeisterin Dr. Pia Findeiß. Schön war auch die flankierende Aktion der „Sternendekorateure“, die an einem Teil der Marschroute der BoD-Demo Schirme in Regenbogenfarben aufhängten. Darunter waren verschiedene Artikel unseres Grundgesetzes aufgehängt – als kleine Weiterbildung dazu, für welche Werte wir stehen. Mehr als 250 Menschen kamen zu unserer Veranstal-



Auftritt mit Elin Kolev, in Zwickau geborener, international bekannter Violinist

lung, dazu kamen noch verschiedene Zuschauer an den Fenstern der umliegenden Häuser.

Parallel und nebenan fanden sich ebenfalls zahlreiche Menschen zusammen, die mit einer antifaschistischen Demonstration ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und rassistische Hetze setzten. „Antifa meets Mitte“, so hatten wir es in unserem Plakat formuliert und ich denke, es war eine gute Sache, die vielleicht auch bei dem einen oder anderen Vorbehalte gegenüber der jeweils anderen Aktionsform abbauen half. Mit insgesamt rund 500 Teilnehmenden bei beiden Veranstaltungen waren wir mehr als bei früheren Terminen.

Abschließend möchte ich erneut meinen Beiratskollegen zitieren: „Lasst ihn

uns mit Leben füllen und dem unsachlichen Schlechtgerede entgegentreten. Verlagern wir ganz bewusst unsere Einkäufe hierher – für all das, was es eben am Neumarkt zu kaufen gibt. Lasst uns den Neumarkt auch häufiger am Abend besuchen und in den Lokalen einkehren. Ein belebter Platz wird unattraktiv für zwielichtige Gestalten. Lassen wir nicht zu, dass der Zwickauer Neumarkt missbraucht wird als fadenscheinige Begründung für das Schüren von Hass, Angst und Fremdenfeindlichkeit!“ In diesem Sinne sollten wir überall die Plätze mit Leben füllen und sie mit den Herausforderungen nicht jenen überlassen, die hetzen.

• Simone Hock, Beirat Demokratiebündnis



## Aus dem Demokratiebündnis

Auf den letzten Sitzungen des Beirates und des Bündnisses beschäftigten wir uns bereits mit den Tagen für Demokratie und Toleranz in der Zwickauer Region im Jahr 2019. Und obgleich wir natürlich nicht als Wahlkampfhilfe agieren wollen und werden, steht alles im Zeichen der anstehenden Wahlen zu den Europa- und Kommunalparlamenten sowie der Landtagswahl. Die Demokratietage werden vom 29. April bis 8. Mai 2019 stattfinden. Wir haben uns auf folgendes Motto geeinigt: „Z19: Mut – Freiheit – Wahrheit“

Bereits jetzt sind alle aufgerufen, sich Gedanken über geeignete Veranstaltungen

zu machen. Diese sollten dann im Koordinierungsbüro gemeldet werden. Der genaue Redaktionsschluss wird auf der Homepage des Demokratiebündnisses bekanntgegeben, wird aber voraussichtlich wieder Ende Januar sein. Ebenfalls auf der Homepage finden sich demnächst alle Veranstaltungen, die in den kommenden Wochen im Rahmen der Novembertage stattfinden werden. Da sind viele interessante Sachen dabei, Reinschauen und Teilnehmen lohnt sich also: [www.zwickauer-demokratiebuendnis.de](http://www.zwickauer-demokratiebuendnis.de)

• Simone Hock, Mitglied im Beirat des Demokratiebündnisses

## Aktuelles aus dem Kreisvorstand

Am 25. September trat der Kreisvorstand zu einer Sondersitzung zusammen, um die anstehenden Aufgaben zu beraten. Nach eingehender Beratung wurden folgende Beschlüsse gefasst: Andreas Salzwedel wird die Projektgruppe Wahlen leiten und ist somit für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlkämpfe zur Kommunal- und Europawahl am 26. Mai sowie zur Landtagswahl am 1. September 2018 verantwortlicher Ansprechpartner. Ebenfalls beschlossen wurde die Einberufung des 11. Kreisparteitages am 18. November 2018. Auf diesem werden unter anderem die Delegierten zur Landesvertreterversammlung, zur Bundesvertreterversammlung sowie die Delegierten zum Landesparteitag und unsere Vertreter im Landesrat gewählt. Zudem steht die Nachwahl von (weiblichen) Mitgliedern in den Kreisvorstand sowie die Neuwahl des Kreisvorsitzenden und gegebenenfalls des stellvertretenden Kreisvorsitzenden auf der Tagesordnung. Die Kreisgeschäftsstelle bittet zeitnah um Meldung,

wer die genannten Aufgaben (Landesvertreterversammlung bis Landesrat und Kreisvorstand) anstreben möchte.

• Heiko Döhler, amtierender Kreisvorsitzender

## Termine

16. Oktober 2018, 19 Uhr  
Barterre – Alter Gasometer,  
Kleine Biergasse 3, Zwickau  
**Lesung „Unter Sachsen“**  
In Reportagen, analytischen Hintergrundtexten, Interviews und persönlichen Kommentaren beleuchten mehr als 40 AutorInnen die Hintergründe rechter Gewalttaten in Sachsen und stellen die Aktionen der kreativen Zivilgesellschaft dar. Gäste: Heike Kleffner und Matthias Meisner, Herausgeber des Buches. Moderation Rene Jalaß, MdL

17. Oktober 2018, 18 Uhr  
Kleingartenanlage „Am Schmelzbach“, Gießener Str./B93,  
Wilkau-Haßlau  
**Mitgliederversammlung BO Wilkau-Haßlau.** Gast: Björn Reichel zum Thema „Republik Europa“



# Ordentlich an der Wiege gerüttelt

Reinhard Heinrich blickt zurück auf die Oberbürgermeisterwahl in Meißen

„Die Wiege des Freistaates“ nennen wohl situierte CDU-Politiker gerne die Stadt Meißen. Das klingt natürlich sehr staatstragend und ist wohl auch so gemeint. Nun hat ein – verhältnismäßig – kleiner Mann an dieser Wiege gerüttelt und die Erschütterungen ließen wohl sogar das Krönchen auf der Staatskanzlei wackeln. Nein, nicht dass er als Meißen Oberbürgermeister kandidierte, erschütterte das Krönchen. Wohl aber, dass er 2017 der Staatspartei CDU den Rücken kehrte – mit berechtigtem Zorn auf CDU-Politiker direkt aus der „Wiege“, anlässlich des Literaturfestes 2017 und im schon angelaufenen Bundestagswahlkampf, mit lautstarker Unzufriedenheit über die Bürgerferne der Staatspartei, die schon damals gerade in Meißen der AfD nur zu gerne in die Hände spielte.

In der Folge kehrte auch der damalige CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Tillich allen Staats- und Parteiämtern den Rücken. Noch nicht vom kleinen Literaturfest-Bewegten Demokraten veranlasst, wohl aber von den politischen Folgen, die dieser korrekt vorausgesagt hatte. Wäre 2017 eine Landtagswahl gewesen – allzu viele Wendehälse hätte die CDU hervorbringen müssen, um gerade noch mitregieren zu können.



Foto: Sandro Hlárak, Wikimedia Commons / CC-BY-SA 4.0

2017 stand „die Wiege“ Meißen noch auf festen rechten Fundamenten, gegossen von CDU-Stadträten und der CDU-Landtagsabgeordneten mit der unverhohlenen Liebe zur AfD. Herr Tillich zog es vor, da nicht mehr mitmachen zu wollen – was ihn ehrt. Und machte Platz für AfD-kompatible Christdemokraten, was ihn weniger ehrt. Der demokratische Christ (nicht zu verwechseln!) Frank Richter in Meißen jedoch sprach zuerst die Demokraten an, um Oberbürgermeister werden zu können. Der alte Amtsinhaber hingegen ließ sich von den

Un- und Antidemokraten ansprechen – und wählen. Keine hundert Stimmen brachte das, aber sie haben gereicht, OB zu werden. Und zum Gespött der demokratischen Presse halb Europas. Selbst Schweizer Publizisten schüttelten den Kopf.

„Und was hat uns das gebracht?“, fragen im Feuer der DDR-Geschichte gestählte alte Genossen und Genossinnen. Am Sonntag darauf, nach der Wahl, las man auf Facebook neben freudetrunkener und Wein-Festlicher Weinseligkeit aus Meißen, zwischen anderen „Nebensächlichkeiten“ die Freude des Fraktionschefs der neu konstituierten Rot-Rot-Grün-Fraktion. Ein Jahr vor den Kommunalwahlen! Das meint nicht nur die Gegenwart – das meint die Zukunft, die Kommunalwahl 2019! Und genauso beiläufig teilte ein langjähriger Kreisvorsitzender (bis Frühjahr 2018) einer anderen demokratischen Partei seine sofortige Mitgliedschaft in der LINKEN mit. Danke, Frank Richter, für dieses ermutigende „Rütteln an der Wiege“! Einige ausgewachsene Riesenbabys sind hart gefallen und haben gesehen: „der Kaiser ist ja nackt“! Dem zeretzten demokratischen Mäntelchen des gewählten OB schauen mit breitem Grinsen die Rechtspopulisten aus großen Löchern.

## Ahoj přátelé v Litoměřicích!

Erstes freundschaftliches Treffen unserer Fraktion mit der Partner-Stadtfraktion KSCM anlässlich des Meißner Weinfestes

Lieber Jaroslav, lieber Heiko, unser erstes Treffen, unsere ersten Gespräche zum Weinfest mit Euch aus der Stadtfraktion KSCM Litoměřicé waren doch so, als wären wir uns nicht zum ersten Male begegnet. Eure Worte und Eure Ausstrahlung waren einfach etwas sehr Wertvolles. Für die Menschen, für ihre soziale und politische Gerechtigkeit unsere kommunalpolitische Arbeit auszurichten, war und ist das Bindeglied unseres gemeinsamen politischen Wirkens. Herzlichen Dank für den ersten Austausch zu unserer verantwortungs-

vollen und nicht immer einfachen Arbeit, für die wir uns mit unserer ganzen Kraft des linken Wissens aus der Vergangenheit, der Gegenwart und für die Zukunft einer gerechten Welt für die Menschheit auch mit unserer Kommunalpolitik einsetzen. Herzlichen Dank auch für die Dolmetscherdienste unseres MdL Heiko Kose!l

Wir grüßen Euch recht herzlich aus Meißen im Auftrag des Fraktionsvorsitzenden der (neu formierten!) Stadtratsfraktion Meißen DIE LINKE, SPD und Grüne, Ullrich Baudis.

• Andreas Graff, Stadt- und Kreisrat und Mitglied des Ortsvorstandes DIE LINKE Meißen



## Kurz gemeldet

### Gratulation

Die Großenhainer Tafel der Diakonie besteht seit 20 Jahren. Von Anfang an hat die LINKE diese Einrichtung unterstützt – mit Spenden und der Arbeit von Kerstin Lauterbach, die im Rahmen der Aktion „Perspektivewechsel“ dort tätig war. Deshalb war sie zu einer Festveranstaltung geladen. Viel Beifall bekam sie für ihr Grußwort: „Eigentlich schlagen zwei Herzen in meiner Brust. Einerseits können wir als LINKE nicht nachvollziehen, warum es in einem so reichen Land überhaupt Tafeln geben muss, andererseits sind wir sehr froh, dass es diese Einrichtung gibt. Denn sie hilft bedürftigen Menschen und schafft menschliche Wärme. Im vorigen Jahr habe ich für einen Tag bei der Großenhainer Tafel gearbeitet. Ein Tag ist nicht viel, aber ich habe die wertvolle Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schätzen gelernt. Auch habe ich versucht, mit einer Spende aus dem ‚Spendentopf von links‘ meiner Fraktion die Arbeit der Tafel zu unterstützen und das möchte ich auch weiterhin tun.“

### Gedenken

So sehr bekannt ist es nicht, das Denkmal im Glaubitzer Wald. Dabei hat es eine besondere Geschichte: Am 17. April 1945 erreichte eine Kolonne KZ-Häftlinge Glaubitz. Während einer Rast auf dem Sportplatz entkamen bei einem Fliegerangriff viele Häftlinge. Die im Raum Glaubitz von der Hitlerjugend wieder eingefangenen Häftlinge wurden in Glaubitzer Wald

erschossen und beerdigt. Ein Denkmal erinnert daran. Am 24. April 1945 war die Hitlerarmee in diesem Gebiet besiegt. Für die LINKE von Großenhain und Nünchritz war dies Anlass, das Denkmal am zweiten Sonntag im September zu besuchen und Blumen niederzulegen.

### Information

DIE LINKE will, dass die Sicherheitsbehörden die Grund- und Freiheitsrechte achten und schützen. Dazu müssen sie demokratisch kontrolliert werden. Dazu sprach auf Einladung des Ortsverbandes der LINKEN Großenhain/Nünchritz MdL Enrico Stange zum sächsischen Polizeigesetz, welches die CDU-SPD Regierung plant. Auch weitere Ortsverbände aus der Umgebung nahmen das Angebot an.

• Harald Kühne

### LINKS wirkt

Coswig – Fraktionssitzung von Rot-Rot-Grün: Es geht um die künftige Flächennutzung in der Stadt. Der viel gelobte und unlängst von Sachsens Integrationsministerin gewürdigte Interkulturelle Garten (s. September-Ausgabe) könnte in Gefahr geraten. Ich zeige der dort erwähnten „interkulturellen Gärtnerin“ die Stelle, wo sie namentlich erwähnt wird. Überraschung: Zudem entdeckt sie sich im Gruppenbild oben auf der Seite – anderer Artikel, anderes Thema. Wozu der Text von unserer Ortsvorsitzenden verfasst ist, ihrer Nachbarin quasi. Ein neues Verhältnis zu unserer Zeitung nimmt seinen Lauf ... so das Spaß!

• ein Redakteur



# Konsequent für Frieden und Abrüstung

Am 7. September 2018 fand unser interkulturelles Friedensfest mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion, Susanne Schaper, und der Band Banda Comunale statt. Vielen Dank an alle Teilnehmer/innen, Organisatoren und Unterstützer/innen für das gelungene Friedensfest in der Lessingstadt Kamenz.

Vielen, vielen Dank an Banda Comunale für das schöne Konzert und euer politisches Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus! In Zeiten wie diesen braucht es viel mehr Menschen, die sich für Frieden, Abrüstung und Menschlichkeit einsetzen. Der zunehmenden Kriegsgefahr dürfen wir nicht tatenlos zuschauen! Gemeinsam mit der Friedensbewegung und vielen Menschen müssen wir entschlossen für

Frieden und gegen Krieg kämpfen. Seit 2015 organisiert DIE LINKE in Kamenz Friedenskundgebungen und Veranstaltungen „Für eine Welt ohne Krieg und Vertreibung!“

Die Bundesregierung verfolgt eine gefährliche Politik der Militarisierung der deutschen und europäischen Außenpolitik. Statt momentan 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Jahr für Militärisches auszugeben, fordert die NATO zwei Prozent des BIP. Wir sagen: NEIN! Krieg ist keine Lösung! Organisiert überall Friedenskundgebungen und sagt laut und deutlich: NEIN zur Aufrüstung und Militarisierung in Deutschland, Europa und weltweit! Wir laden zum Mitmachen ein!

• *Marion Junge, MdL*



## Volksantrag zur Gemeinschaftsschule gestartet!

DIE LINKE Bautzen unterstützt den Volksantrag „Länger gemeinsam Lernen“ des Bündnisses Gemeinschaftsschule. Längeres gemeinsames Lernen fordern wir seit vielen Jahren und freuen uns, dass es jetzt ein breites Bündnis für diesen Volksantrag gibt. Die Gemeinschaftsschule soll als gleichberechtigte weitere Schulart möglich sein. Die Schülerinnen und Schüler lernen nach der vierten Klasse gemeinsam weiter, die frühe Trennung entfällt. Das reduziert den Stress für die Eltern und die Belastung der Schülerinnen und Schüler. Die Gemeinschaftsschule setzt auf kooperative Lernformen statt

auf Frontalunterricht, Kinder mit unterschiedlichen Leistungsniveaus lernen miteinander und voneinander und werden individuell gefördert. Am Ende sind alle Abschlüsse möglich. Wir wollen kein Talent verschenken.

Deshalb unterschreiben Sie bitte diese Initiative zum Volksantrag „Längeres gemeinsames Lernen in Sachsen“! In den nächsten Wochen (bis Dezember 2018) benötigen wir mindestens 40.000 Unterschriften von Bürger/innen, die in Sachsen wohnen und volljährig sind. Sie können in den Bürgerbüros der Linken den Volksantrag

unterzeichnen bzw. erhalten dort den Unterschriftenbogen zum Mitmachen.

Die Bürgerbüros (BB) der Linken im Landkreis Bautzen sind für die Unterschriftenaktion wie folgt geöffnet:

BB Kamenz, Grüne Str. 1 – Di. 14-17 Uhr und Do. 14-16 Uhr  
BB Radeberg, Hauptstraße 11 – Mo. bis Fr. von 16 bis 18 Uhr  
BB Bautzen, Schülerstraße 10 – Mo bis Do 10-12 und 14-17 Uhr, Fr. 10-12 Uhr  
BB Hoyerswerda, Dietrich-Bonhoeffer-Str. 4 – Di. 10-12; Do. 16-18; Mo. und Mi. 9-16 Uhr

## Sachsen braucht ein Bildungsfreistellungsgesetz!

Der Landtag hat den „Entwurf eines Gesetzes über die Weiterbildung und das lebenslange Lernen im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 6/9883) der Linksfraktion abgelehnt. Darin ist vorgesehen, dass die Beschäftigten an bis zu fünf Tagen pro Jahr mit Bezahlung freigestellt werden können, um sich fortzubilden. Der sächsische DGB erhebt derzeit mit seiner Kampagne [www.zeitfuer-sachsen.de](http://www.zeitfuer-sachsen.de) dieselbe Forderung.

Grundförderung von sieben Millionen Euro pro Jahr reicht nicht aus. Michael Kretschmer führt nicht nur die Regierung, sondern auch den sächsischen Volkshochschulverband – dass seine Koalition eine Chance verstreichen ließ, etwas für die Weiterbildungslandschaft zu tun, spricht Bände. Die Landesregierung lässt die Beschäftigten weiterhin sitzen, wenn es um lebenslanges Lernen geht – das traut sich

sonst nur noch in Bayern. In allen Ländern gibt es einen Anspruch auf Bildungsfreistellung. Das ist kein Hexenwerk, sondern hilft der Wirtschaft. Wir bleiben bei unserer Forderung und werden gemeinsam mit dem DGB weiter für ein Bildungsfreistellungsgesetz kämpfen. Die LINKE Bautzen sagt „Ja“ zur DGB-Kampagne!

• *Marion Junge, MdL*

Unsere Gesellschaft wandelt sich. Dementsprechend verändern sich auch die Anforderungen, die Beruf und Alltag an den Einzelnen stellen. Wir haben in unseren Gesetzentwurf viele Anregungen von den Weiterbildungsträgern aufgenommen. Jede Bürgerin und jeder Bürger sollen sich allgemein, beruflich, politisch, sozial, kulturell und interkulturell weiterbilden können. Wir schlagen einen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsfreistellung von fünf Arbeitstagen pro Jahr vor. Die Unternehmen sollen dafür auf Antrag einen Ausgleich aus dem Landeshaushalt bekommen.

Die Volkshochschulen und anerkannten Träger der Weiterbildung brauchen Sicherheit. Die bisherige gesetzliche



## Tschechien gibt Bus- und Bahnverkehr soziales Profil – Erfolg der KSČM!

Während die Preise im öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland schneller steigen als die Kosten für den Kauf und Unterhalt eines Autos, traten bei unseren tschechischen Nachbarn, z.B. in der Region Ústí, seit dem 1. September 2018 neue Sozialtarife in Kraft. Die wichtigste Änderung ist die Einführung eines staatlichen Rabattes in Höhe von 75 Prozent für Kinder unter 18 Jahren, Studenten unter 26 Jahren und Senioren über 65 Jahren. Der KSČM (Schwesterpartei der LINKEN), welche die gegenwärtige Minderheitenregierung toleriert, ist es zu danken, dass diese Ermäßigungen endlich erfolgten.

Die Region Ústí nad Labem hat unter einem kommunistischen Landeshauptmann in Zusammenarbeit mit den am Transportbetrieb der Region Ústí (DÚK) beteiligten Städten ein System von Preisnachlässen entwickelt, das weit über die staatlichen Vorschriften hinaus geht. Die daraus resultierenden Einnahmenverluste für den städtischen Nahverkehr werden von der Region Ústí nad Labem getragen. Als ehrenamtlicher Berater des Landeshauptmanns von Ústí für grenzüberschreitende Zusammenarbeit freut es mich besonders, dass diese Rabatte nicht nur für tschechische Bürgerinnen und Bürger gelten, sondern auch für ausländische Reisende. Also bei der nächsten Tschechien-Reise Personal- bzw. Studentenausweis nicht vergessen und daran denken, Links ist sozial gerecht, auch für Bus und Bahn!

• *Heiko Kosel, MdL*



Anfang September ist sie gestartet, die neue Sammlungsbewegung Aufstehen. Der Versuch, politische Kräfte links der Mitte neu zu bündeln, lässt sich wahlweise als Kampfansage an DIE LINKE oder als Bündnisprojekt interpretieren. Doch so einfach ist es nicht. Konkurrenz oder Ergänzung – was bedeutet Aufstehen für unsere Partei?

### Aufstehen – was soll das?

Der kurze Hype um Martin Schulz – ein Sprung von über zehn Prozentpunkten in den Umfragen, tausende Neueintritte in die SPD, rechnerische Mehrheit für Rot-Rot-Grün – hat gezeigt, dass es in der Bevölkerung eine starke Sehnsucht nach einer anderen Politik gibt und diese auch mehrheitsfähig ist. Das linke Potenzial wird aber – wie die Bundestagswahl zeigte – von SPD, Grünen und Linken nicht ausgeschöpft. Die Enttäuschung vom SPD-Spitzenkandidaten führte nicht dazu, dass sich die Enttäuschten innerhalb des linken Lagers für die LINKE entschieden. Sie orientierten sich ganz neu oder gingen gar nicht erst zur Wahl. Dazu trug sicher auch der Unwille oder die Unfähigkeit bei, entlang der Schnittmengen von Rot-Rot-Grün konkrete, langfristig angelegte gesellschaftliche Projekte abzuleiten und mit genügend Vorlauf und Überzeugung in die Öffentlichkeit zu tragen. Ohne solche Konzepte kann keine Wechselstimmung aufkommen.

2017 entfielen auf Rot-Rot-Grün gerade einmal 38,6 Prozent der Zweitstimmen. 2005 waren es noch 51 Prozent gewesen. Auch wenn sich DIE LINKE stimmenmäßig recht stabil gehalten hat, fehlen ihr die Bündnispartner, um auf der bundespolitischen Ebene Projekte durch Regierungsbeteiligung verwirklichen zu können. Dazu kommt die Frage, warum sie nicht von der Schwäche der SPD profitieren kann. Die fehlende Machtperspektive und die neue Protestpartei AfD machen es noch schwerer, Unentschlossene oder Enttäuschte zu mobilisieren. Insofern spricht vieles dafür, neue Formen zu wagen.

Linke Bewegungen entstehen normalerweise von unten. Die Friedensbewegung, die Umweltbewegung oder Attac sind als Antwort auf vernachlässigte Probleme aus der Zivilgesellschaft heraus entstanden. Typisch sind dabei basisdemokratische Strukturen. Insofern ist Aufstehen als von oben initiiertes Projekt keine Bewegung im klassischen Sinne. Aufstehen versteht sich trotzdem als linke Sammlungsbewegung. Die Hürden zum Aufstehen sind über die Registrierung auf der Internetseite niedrig, wobei sich das Aufstehen darüber hinaus bisher auf eine Online-Umfrage und die Weiterbewerbung begrenzt. Das scheint erst einmal wenig zu sein. Tatsächlich stehen aber erfolgreiche Bewegungen des Internetzeitalters zum Vorbild, die zunächst auch unscheinbar gestartet sind. Dazu gehören die Kampagnen Bernie Sanders in den USA, Jeremy Corbyns Unterstützungsplattform zur Neuausrichtung der britischen Labour-Partei oder „La France insoumise“ in Frankreich. Die hinter Aufstehen steckende Digitalplattform stammt aus den USA und wurde laut Aufstehen schon von den Regierungen

# Aufstehen oder sitzen bleiben?

Dr. Axel Troost, Vize-Parteichef der LINKEN und Senior Fellow für Wirtschafts- und Europapolitik bei der Rosa-LuxemburgStiftung



in Kanada, Neuseeland, Singapur und Taiwan eingesetzt. Computer-Algorithmen sollen dabei helfen, Mehrheitsmeinungen und Kompromisse zu finden. Das ist der Punkt, wo die Basis tatsächlich über die inhaltliche Ausrichtung mitbestimmen kann. Eine professionell gemanagte Digitalplattform kann aber nicht nur Debatten ausrichten und auswerten, sondern auch Klickzahlen für Videos, Internetlinks und Verweildauern verarbeiten. So entsteht eine Datenbank, die neben Inhalten auch Slogans und Layout optimieren kann. Das ist wichtig, da in der Politik leider die Verpackung oft wichtiger ist als der Inhalt. Dazu kommt die Fähigkeit, AktivistInnen und Spenden zu mobilisieren sowie neue Talente zu entdecken und zu fördern. Eine so vorbereitete Bewegung kann gut vorbereitet vom Netz auf die Straße ziehen.

### Sammlungsbewegung oder Spaltungsbewegung?

Die große Hoffnung ist, dass Aufstehen Menschen erreicht, die von traditioneller Parteiarbeit nicht mehr erreicht werden. Dazu tragen das Onlineformat

und die losen Strukturen sicher bei. Im Prinzip ist aber DIE LINKE immer schon eine Sammlungsbewegung von enttäuschten Linken gewesen. Im ziemlich bieder geratenen Gründungsaufwurf von Aufstehen steht nichts, was DIE LINKE nicht schon seit Jahren fordert. Und die Partei hat natürlich längst auf die neuen Möglichkeiten des Internets und der Mobilisierung reagiert (differierende Meinungen über den Auftritt gibt es natürlich immer). Was ist es also, was die Menschen begeistern soll?

Was aus Aufstehen werden soll, wissen wohl selbst die InitiatorInnen nicht. Insofern verbietet sich jedes definitives Urteil. Skepsis ist angebracht, weil Sahra Wagenknecht als Galionsfigur bisher nicht gerade für Kompromissbildung und Annäherung von LINKEN mit SPD und Grünen stand, sondern sich einen Ruf als Hardlinerin erarbeitet hat. Ihre MitstreiterInnen von SPD und Grünen bei Aufstehen sind zwar respektable Personen, stehen in ihren Parteien aber bestenfalls in der dritten oder vierten Reihe. Dass Aufstehen in nennenswerter Weise in die SPD und die Grünen hineinwirken wird, ist nicht zu erwar-

ten. Daran schuld ist sicher auch das immer wieder durchklingende Konzept eines linken Populismus, der das Volk durch klare Frontlinien gegen die Eliten in Stellung bringt. Auch wenn es richtig ist, mit Kritik am Kapitalismus und am politischen System die Ursachen für die Polarisierung der Gesellschaft in den Blick zu nehmen: Geführt wird dieser Populismus in seiner zugespitzten Ausdrucksform seit einiger Zeit mit einer giftigen Schlagseite, wo er sich im Dienst der ArbeiterInnenklasse am Linkliberalismus, an Weltoffenheit und gut situierten Gutmenschen abarbeitet. Was für die einen der letzte Schrei aus linken Politikwerkstätten ist, kommt in gesetzteren Kreisen als Agit-Prop und Spaltung an. Ein Konzept für eine linke Volkspartei ist dieser Populismus jedenfalls nicht.

Zwar will Aufstehen keine Partei sein – die Idee einer neuen linken Volkspartei stand aber anfangs im Raum. Auf der Pressekonferenz von Aufstehen gab es zur Frage, ob das Projekt letztlich nicht doch auf eine Partei hinausläuft, keine klare Antwort. Wozu auch, ist die Drohung mit einer Parteigründung doch ein potenzielles Druckmittel. Frankreichs Bewegungen von Macron und Mélenchon – oder aber auch die zur „Liste Sebastian Kurz“ umgekrempelte ÖVP – haben gezeigt, dass auf einzelne Person zugeschnittene Parteien neuen Typs beachtliche Erfolge erzielen können – zu Lasten der innerparteilichen Demokratie. So weit ist Aufstehen längst nicht. Damit die Bewegung auf Dauer attraktiv sein kann, wird sie jedoch liefern müssen.

Was Aufstehen so interessant macht, sind sicher nicht die Inhalte, sondern die Machtopption und das Disruptionspotenzial: „Wenn der Druck groß genug ist, werden die Parteien, auch im Eigeninteresse, ihre Listen für unsere Ideen und Mitstreiter öffnen.“ Dieses Zitat von Sahra Wagenknecht zielt zwar auf alle drei Parteien, faktisch betrifft es aber am ehesten DIE LINKE. Aufstehen fällt in eine Zeit, wo Sahra Wagenknecht im Fraktionsvorsitz ganz oben auf der Karriereleiter steht, aber immer wieder erleben muss, dass ihr Fraktion und Partei nicht folgen. Wo es darauf ankäme, Kompromisse in Partei und Fraktion zu schließen und sich den Gremien zu stellen, wird über Aufstehen und die Medien versucht, den Kurs der Partei zu beeinflussen.

Damit Aufstehen keine Spaltungs- sondern eine Sammlungsbewegung wird, muss folgendes passieren: Die Diskussion um die Weiterentwicklung der LINKEN muss in erster Linie innerhalb der Partei und nicht an ihr vorbei geführt werden. Dabei muss klar sein, dass es auf die Herausforderungen, speziell auf Migration, keine einfachen Antworten gibt und die Partei eine offene Debatte und Meinungsvielfalt akzeptieren muss. Diffamierungen sind zu unterlassen. Gleichzeitig hat die Führung die Ergebnisse der Willensbildung zu respektieren. Leute, die unsere Partei mit guten Ideen und Konzepten umkrempeln wollen, sind dabei willkommen. Das kann aber nur von innen geschehen, wobei Impulse von außen selbstverständlich aufgenommen werden müssen.



# Von linken Zielen, populären Erzählungen & Leuchttürmen

Anmerkungen zur „Aleksa“-Debatte der sächsischen Linkspartei. Von *Tom Strohschneider*

*Leider gehen manchmal Autos auf Fahrten zu Landesparteitagen kaputt. So auch das von Tom Strohschneider, der ein Referat zu Aleksa zugesagt hatte. Wir dokumentieren Auszüge. Die komplette Rede gibt es bald hier: [www.links-sachsen.de](http://www.links-sachsen.de)*

• *MdL Dr. Jana Pinka, stellvertretende Landesvorsitzende*

Ich möchte mit einem kleinen Ausflug ins Oderbruch anfangen. Das liegt zwar nicht in Sachsen, aber es geht um etwas anderes: um die Möglichkeit, auf die Gegenwart zurückzublicken. Das Oderbruch ist sehr flach, sehr windig, seit neuestem auch sehr sonnig. Und das Oderbruch liegt in Brandenburg, das seit einiger Zeit Mitte-links regiert wird. Woran werden sich die Leute künftig erinnern, wenn sie an die rot-rote Regierungszeit zurückdenken?

Wem hier nicht spontan eine lange Liste einfällt, der sollte sich nicht grämen. Es geht mir genauso. Hier soll nicht auf die Brandenburger geschimpft werden – sondern es geht um zwei entscheidende Punkte sozialistischer Politik unter kapitalistischen Bedingungen: Warum wollen Linke eigentlich regieren? Und was machen die wirklich anders, wenn sie regieren? Ein Alternatives Landesentwicklungskonzept, so verstehe ich es, will diese Fragen beantworten. Nicht für Brandenburg, sondern für Sachsen, ein Stückweit für die ganze Republik. Und ein bisschen auch für eine andere Welt.

Zunächst die Frage: Auf welche Schwierigkeiten trifft der Versuch, eine Antwort darauf zu finden, warum Linke regieren wollen und was sie dann wirklich anders machen? Erstens: das Veränderungs-dilemma. Linke sehen sich als und werden als eine Kraft wahrgenommen, die ziemlich weit gehende Veränderungen anstrebt. Im „Aleksa“-Entwurf geht es unter anderem um Wandel „bis hin zu ganz neuen Formen des Wirtschaftens“. Das Problem: Viele Menschen halten zwar vom Kapitalismus nicht besonders viel – zugleich aber fürchten sie größere Schritte der Veränderung. Die Wahrnehmung des möglichen, wünschenswerten Wandels einerseits und die Unsicherheit andererseits, die der Wandel auslöst, „spalten“ das Alltagsbewusstsein.

Hier, das ist zweitens, wirkt unter anderem ein Kompetenzzuschreibungsproblem. Zu den Evergreens der politischen Vorurteile gehört die Behauptung, die gesellschaftliche Linke besitze keine „Wirtschaftskompetenz“. Auf die Frage, welcher Partei sie am ehesten zutrauen, „die Wirtschaft in Deutschland voranzubringen“, antworten die Leute seit Jahrzehnten: der Union. Das hat Folgen für jede linke Veränderungsperspektive: Sie hat um eine Glaubwürdigkeit noch zu ringen, die weiß, dass, was verteilt und investiert werden soll, vorher „erwirtschaftet“ werden muss. Es muss Vertrauen darin entstehen, dass es nicht nur mit Verteilung getan ist, sondern eine andere Produktion nötig ist. Darauf zu setzen, dass „genug Geld da ist“,

reicht nicht. Aus zwei Gründen: Erstens, weil eine solche Perspektive am Ende sogar darauf hoffen müsste, dass die Reichen reich und die Unternehmensgewinne hoch bleiben. Wollen wir das? Zweitens, weil die Verhältnisse hoch komplex sind, und wer zum Beispiel über die stark ungleiche Verteilung von Vermögen redet, darf nicht vergessen, dass auch viele Arbeiter und Angestellte inzwischen Wohneigentum haben oder auf kapitalmarktgedeckte Alterssicherung setzen. Linke Alternativen müssen das mitdenken, weil es in den Köpfen dieser Menschen um „ihr Vermögen“ geht.

Womit wir bei drittens wären: dem Möglichkeitsproblem. Viele politische Vorschläge der Linkspartei werden für ganz gut befunden, aber aus unterschiedlichen Gründen fehlt offenbar das Vertrauen, dass sie auch durchgesetzt werden können. Die Frage fehlender Koalitionspartner oder nicht aussichtsreicher Mehrheiten ist da natürlich nur eine Dimension, aber – auch in Sachsen – eine nicht eben unwichtige.

Was ist mein Kernsatz in „Aleksa“? „Wir haben als LINKE wie auch als gesellschaftliche Linke nicht nur die Aufgabe, andere zu kritisieren. Vielmehr haben wir die Aufgabe, Ideen zu entwickeln und zu unterbreiten, wie wir uns Sachsen und darüber hinaus die Bundesrepublik und Europa vorstellen.“ Auch hieran kann man zwei Fragen anschließen: Wie kann man das erfolgreich machen – Antworten finden? Und welche Ideen, die über Kritik hinausgehen, braucht man?

Erstens: eine populäre Erzählung. Zu den aktuell gravierenden Problemen gehört, dass eine thematische Verengung die öffentliche Agenda prägt. Ist Migration wirklich die größte Herausforderung? Die falsche Fokussierung stärkt unter dem Strich die Rechten. Dagegen müsste eine gesellschaftliche Linke mehr Selbstbewusstsein an den Tag legen, was die eigenen Vorschläge angeht. Hier bietet „Aleksa“ Anknüpfungspunkte, der Weg zur Popularität der angestellten Überlegungen ist aber noch recht weit. Denn es geht nicht um lange Listen mit Forderungen und Spiegelstrichen, sondern um eine Erzählung, die neben den Köpfen auch die Herzen erreicht.

Eine solche Erzählung sollte, zweitens, ehrlich sein. Linke sind meist Opposition und in der haben sie die Aufgabe, die Regierenden zu kritisieren. Was hören wir da oft? Die Leute werden immer ärmer, die Welt wird immer bedrohlicher, die Reichen werden immer reicher. Das ist zum Teil richtig, zum Teil liegt darin aber eine Vereinfachung, die Bauchschmerzen verursachen kann. Wenn daraus ein negativer Dauerton wird, in dem gar nicht mehr vorkommt, was, so bruchstückhaft und anstrengend es sein mag, in den vergangenen Jahren, Jahrzehnten besser geworden ist, wenn im linken Reden also gar nicht mehr vorkommt, dass sich Engagement lohnt, dann sind Entmutigung und Rückzug die Folge.

Zur Ehrlichkeit einer linken Erzählung gehört auch, dass ein Alternatives Landesentwicklungskonzept sich nicht hinter

bundespolitischen Eventualitäten versteckt: Natürlich wäre es viel einfacher, wenn man in Berlin oder auf EU-Ebene das große Rad drehen könnte. Aber bei „Aleksa“ geht es zuvörderst um Sachsen – sollte es gehen. Was können Linke im Freistaat anders machen? Deshalb scheint, drittens, eine linke Erzählung von „dem anderen Sachsen“, die Lust auf die eigenen Widersprüche hat, die die Begrenzungen nicht unterschlägt, sondern offensiv politisiert, der richtige Weg. Was ist damit gemeint?

Nicht nur auf Landesebene wird es Widerstand geben, die ökonomischen Voraussetzungen werden nicht ewig durch „gute Konjunktur“ und steigende öffentliche Einnahmen gekennzeichnet sein. Man wird politische Entscheidungen mittragen müssen, die nicht auf dem eigenen alternativen Pfad liegen. Und: Wer in unbekanntes Terrain vordringt, kann auch einmal stolpern. Veränderung ist immer auch Experiment, und das ist nicht etwa ein Argument gegen Veränderung, sondern eines dafür, die Offenheit, die Widersprüche solcher Prozesse auch zum Gegenstand der eigenen Erzählung zu machen.

Was ist das Kriterium, bei dem eine linke Gestaltungspolitik als „gelingen“ betrachtet werden könnte? Erstens, wenn sie die Lebensbedingungen hier und heute wirksam verbessert und dabei nach Maßstäben vorgeht. Nichts, was den eigenen Werten widerspricht. Kein Klientelismus. Nichts, was den Weg weitergehender Veränderung verbaut. Und zweitens ist linke Gestaltungspolitik immer dann „gelingen“, wenn sie die Voraussetzungen für künftige Schritte der Veränderung verbessert, wenn sie Pflöcke einschlägt, die Ansätze alternativer Wirtschaftsformen, weitergehender demokratische Verwaltung und Selbstbestimmung, ökologische Mobilität und so fort sichtbar und erfahrbar macht.

Es geht darum, den Vielen eine mitreibende, umsetzbare, nahliegende Idee davon zu verschaffen, was möglich wäre. Es geht um einen Dauerton des Visionären. Es geht um Vorhaben, aus denen man nicht nur lernen kann, sondern die über sich selbst hinausweisen und deshalb auch dort Aufmerksamkeit und Zustimmung erzeugen, wo sie vielleicht (noch) gar nicht eingeführt sind.

Ich habe es erzählt: Wir haben im Oderbruch viel Wind, wir wohnen alle ziemlich vereinzelt. Wir haben viele Ältere, die zum Arzt müssen, die sich mit Freunden treffen wollen. Wir haben Schüler, die weite Anfahrtswege haben. Was wir nicht haben: einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr. Wenn ich mir vom rot-roten Brandenburg etwas gewünscht hätte, dann ein real existierendes Projekt, das diese Probleme löst und zugleich mehr ist. Etwa eine demokratisch selbst verwaltete Genossenschaft, die Mobilität auf der Grundlage von Ökostrom anbietet. Das wäre zugleich ein leuchtendes Beispiel, das Lust auf noch mehr Veränderung macht.





# Beschäftigten-Daten schützen!

Datenschutz ist eine Machtfrage! *Nele* über die Sommerakademie 2018

Am 10. September fand in Kiel die alljährliche Sommerakademie des unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein statt. Bundesweit ist die Institution einzigartig. Diesmal lag der Schwerpunkt auf Beschäftigungsdatenschutz. Klingt nach bürokratischem Blödsinn, oder? Tatsache ist aber: Datenschutz ist eine Machtfrage. Gerade in einem ohnehin asymmetrischen Verhältnis wie dem zwischen Arbeitgeber\_innen und -nehmer\_innen sind Datenschutzrichtlinien wichtig. Denn die Überwachung der Mitarbeiter\_innen kann Vorteile für die Arbeitgeber\_innen haben, birgt aber echte Nachteile für die Beschäftigten – etwa wenn Kameras verwendet werden, um sie zu überwachen.

Mit der Digitalisierung der Arbeitswelt bieten sich ganz neue Möglichkeiten. So können Programme die Arbeitsleistung der Mitarbeiter\_innen tracken und sie dann mit Hilfe von Algorithmen vergleichen. Diese Algorithmen sind dabei häufig eine Black Box und niemand kann genau sagen, welche Kriterien wie wichtig sind. Durch Handys und Sensorik kann auch Zugriff auf weit private Daten zugegriffen werden, wie den Schlafrhythmus der Mitarbeiter\_innen.

Klingt alles ziemlich dystopisch, oder? Man möchte fragen, ob uns die DSGVO (Europäische Datenschutz-Grundverordnung) nichts gebracht hat? Doch, hat sie. Seit dem 25. Mai 2018 ist Datenschutz ein europäisches Grund-



recht. Für Arbeitnehmer\_innen wie für alle anderen gilt, dass sie einwilligen müssen, damit ihre Daten verwendet werden dürfen. Die Daten müssen für einen spezifischen Zweck gedacht sein und dieser darf sich nicht einfach ändern. Doch halt. Ob Arbeitnehmer\_in-

nen überhaupt FREIWILLIG einwilligen können, bleibt strittig. Schließlich stehen sie in einem Abhängigkeitsverhältnis. Eine Deutung ist, dass sie nur einwilligen können, wenn die Erhebung einen Vorteil für sie hat, nicht nur für das Unternehmen. Hier zeigt sich ein

spannender Aspekt der Datenschutzgesetzgebung. Im Allgemeinen schützt sie natürliche Personen vor Überwachung durch Institutionen. Damit ist Datenschutz ein Mittel, um Macht-Asymmetrien auszugleichen und hat somit einen großen emanzipatorischen Wert. Datenschutz ist damit etwas völlig anderes als IT-Sicherheit, die im Allgemeinen davor schützt, dass Dritte an unsere Daten kommen. Vielmehr soll er uns beispielsweise davor schützen, dass jemand, dem wir unsere Daten anvertrauen, uns damit schadet. Auch ein Grundrechtsverstoß ist ein Schaden und darf nicht einfach in Kauf genommen werden.

Die DSGVO sorgt dafür, dass das Recht an den eigenen Daten nun einklagbar ist und reale Sanktionen bei Nichteinhaltung drohen. Noch ist das nicht überall angekommen und manch eine\_r versucht, sich um die zusätzliche Arbeit herumzumogeln. Langfristig kann dies aber nicht funktionieren und ist moralisch sowie rechtlich nicht vertretbar.

## Gemeinsam kämpfen statt diffamieren und spalten

*Katharina Doll* reagiert auf einen hier erschienenen Artikel

Am 4. Mai 2018 wurde ich vom Stadtverband der LINKEN Dresden eingeladen, mit Rico Gebhardt, Jens Matthis und Ellen Brombacher an einer Podiumsdiskussion zu Karl Marx' 200. Geburtstag teilzunehmen. Die Veranstaltung und die Diskussion haben mich sehr gefreut. Im Juni erschien hier ein Beitrag unter dem Titel „Kein Podium der SAV“. Dass er nicht namentlich gekennzeichnet war, legt nahe, dass er die Meinung der Redaktion wiedergibt. Auf die Debatte wird nicht eingegangen, stattdessen finden sich Vorwürfe gegen die Sozialistische Alternative (SAV), in der ich Mitglied bin. Dazu gehört, wir hätten Geld der Linksjugend missbraucht, auf Belege wird verzichtet. Die SAV finanziert sich aus Mitgliederbeiträgen und Spenden und veruntreut kein Geld linker Strukturen. Es wird gesagt, die SAV würde Mitgliederversammlungen überrennen, um sich Dominanz in Landessprecher\*innenräten erkämpfen. Diese Geschichte entstammt einem Unvereinbarkeitsantrag in der Linksjugend vom Frühjahr. Da wurde behauptet, fünf von sieben Landessprecher\*innen der Linksjugend NRW wären SAV-Mitglieder. Das war und ist falsch. Nur zwei sind es.

Die Autor\*innen beklagen, der BAK Revolutionäre Linke würde sich nicht an inhaltlichen Arbeitskreisen beteiligen. Darin indirekt enthalten ist die Unzu-

friedenheit darüber, dass sich mit der Revolutionären Linken nicht eine Ein-Themen-AG, sondern ein strömungspolitischer, marxistischer Arbeitskreis gegründet hat. Inhaltliche Auseinandersetzung und Strömungen sind wichtige Bestandteile des Parteilebens, und auch in der Linksjugend gibt es es schon lange (z.B. den BAK „Shalom“).

„Kein Podium der SAV“ ist gespickt von falschen Behauptungen. Es scheint nicht um den Inhalt der Vorwürfe zu gehen, sondern um Unzufriedenheit mit den Positionen von SAV und Revolutionäre Linke. Dass Strömungen zum Problem werden, wenn es nicht die eigene ist, sagt mehr über das politische Verständnis der Autor\*innen als über unsere Arbeit. An den Orten, wo sich die SAV in Linksjugendgruppen beteiligt, konnten wir viele Mitglieder für die Linksjugend gewinnen.

Wie Jens Matthis in einem Brief an die Redaktion schrieb, wurden „die Grenzen linker Diskussionskultur an der Stelle weit überschritten“, wo ohne jeden Beleg behauptet wird, ich wäre „nicht selten mit antisemitischen Äußerungen“ aufgefallen. Der Internationalismus und der Kampf gegen Rassismus sind zentrale Elemente jedes linken Programms. Für uns bedeutet das, dass wir dort, wo wir leben, gegen die imperialistische Politik unserer Regierung,

Banken und Konzerne kämpfen. Wir beteiligen uns an sozialen Bewegungen wie an Kampagnen gegen Faschisten und Rassismus. Wo es keine gibt, organisieren wir sie. Genauso kämpfen die Genoss\*innen unserer Schwesterorganisation in Israel/Palästina, Mavaak Socialisti, für das Ende von Besatzung und Krieg, für Sozialismus und Befreiung. Diese Ziele können wir weltweit nur gemeinsam erreichen. Wir sehen keinen Widerspruch zwischen dem Kampf gegen Antisemitismus und dem Widerstand gegen die Besatzung und den Terror gegen die palästinensische Bevölkerung. Gleichzeitig verteidigen wir das Selbstbestimmungsrecht der israelischen und jüdischen Bevölkerung. Kritik an der Politik der herrschenden Klasse Israels und die Verteidigung des Selbstbestimmungs- und des Widerstandsrechts der Palästinenser\*innen ist nicht das gleiche wie die reaktionäre Ideologie des Antisemitismus. Solche Kritik als rassistisch zu bezeichnen, erfüllt nur den Zweck, linke Strukturen zu beschädigen.

Viele Genossinnen und Genossen in LINKE und Linksjugend teilen sicher nicht im Detail unser Programm, aber in entscheidenden Fragen haben wir die gleichen Interessen. Teile unserer Strukturen öffentlich mit schweren wie frei erfundenen Vorwürfen zu überziehen, schadet der gesamten Linken.

## Meinen die das ernst?

**Nr. 9: „Innere Sicherheit“**

*Hier stellen wir euch jeden Monat eine Forderung aus dem Linksjugend-Wahlprogramm vor.*

**Die Forderung:**

*Mehr Polizei? Nein, danke!*

**Die Begründung:**

*Mit einigem Argwohn beobachten wir seit geraumer Zeit, dass sich auch in linken Kreisen in Debatten zur „Inneren Sicherheit“ auf das „subjektive Sicherheitsgefühl“ berufen wird, welches bei großen Teilen der Bevölkerung angeblich ins Wanken gekommen sei – obwohl etwa die aktuelle Kriminalstatistik das Gegenteil besagt. Das „subjektive Sicherheitsgefühl“ dient Rechten und Konservativen dazu, ihre Forderungen nach mehr Videoüberwachung, dem Einsatz des rassistischen „Racial Profiling“ oder mehr Befugnissen für Polizeibeamt\_innen salonfähig zu machen. Apropos: Wenn der „Fachdienstesatzzug Lebensbedrohliche Einsatzlagen“ der sächsischen Polizei nächtelang ein Graffito überwacht und in der gleichen Woche, in der zu wenige Beamt\_innen in Chemnitz waren, um die Hetzjagden von Neonazis auf Migrant\_innen und Gegendemonstrant\_innen zu binden oder Hitlergrüße zu ahnden, mit einem Monat alten Durchsuchungsbeschluss ein Plakat im LinXXnet beschlagnahmt, dann brauchen wir in erster Linie nicht mehr Polizei, sondern andere Prioritäten. Genauso wie eine unabhängige Meldestelle für Betroffene von Polizeigewalt und eine Kennzeichnungspflicht.*



# Das Trauerspiel

André Hahn über die Causa Maaßen



Wohl noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat ein einzelner Beamter, der Leiter „einer nachgeordneten Behörde“ (O-Ton Bundeskanzlerin Merkel), eine derart veritable Regierungskrise ausgelöst wie Hans-Georg Maaßen, der nunmehr endlich abgelöste Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der nach diversen Verfehlungen beinahe noch zum Staatssekretär im Bundesinnenministerium aufgestiegen wäre. Nach heftigen Protesten und erheblichem öffentlichen Druck wurde dieser Plan schließlich zurückgenommen und für Maaßen ein neuer Posten als Beauftragter von CSU-Innenminister Horst Seehofer mit der Besoldung eines Abteilungsleiters geschaffen.

Die Vorgänge um Maaßen und das Agieren der Koalition von CDU/CSU und SPD haben zu Recht große Empörung bei Bürgerinnen und Bürgern, aber auch in den Regierungsparteien selbst ausgelöst. Trotz einiger entschuldigender Worte von SPD-Chefin Nahles und sogar Frau Merkel selbst bleiben Zweifel, ob die handelnden Akteure wirklich begriffen haben, was sie in den letzten Wochen und Monaten mit den permanenten Streitereien, insbesondere nach den wiederholten Provokationen

von CSU-Chef Seehofer angerichtet, in welche Krise sie das Land gebracht haben. Davon konnte vor allem die sogenannte Alternative für Deutschland profitieren, die im Osten laut Umfra-



Foto: Bundesministerium des Innern/ Sandy Thiemz/ Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0 DE

gen sogar stärkste Partei werden könnten. Mit Blick auf die 2019 anstehenden Kommunal- und Europawahlen sowie die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sollte diese Momentaufnahme für alle Demokraten ein ernstes Warnsignal sein.

Dass DIE LINKE die Eignung von Herrn Maaßen für das Amt des Verfassungsschutzpräsidenten massiv bezweifelt, ist spätestens seit der Behinderung im Zuge der NSU-Aufklärung bekannt. Gegenüber dem NSA-Untersuchungsausschuss machte Maaßen deutlich, dass er die Beweisanträge der Opposition und seine Zeugenvernehmung vor allem als lästig empfand, und er warf dem Ausschuss sogar vor, dadurch die Terrorabwehr zu behindern. Wer parlamentarische Kontrolle derart verachtet wie Herr Maaßen, darf ein solches Amt nicht mehr ausüben.

Zudem gab es die völlig haltlosen und nie belegten Vorwürfe, der Whistleblower Edward Snowden sei ein Agent des russischen Geheimdienstes, es gab das juristische Vorgehen gegen missliebige Journalisten und auch den zunächst verschwiegenen Einsatz eines V-Mannes im Umfeld von Anis Amri, dem Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz.

In seinem „Bild“-Zeitungsinterview im Zusammenhang mit den Ereignissen in Chemnitz versuchte Maaßen ganz offenkundig, selbst Politik zu machen, indem er nichts zu den rechten Umtrieben sagte, sondern suggerierte, dass Videoaufnahmen von Angriffen auf

Flüchtlinge nicht authentisch, also manipuliert oder gar gefälscht seien. Er hat dafür keinen einzigen Beweis geliefert, aber ohne Not Öl in die ohnehin aufgeheizte Debatte gegossen und das Klima im Land weiter vergiftet. Auch deshalb durfte er nicht im Amt bleiben.

Dass es beim Verfassungsschutz noch viele Probleme gibt, zeigt die kürzlich bekannt gewordene Tätigkeit eines AfD-Funktionärs im sächsischen Landesamt. Auch das bestätigt unsere grundsätzlich kritische Haltung gegenüber Geheimdiensten.

Die Vorsitzenden der drei Koalitionsparteien meinen, mit der nunmehr ausgehandelten Lösung einen Befreiungsschlag geschafft zu haben. Das ist ein Irrglaube! Maaßen hätte nach diversen Verfehlungen zwingend entlassen werden müssen. Dieses klare Zeichen wollte Herr Seehofer nicht setzen, und die Bundeskanzlerin hatte offenkundig nicht mehr die Macht dazu. Dass auch die SPD am Ende der Schaffung eines Versorgungspostens für den gescheiterten Behördenchef zustimmte, ist schlicht beschämend. Doch nach der Landtagswahl in Bayern werden die Karten auch im Bundesinnenministerium wieder völlig neu gemischt.

## Trauen wir uns neue Mehrheiten zu

Katja Kipping meint: Soziale Sicherheiten müssen für die Vielen greifbar sein, sonst bleiben liberale Freiheitswerte ein Privileg der Wenigen

Die Wahl zum Fraktionsvorsitz in der Unions-Fraktion brachte es ans Licht. Angela Merkel hat im Zweifelsfall keine Mehrheit mehr in ihrer Fraktion. Ihr Vertrauter Volker Kauder ist der Union nicht mehr rechts genug. Inzwischen genügen wenige Worte, um diesen Rechtsruck zu skizzieren: Seehofer, Chemnitz, Maaßen. Ein Teil des politischen Systems, der Konservativen wie der Sicherheitsbehörden befindet sich offenbar auf einer Rutschbahn nach rechts außen. Merkels Kanzlerschaft wird immer offener in Frage gestellt. Was kommt nach ihr? Kippt das Land nach rechts, in Richtung eines schwarz-blauen Bündnisses von Neoliberalen mit rechtsradikalen Kräften? Oder nutzen wir die Krise des Konservatismus für einen Macht- und Regierungswechsel von links, für eine Regierung gegen den Rechtsblock – für die Option, eine andere Politik durchzusetzen?

Auch wenn eine Mehrheit gerade im Bundestag nicht vorhanden ist, Länder wie Berlin und Thüringen zeigen, dass es geht. Auch wissen wir durch die Bewegungen um Bernie Sanders und Jeremy Corbyn, welche Begeisterung die Aussicht auf einen wirklichen Politikwechsel erzeugen kann.

Teilweise wird schon in der Union einer Koalition mit der AfD das Wort geredet. So gewann in Sachsen der Kandidat die Wahl zum CDU-Fraktionsvorsitz, der eine Koalition mit der AfD ausdrücklich nicht ausschließt. Das zeigt: Die Union ist eine bröckelnde Volkspartei, die aus Angst vor den neuen Rechten nach rechts abdriftet. Die Beliebtheit, die Merkel weiter im liberalen Milieu genießt, speist sich im Wesentlichen aus der fehlenden Attraktivität einer fortschrittlichen Alternative links der Union. Inzwischen ist klar: Wer immer nur das Schlimmste verhindern will, wird es am Ende mit Sicherheit bekommen.

Mit dem Merkelismus werden weder die Mieten in unserem Land für die Mehrheit wieder bezahlbar, noch wird dadurch die Rente armutsfest oder der Niedriglohnsektor abgeschafft, geschweige denn der Klimawandel gestoppt oder die Fluchtursachen nachhaltig bekämpft. Selbst demokratische Grundrechte wie der Schutz des Asylrechts werden nicht mehr ausreichend verteidigt. Die soziale Spaltung und die Ohnmachtserfahrung gegenüber „denen da in Berlin“ entladen sich daher in einer hemmungslosen Wut auf demokratische Grundwerte. Mit ande-

ren Worten: Die Zeit der Wegmoderation gesellschaftlicher Konflikte und des politischen Klein-Klein des puren Machterhalts sind abgelaufen. Eine „radikal-realistische Politik“ gegen Armut, Klimawandel, Rüstungswettlauf und Rassismus durchzusetzen – das geht nur mit einer Mehrheit links der Union. Dass eine entsprechende gesellschaftliche Mehrheit keine blanke Utopie ist, zeigen die aktuell stattfindenden Bewegungen. Ob für den Frieden und gegen die Kohle, ob gegen autoritäre Polizeigesetze und für das Recht auf Rettung im Mittelmeer: Immer mehr Menschen wollen unser Land nicht kampflös den Rechten überlassen. Diese Bewegungen, ob nun „Seebrücke“, „Unteilbar“, „Ausgehetzt“ oder auch die jüngst gegründete Initiative „Aufstehen“ sind vielfältig. Mitunter stehen sie – etwa in der Flüchtlingsfrage – auch programmatisch im Widerspruch zueinander. Insgesamt aber ist der Zuspruch zu ihnen Ausdruck einer Hoffnung auf andere Mehrheiten: Es gibt nicht nur Frust über den politischen Stillstand, es gibt auch eine reale Sehnsucht nach einem wirklichen Politikwechsel.

Solch ein Macht- und Regierungswechsel von links braucht ein Fundament in

der Gesellschaft selbst. Er muss verschiedene Perspektiven und unterschiedlicher Milieus verbinden, gerade weil sich die fortschrittlichen Teile der Gesellschaft aus verschiedenen Horizonten und Erfahrungen speisen. Natürlich: Für niemanden wird dies ein Spaziergang. Der Weg wird auch innerhalb der jeweiligen Parteien umkämpft sein. Bei der SPD, weil sie immer noch insgeheim die vertraute Juniorpartnerschaft mit der Union dem unbekanntenen Neuen vorziehen. Bei der LINKEN kommt hinzu, dass nicht wenige noch immer, durchaus aus nachvollziehbaren Gründen, prinzipiell skeptisch gegenüber Regierungsbeteiligungen sind. Doch nüchtern betrachtet müssen wir uns alle einer Tatsache stellen: Wenn wir verhindern wollen, dass auch Deutschland den Weg Österreichs, Ungarns oder Italiens geht, müssen wir andere Mehrheiten vorbereiten. Wenn wir der Ohnmachtserfahrung, aus der sich die Rechten speisen, etwas entgegensetzen wollen, braucht es ein umfassendes Projekt der gesellschaftlichen Veränderung; die realistische Hoffnung darauf, dass von links etwas möglich ist, das den Kampf für soziale Sicherheit und mit dem für die Freiheitsrechte verbindet.



# Wie entsteht ein EU-Gesetz?

Oder: Warum Linke in Europa was zu sagen haben. Von *Cornelia Ernst, MdEP*

Zunächst ist alles wie im Landtag oder Bundestag. Die EU-Kommission legt, wie etwa Sachsens Staatsregierung, einen Gesetzentwurf vor, der ins Europaparlament (EP) eingebracht wird. Anders als im Landtag wird dann in der Beratung der Koordinator\*innen (Obleute der Fraktionen) nach einem Punktesystem entschieden, welche Fraktion die Federführung zu diesem Gesetzentwurf erhält. Die Fraktion benennt eine/n Berichterstatter\*in (Verantwortliche/n), die beziehungsweise der so genannte Shadowmeetings (etwa: Schattentreffen) organisiert, in die alle Fraktionen verantwortliche Abgeordnete schicken. Dort und nur dort erfolgt die parlamentarische Arbeit am Gesetzesvorschlag.

Nachdem die Datenschutzgrundverordnung (Federführung Grüne) und die Richtlinie zum Datenschutz für die Bereiche Justiz und Polizei (Federführung Sozialisten & Sozialdemokraten) „im Kasten“ waren, legte die Kommission Ende 2016 einen Gesetzentwurf für den Datenschutz auf europäischer Ebene vor. In diesem geht es um die Umsetzung dieser Gesetze in den EU-Institutionen, wie Kommission, Parlament, Rat, EU-Agenturen. Er legt auch die Rechte des Europäischen Datenschutzbeauftragten fest. Die GUE/NGL erhielt als Fraktion die Federführung. So wurde ich die zuständige Berichterstatterin.

In den ersten Monaten lud ich zu den Shadowmeetings Kommission und Sachverständige ein, um den Kommissionsvorschlag mit den Fraktionen zu debattieren. Glücklicherweise erwies sich die Mitte-Links-Meinungsmehrheit zu Datenschutzfragen im Europaparlament als stabil, sodass ich im Frühjahr 2017 einen weitreichenden Gesetzentwurf für das Parlament vorlegen konnte. Darin wird die gesamte EU-Ebene verpflichtet, das neue Datenschutzrecht anzuwenden, darunter auch der „Datenmochel Europol“, das Europäische Polizeiamt. Das war der umstrittenste Punkt des Entwurfes. Gleich nachdem wir unsere Vorschläge veröffentlicht hatten, begann Europol eine Kampagne gegen unsere Vorschläge und erklärte, dass Europaparlament wolle die Arbeit der Agentur gefährden. Man habe schließlich ein eigenes Datenschutzregime, das vollauf genüge. Insbesondere die Politiker\*innen der Konservativen wurden mit dem Argument unter Druck gesetzt, man dürfe sich von den „Kommunisten“ kein Chaos organisieren lassen. Alle Fraktionen legten dann ihre Änderungsanträge vor, die mit unserem Gesetzentwurf verhandelt wurden. So entstand die Beschlussvorlage des Europaparlaments, die dann im Ausschuss mit breiter Mehrheit angenommen wurde.

Zeitgleich zu unseren Beratungen erfolgte ein vergleichbares Prozedere im Europäischen Rat, der die 28 Mitgliedsstaaten repräsentiert. Der Rat jedoch folgte der Europol-Position und verlangte, alle EU-Agenturen aus dem Geltungsbereich der Verordnung zu entnehmen. Damit standen sich, wie so häufig, Parlament und Rat diametral gegenüber.

Die Frage ist dann immer, wer sich durchsetzt. Im Trilog verhandeln Kommission, Rat und Parlament und suchen Kompromisse. Und so saßen mir im Herbst 2017 zwei Frauen der estnischen Ratspräsidentschaft gegen-

Für Januar 2018 stand die neue EU-Ratspräsidentschaft an. Bulgarien war an der Reihe. Noch im Dezember 2017 saßen die bulgarischen Vertreter\*innen in unserem Büro und luden mich zum Europäischen Datenschutztag im Januar 2018 nach Sofia ein. Bei einem Schopkasalat checkten wir unsere Positionen ab, die gar nicht so weit voneinander entfernt waren. Das berichtete ich den anderen Fraktionen, während ein Papier aus dem Rat auf meinen Tisch trudelte, das das ganze Gegenteil unseres Gesprächs beinhaltete. Es kam die Zeit, in der die bulgarische Seite uns am Vormittag etwas versprach, was am Nachmittag schon obsolet war,

im Parlament sind. Als wir den Raum betraten, erwartete uns eine Riesemannschaft des Rates mit 30 Leuten. Nach langem Hin und her konnten wir diese von unserem Vorschlag, die Kommission als Vermittlerin zu nutzen, überzeugen.

Einen Tag später erhielten wir wieder einen Brief, mit dem die bulgarischen Vertreter ihren letzten Versuch starteten, uns ihre Agenda aufzudrücken. Daraufhin habe ich wohl den schleimigsten Brief meiner Politikkarriere geschrieben und es damit auf die Webseite des erzürnten Rates geschafft. Unter diesen Vorzeichen tagte im März 2018 der erste Trilog. Im offiziellen Verhandlungssaal warteten 25 Leute auf die bulgarische Vertretung, die 15 Minuten verspätet eintrudelte. Breitbeinig und großlos setzten sich der Ratsverhandler an den Tisch und versuchten, meine Verhandlungsführung zu ignorieren. Dabei wird der Trilog von einem/r Vertreter\*in des Parlaments geleitet.

Ich unterbrach die Beratung und sammelte die Empörung darüber von allen Seiten ein, so dass der Rat isoliert war. Wir entschieden uns dann, in „technischen“ Trilogen auf Mitarbeiterebene die besprochenen Punkte des Triloges zu beraten und umzusetzen. Dies musste mein Assistent Lorenz bewältigen. Währenddessen machte das Verhalten der Ratspräsidentschaft überall die Runde: Frauenfeinde, so die Meinung der Parlamentsvertretung. Da gäbe es ein Kulturproblem im Rat, verkündete genüsslich die Kommission. Doch wie nun weiter? Wir entschieden, uns mit den bulgarischen Vertretern zu treffen, zum Kaffee.



Foto: Pixabay / CCO

über und erklärten, dass der Rat die Hauptpunkte des Parlamentes nicht mitträgt und erwartet, dass wir unsere Positionen zurückziehen. Ich erklärte, dass ich dafür kein Mandat habe. So wurden zunächst alle unstrittigen Punkte durchverhandelt und neue Termine angesetzt. Plötzlich bekam ich eine Einladung von einzelnen Ratsvertreter\*innen, die mit uns reden wollten. Als unser Fraktionsmitarbeiter, mein Assistent und ich in den Rat kamen, empfingen uns die deutschen, spanischen, britischen und österreichischen Ratsmitglieder, um uns weichzuklopfen. Man habe nicht mehr viel Zeit, alles sei zu kompliziert, man müsse sich schnell einigen ... Worauf wir erklärten, genug Zeit zu haben, wir wären auch bereit, uns täglich am frühen Morgen zu treffen. Seitdem genossen wir den Ruf hartleibiger Kommunist\*innen, die man blockieren müsse. Dies geschah auch im nächsten Trilog. Er brachte kein Ergebnis und wurde im beiderseitigen Einvernehmen abgebrochen.

weil Ratsmitglieder anderer Länder sie zurückpiffen.

Der erste Trilog sollte im März 2018 stattfinden. Ein paar Tage vorher kippte der Rat alle Abmachungen. Kurzerhand setzte ich den Trilog ab und schlug stattdessen vor, sich persönlich – bulgarische Vertreter\*innen und mein Büro – zu treffen. Davon erfuhr die Kommission und wollte mit ihren drei Vertretern dabei sein. Dies kam uns sehr entgegen, weil die Kommission inhaltlich auf unserer Seite stand. Wir vereinbarten, dass ich im nächsten Treffen den Rat überzeuge, als Grundlage für den kommenden Trilog einen Kompromissvorschlag der Kommission zu akzeptieren.

Für das Treffen mit dem Rat luden wir in unsere Fraktionsräume ein. Wir trafen uns in einem Raum, der neben den Podemos-Räumen liegt, die mit Che Guevara und Hugo Chavez plakatiert sind und deutlich machen, dass wir

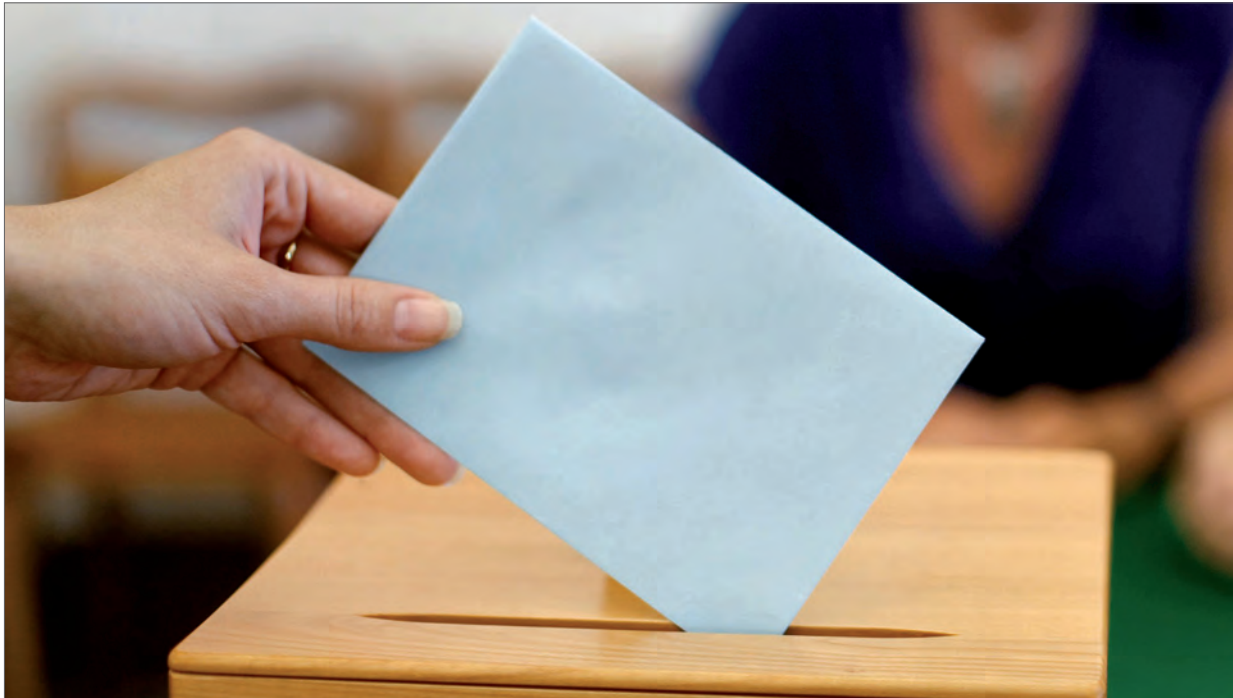
Warum auch immer, dort schafften wir dann den „kulturellen“ Durchbruch und der nächste Trilog begann mit ausgiebigen Komplimenten seitens der bulgarischen Vertretung. Wir verhandelten die meisten Dinge. Schließlich konnten wir unser wichtigstes Ziel umsetzen. Wenn auch nicht immer sofort, sondern in einigen Fällen mit zeitlicher Verzögerung wird das neue Datenschutzrecht für alle Institutionen und Agenturen der EU gelten. Es gab das obligatorische Foto mit der bulgarischen Vertretung, der Kommission und dem Parlament, dem dann im Juli 2018 die Abstimmung im Ausschuss und zwei Monate später im Plenum folgte.

So war das dritte große Datenschutzpaket „im Kasten“. Das ist ein wichtiger Sieg nicht nur der Linksfraktion, sondern einer stabilen Mitte-Links-Mehrheit, die, nicht nur in Datenschutzfragen, zu progressiven Entscheidungen fähig ist. Hoffen wir, dass das auch nach dem Mai 2019 noch so ist.



EUROPEAN UNITED LEFT/  
NORDIC GREEN LEFT  
EUROPEAN PARLIAMENTARY  
GROUP





## Integration

*Ticken kleine Städte bei der Integration anders als große Städte?*

Seite 2

## Wohnungsgipfel

*Kommunale Spitzenverbände und Mieterbund zum Wohnungsgipfel im Kanzleramt*

Seite 3

## Seminare

*Seminare und Veranstaltungen des KFS im Oktober und November*

Seite 4

# Kommunalwahlen vorbereiten

Am 26. Mai 2019 werden in Sachsen die nächsten Kommunalwahlen stattfinden, zusammen mit den Wahlen für das EU-Parlament. Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen durch Parteien und Wählervereinigungen (WV), die jetzt schon begonnen haben sollte gehört insbesondere:

- Wahlprogramme und Wahlaussagen vorzubereiten, um politische Botschaften an die Wählerinnen und Wähler auszusenden und die eigenen Anhänger zu mobilisieren,
- geeignete Personen zu finden, die sich als Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl stellen,
- die Kandidatinnen und Kandidaten (Wahlbewerber/innen) in entsprechenden Versammlungen für die Wahl nach dem geltenden Kommunalwahlrecht aufzustellen,
- die Unterlagen mit den Wahlvorschlägen vollständig vorzubereiten, die bei den zuständigen Wahlausschüssen der Gemeinden, Städte und Landkreise einzureichen sind.<sup>1</sup>

Die maßgeblichen rechtlichen Grundlagen für die Vorbereitung und Durchführung von Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen sind die jeweils aktuellen Fassungen für<sup>2</sup>:

- die Sächsische Gemeindeordnung,
- die Sächsische Landkreisordnung,
- das Sächsische Kommunalwahlgesetz,
- die Sächsische Kommunalwahlordnung.

Für die Vorbereitung von Kommunalwahlen liegt beim Kommunalpolitischem Forum Sachsen e.V. ein Leitfaden vor, der auch in digitaler Fassung abgerufen werden kann.<sup>3</sup>

### Kandidatengewinnung

Die Kandidatengewinnung ist eine entscheidende Aufgabe in Vorbereitung auf die Kommunalwahlen. Eine Partei, die es zuwege bringt, für

die Kommunalwahlen eine genügend Zahl respektabler Kandidatinnen und Kandidaten (Wahlbewerber/innen) aufzustellen, erhöht die Chancen für ein gutes Wahlergebnis ganz beträchtlich.

Denn: wie kaum andere Wahlen sind Kommunalwahlen in sehr hohem Maße Personenwahlen. Die Wähler machen bei Kommunalwahlen ihre Wahlentscheidung in sehr hohem Maße davon abhängig, welche Personen hinter Wahlprogrammen oder -aussagen stehen.

Was kann getan werden?

Einen Überblick darüber verschaffen, wer von den bisherigen Mandatsträger/innen noch einmal zur Verfügung steht. Diesen Personenkreis rechtzeitig daraufhin ansprechen!

Gleichzeitig beginnen, eine Liste mit neuen Kandidat/innen zu erarbeiten:

- die Mitgliederdatei durchsuchen;
- die „Nachrücker“ aus der letzten Kommunalwahl dabei nicht vergessen und ansprechen, ebenso
- bereits als sachkundige Einwohner/innen Tätige ansprechen sowie
- aktive Leute aus Bürgerinitiativen, Vereinen, etc.
- parteilose Sympathisant/innen und evtl. frühere Parteimitglieder einbeziehen.

Auch sollten Mitglieder des Landtags bzw. Bewerber um ein Landtagsmandat sich nicht zu schade sein, ebenso für ein kommunales Mandat zu kandidieren. Auch an Mitglieder denken, die bisher weniger in reinen Parteistrukturen in Erscheinung getreten sind, die aber vielleicht als Fachleute in praktischen Lebensbereichen zu Hause sind. Überhaupt möglichst solche Leute gewinnen, die Fähigkeiten oder Kenntnisse für ein Gebiet der praktischen Kommunalpolitik mitbringen (z.B. Kommunalwirtschaft,

Bauplanung, Sozialarbeit, Jugendhilfe, Kommunalfinancen, etc.) und diese Fachaufgaben in politischen Zusammenhängen sehen können.

Denkbar wäre auch, rechtzeitig vor der Aufstellung der Wahlbewerber/innen sich mit einer Anzeige in der Lokalpresse oder mit einem Flyer an die eigene Wahlbevölkerung zu wenden mit dem Angebot, dass die am kommunalen Geschehen Interessierten die Möglichkeit erhalten, auf dem Wahlvorschlag der Partei oder WV zu kandidieren. Vorstellbar wäre auch, in einer öffentlichen Einladung mögliche Interessenten aus der eigenen Wahlbevölkerung zu einer Versammlung einzuladen, etwa unter dem Thema „Wer hat Lust auf Stadtrat?“

Und schließlich haben für die Gewinnung neuer geeigneter Kandidat/innen auch die Fraktionen und Mandatsträger/innen in den bisherigen Kommunalvertretungen eine Mitverantwortung.

### Anforderungen an Kandidat/innen

Wodurch sollten sich die Kandidat/innen auszeichnen:

- Entscheidungsfreudigkeit und Tatkraft,
- die Fähigkeit, Probleme anzupacken,
- Präsenz vor Ort und die Fähigkeit, auf Leute zuzugehen,
- den Menschen zuhören können,
- persönliche Integrität,
- es wird schon erwartet, dass die Kandidat/innen das Wahlprogramm der Partei/WV mit tragen und im kommunalen Handeln auch vertreten.

Wer kann alle diese Kriterien überhaupt erfüllen, um für ein kommunales Mandat zu kandidieren? Ist das nicht zu viel verlangt? In der Summe ist das zugegebenermaßen eine sehr idealisierte Zielmarke.

Deshalb keine Scheu oder falsche

Bescheidenheit: Im Grundsatz kann jeder Bürger, jede Bürgerin, jedes Parteimitglied sich für ein kommunales Mandat bewerben.

Denn das Wesen der kommunalen Selbstverwaltung besteht ja gerade darin, dass sie von der ehrenamtlichen Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger getragen wird. In diesem Sinne sind die Kommunen auch unverzichtbare Schulen der Demokratie. Deshalb kann im Grundsatz auch niemand von vornherein für ein kommunales Mandat als ungeeignet abgelehnt werden. Auch hier gilt als Grundannahme, dass jedermann und –frau im kommunalen Mandat sich als lernfähig erweisen können.

### Voraussetzungen zur Wählbarkeit

Als Wahlbewerber/innen können für die Kommunalvertretungen (Kreistag, Stadt- oder Gemeinderat, Ortschaftsrat) aufgestellt werden:

Bürger der Gemeinde/des Landkreises:

☐ Deutsche im Sinne des Artikels 116 Grundgesetz, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 3 Monaten im Wahlgebiet (Landkreis, Gemeinde/Stadt, Ortschaft) ihren alleinigen oder Hauptwohnsitz haben. Um für die jeweilige kommunale Vertretung (Kreistag, Gemeinde- o. Stadtrat, Ortschaftsrat) zu kandidieren, ist die o.g. Mindestwohnzeit im entsprechenden Wahlgebiet eine Voraussetzung.

☐ Bürger der Gemeinde/des Landkreises sind ebenfalls Staatsangehörige anderer Staaten der Europäischen Gemeinschaft (Unionsbürger), sofern sie das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 3 Monaten im entsprechenden Wahlgebiet ihren allei-

Fortsetzung auf Seite 2



## Kleine Städte und Integration

### Ticken kleine Städte bei der Integration anders als große Städte?

Um Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten ging es in einem praxisorientierten Forschungsprojekt mit besonderem Fokus auf sozialräumlicher Integration, städtischer Identität und gesellschaftlicher Teilhabe. Die Ergebnisse liegen nun vor.

In vielen Köpfen existiert die Vorstellung von „eintönigen“ Kleinstädten, in denen die Uhren anders ticken als in den „bunten“ Großstädten. In der Realität sind die über 1.300 kleineren Städte in Deutschland hingegen überaus heterogen, wie auch deren Stadtgesellschaft vielfältig ist. Dies zeigen auch die Erfahrungen der neun Kommunen, die als Projektpartner an dem Ende Juni abgeschlossenen Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“ teilgenommen hatten: Germersheim, Goslar, Ilmenau, Michelstadt, Mühlacker, Saarlouis, Steinfurt, Weißenfels, Zittau.

Sie ließen sich im Herbst 2015 auf das Abenteuer eines Forschungs-Praxis-Projekts an der Schnittstelle von Integration und Stadtentwicklung ein. Der Ausgang war offen, ging es doch gerade

nicht darum, ein Modellprogramm mit festgelegten Bausteinen umzusetzen, sondern die eigenen Aktivitäten quasi in einem bundesweit sichtbaren „Schaufenster“ auszustellen. Dabei galt es, der Herausforderung standzuhalten, dass die intensive Befassung mit Alltagsfragen von Migration durch die Zuwanderung Geflüchteter eine gänzlich andere Dynamik erfuhr. Mit dem Ende des Projekts sind in dem Schaufenster nun viele Erfahrungen zu besichtigen.

Einen fundierten Überblick der Projektergebnisse bietet der als Edition Difu im Herbst 2018 erscheinende Sammelband „Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten“. Die Publikation nähert sich dem Untersuchungsgegenstand in wissenschaftlichen Beiträgen, Essays und persönlichen Positionierungen. Sie berücksichtigt theoretisch-konzeptionelle Überlegungen zu Integration und Stadtentwicklung ebenso wie Fragen der alltäglichen Praxis kommunaler Stadtentwicklungspolitik und Integrationsarbeit. Durch die Projektförderung ist es möglich, die Publikation gratis zur Verfügung zu stellen. Die Finanzierung des Projekts erfolgte aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, Projektförder-

mitteln des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), des Förderprogramms „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration sowie über Eigenmittel des Difu.

Als weiteres Projektergebnis wurde auf der Tagung das Positionspapier „Integration in Bewegung bringen – Die Handlungsfähigkeit von Klein- und Mittelstädten stärken“ online veröffentlicht.<sup>1</sup> Es bildet die Quintessenz aus drei Jahren Forschung und Praxis ab. Mit ausgewählten und zugespitzten Schlaglichtern auf das Thema Integration in Klein- und Mittelstädten lädt das Projektteam die Fachöffentlichkeit zur Diskussion ein. Geschöpft wurde dabei aus dem Wissensfundus des Projekts. Das Papier zeigt einerseits gute Voraussetzungen, Potenziale und Hemmnisse auf, andererseits werden Perspektiven für den künftigen Umgang mit dem Thema entwickelt und dafür erforderliche Weichenstellungen identifiziert. (aus: Difu-Berichte 3/2018)

<sup>1</sup>Das Positionspapier kann abgerufen werden unter <https://difu.de/publikationen/difu-berichte-32018/ticken-kleine-staedte-bei-der-integration-anders-als-grosse.html>

Als allgemeine Wahlkampfregeln sollten für die Partei/WV beachtet werden:

- Nichts dem Zufall überlassen!
- Wahlziele zuerst intern definieren und dann öffentlich kommunizieren, um ein einheitliches Auftreten zu gewährleisten!
- Wahlziele und –aussagen für einzelne Wahlkreise, d.h. differenzierte und konkrete Angebote dem Wähler unterbreiten.
- Eigene, von anderen unterscheidbare Positionen, in der Öffentlichkeit sichtbar machen!
- Agieren, nicht nur Reagieren! Mit eigenständigen Themen in die Öffentlichkeit gehen! Dann besteht kein Zwang, nur auf die Aktivitäten der anderen zu reagieren.
- Noch besser ist, es gelingt der Partei/WV, zu einem oder einigen wenigen kommunalen Themen und Problemen die Meinungsführerschaft zu übernehmen.
- Partei und Kandidaten sollen geschlossen auftreten, aber gleichzeitig haben sich die Kandidaten überzeugend mit ihrem persönlichen Profil darzustellen. Kandidaten können nicht als bloßer „Transmissionsriemen“ der Partei in Erscheinung treten.
- Die Bürger nicht mit Informationen zu schütten, auf das Wichtigste kommt es an, oft kann weniger mehr sein!
- Stil wählen, der informiert und sachlich argumentiert und nicht vordergründig polemisiert!
- Verständliche Sprache, kein unverständliches „Politsprech“ oder „Partei-chinesisch“!
- Lösungen aufzeigen, nicht nur Probleme auflisten!
- Wahlkampf als eine kommunikative Herausforderung begreifen, der sich an Wähler, Medien, sowie die eigene Mitgliedschaft und Anhängerschaft gleichermaßen richten muss.

AG

<sup>1</sup>Die dazu erforderlichen Formblätter (Anlagen zur Kommunalwahlordnung) können unter [www.revosax.sachsen.de/vorschrift/17730-Kommunalwahlordnung-heruntergeladen-werden](http://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/17730-Kommunalwahlordnung-heruntergeladen-werden).

<sup>2</sup>Die aktuellen Fassungen können unter der digitalen Recht- und Vorschriftenverwaltung Sachsen (<https://revosax.sachsen.de/>) abgerufen werden.

<sup>3</sup>[www.kommunalforum-sachsen.de/2018/09/infothek-kommunalwahlen-in-sachsen-2019-vorbereiten-ein-leitfaden/](http://www.kommunalforum-sachsen.de/2018/09/infothek-kommunalwahlen-in-sachsen-2019-vorbereiten-ein-leitfaden/)

Fortsetzung von Seite 1

## Kommunalwahlen...

nigen oder Hauptwohnsitz haben, für dessen Vertretung sie kandidieren.

Unionsbürger, die kandidieren wollen, müssen zusätzlich bis zum Ende der Einreichungsfrist für Wahlvorschläge gegenüber dem Vorsitzenden des Gemeinde-/Kreiswahlausschusses an Eides Statt versichern, dass sie im Herkunftsstaat ihre Wählbarkeit nicht verloren haben.

Die Voraussetzungen für die Wählbarkeit müssen zum Zeitpunkt des Stattfindens der Versammlung zur Aufstellung der Kandidat/innen gegeben sein.

Als Hauptwohnung gilt die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie oder seinem Lebenspartner lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder der Lebenspartner. Der Meldepflichtige hat bei jeder An- oder Abmeldung mitzuteilen, welche weiteren Wohnungen er hat und welche Wohnung seine Hauptwohnung ist. Ändern sich die für die Bestimmung der Hauptwohnung maßgebenden Umstände, so hat der Meldepflichtige dies der Meldebehörde der neuen Hauptwohnung innerhalb von zwei Wochen schriftlich mitzuteilen.

### Kommunalwahlkampf

Bei Kommunalwahlen schauen die Wählerinnen und Wähler weniger auf die Parteien im Bundestag oder Landtag. Bei ihrer Wahlentscheidung lassen sie sich vielmehr davon leiten, welchen Parteien, Wählervereinigungen oder Personen sie am ehesten zutrauen, die lokalen, kommunalen Probleme zu lösen. In Wahlprogrammen, Wahlaussagen, Wählerbriefen oder anderen For-

men der Wahlwerbung sind nicht nur allgemeine Bekenntnisse gefragt, sondern möglichst klare Aussagen zu den in der jeweiligen Kommune anstehenden Aufgaben, Projekten, Investitionen usw.

Der Wahlkampf soll

- die Wählerinnen und Wähler auf die bevorstehenden Wahlen aufmerksam machen,
- die eigenen Kandidat/innen bekannt machen,
- über die kommunalpolitischen Ziele und Vorhaben der Partei/WV informieren,
- die eigene Anhängerschaft mobilisieren.

Politische Versäumnisse, Fehler und Unterlassungen der zurückliegenden Jahre kann der Wahlkampf jedoch nicht ungeschehen machen, wie er ebenso wenig ein völlig neues Image oder der Realität nicht entsprechendes Bild der Partei vorspiegeln kann. Insbesondere dient der Wahlkampf auch dazu, die noch Unentschlossenen zu gewinnen.

Idealtypisch lassen sich drei verschiedene Wahlkampfstrategien unterscheiden:

□ 1. Der Ergebnis- oder Leistungswahlkampf wird insbesondere von den Mehrheitsparteien bevorzugt, die als „regierende“ Partei durch eine Leistungsbilanz der zurückliegenden Wahlperiode glänzen wollen und so ihre Problemlösungskompetenz nachweisen wollen.

„Oppositionsparteien“ können darauf verweisen, dass sie bestimmte kommunale Probleme öffentlich thematisiert haben bzw. bestimmte Dinge überhaupt ans Licht der Öffentlichkeit gezerzt haben. Weiterhin können sie ganz offensichtliche Fehler oder Fehlscheidungen der Mehrheitsfraktion als negatives Ergebnis im Wahlkampf benennen. Aber allein damit lässt sich freilich kein Wahlkampf gewinnen.

□ 2. Deshalb wird von den „Oppositionsparteien“ der Programmwahlkampf bevorzugt, in dem durch die Hervorhebung von programmatischen Forderungen und das Aufzeigen besserer Alternativen die Zustimmung der Wähler erreicht werden soll. Ratsam ist es, den Programmwahlkampf auf wenige Themen zu konzentrieren, am besten naturgemäß auf jene, wo die Partei auch eine gewisse Kompetenz erworben hat und nachweisen kann. Besonders für die Wähler sichtbar werden muss dabei die deutlich erkennbare Alternative zu den anderen Parteien.

Aber noch so gute Wahlprogramme oder -aussagen allein sind noch lange keine Garantie für Wahlerfolge. Wie kaum andere Wahlen sind Kommunalwahlen in sehr hohem Maße Personenwahlen (selbstredend gilt das für die Wahl von Bürgermeistern und Landräten noch viel mehr). Die Wähler machen bei Kommunalwahlen ihre Wahlentscheidung in sehr hohem Maße davon abhängig, welche Personen hinter Wahlprogrammen oder -aussagen stehen, ob ihnen aufgrund ihres bisherigen Engagements, ihres Ansehens und ihrer fachlichen Kompetenz abgenommen wird, wirklich etwas für die Kommune und ihre Einwohnerinnen und Einwohner bewegen zu können.

□ 3. Daher ist der Personenwahlkampf auf kommunaler Ebene von besonderer Bedeutung und vor allem dann vielversprechend, wenn die Partei hervorragende Persönlichkeiten anzubieten hat, die in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießen. Ein gutes Programm ist am wirksamsten mit guten Wahlkandidaten an die Wähler/innen zu bringen. Andererseits dürfte ein reiner, von Inhalten und Programm losgelöster Personenwahlkampf auch in seinen Wirkungen begrenzt sein.

In der Realität des Wahlkampfes vermischen sich in der Regel alle drei Wahlkampfstrategien.

## Impressum

**Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.**  
Großenhainer Straße 99  
01127 Dresden  
Tel.: 0351-4827944 oder 4827945  
Fax: 0351-7952453  
info@kommunalforum-sachsen.de  
www.kommunalforum-sachsen.de  
Red., Satz und Layout: A. Grunke  
V.i.S.d.P.: P. Pritscha

Die Kommunal-Info dient der kommunalpolitischen Bildung und Information und wird durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts finanziert.





# Wohnungsgipfel aus kommunaler Sicht

Zu den Teilnehmern des Wohnungsgipfels im Kanzleramt am 21. September gehörten auch die kommunalen Spitzenverbände Deutschlands.

Für den Deutschen Städtetag (DST) habe der Wohnungsgipfel dem wichtigen Thema bezahlbarer Wohnraum für weite Teile der Gesellschaft wieder Priorität verschafft. Jetzt komme es darauf an, die angekündigte Wohnraumoffensive zügig voranzubringen und die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen. Die Wohnungsfrage sei eine entscheidende soziale Frage dieser Zeit. Ebenso sieht es der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) für dringend erforderlich, dass die beschlossenen Maßnahmen schnell umgesetzt werden.

Die kommunalen Spitzenverbände sehen einen sozialen Sprengstoff darin, dass ganze Berufsgruppen wie Polizisten, Krankenschwestern, Verkäufer und immer mehr auch die Mittelschicht sich die zum Teil exorbitanten Mieten und Kaufpreise in vielen Städten und Ballungsräumen nicht leisten können. Immer längere Fahrten vom Wohnort zur Arbeit sind keine Lösung. Daher gehören nicht nur die Großstädte, sondern die gesamte Region und der ländliche Raum in den Fokus. Statt noch mehr teuren Wohnraums und Luftverschmutzung in den Großstädten müssen gute ÖPNV- und Schnellbahnverbindungen, eine forcierte Digitalisierung und ein Glasfaserausbau sowie eine Dezentralisierung bei Behörden- und Arbeitsplätzen ländliche Räume stärken. Speziell strukturschwache Räume, in denen insgesamt ca. zwei Millionen Wohnungen leer stehen, verdienen Unterstützung. Dadurch können die Wohnungsmärkte in den Ballungszentren entlastet werden.

## Beschlüsse

Folgende Eckpunkte, die im Wohnungsgipfel beschlossen wurden, lassen sich zusammenfassen:

- Der Bund stellt auf der Grundlage der geplanten Grundgesetzänderung (Art. 104 d GG) von 2018 bis 2021 für die soziale Wohnraumförderung mindestens 5 Milliarden Euro bereit. Gemeinsam mit den Mitteln von Ländern und Kommunen können damit über 100.000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen werden.
- Der Bund stellt in dieser Legislaturperiode als „Baukindergeld“ insgesamt 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit sollen die selbstgenutzte Eigentumsbildung insbesondere für Familien und Alleinerziehende mit Kindern, gestärkt werden.
- Der Bund will den Mietwohnungsbau durch eine steuerliche Sonderabschreibung fördern. Die Finanzierung erfolgt durch Bund, Länder und Kommunen.
- Die Städtebauförderung wird auf Rekordniveau von 790 Millionen Euro (Bund) fortgeführt. Länder und Gemeinden tragen mit eigenen Mitteln zur Finanzierung ihres Eigenanteils bei.
- Bund und Länder werden das Wohngeld zum 01. Januar 2020 verbessern.
- Die Kommunen sollen bei der Aktivierung von Bauland und bei der Sicherung bezahlbaren Wohnens unterstützt werden. Hierzu wird die Bundesre-

gierung weitere Verbesserungen im Bauplanungsrecht, die auch eine verbesserte Anwendung bestehender Instrumente (Vorkaufsrecht, Baugebot etc.) erfasst, vorschlagen. Die Bundesregierung wird über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben bundeseigene Grundstücke weiter vergünstigt an Kommunen weitergeben.

- Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bei der Gründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und stellt hierfür zusätzliche finanzielle Mittel bereit. Die Länder verfolgen das Ziel, weitgehende übereinstimmende Vorschriften im Bauordnungsrecht vorzusehen.
- Serielles und modulares Bauen soll als

Deutschland werde zu wenig und zu wenig preiswert gebaut. 2017 wurden 284.000 neue Wohnungen fertig gestellt, das waren aber ca. 100.000 Wohnungen weniger als nötig. Das Gebot für die kommunalen Spitzenverbände heiße deshalb „Bauen, bauen, bauen und zwar bezahlbar, nachhaltig und baukulturell vorzeigbar!“ Dies gelte nicht nur für die Städte mit angespannten Wohnungsmärkten, sondern auch für das Umland. Dazu müssen Bund und Länder ihrer auch finanziellen Verantwortung beim Bau von mehr Sozialwohnungen nachkommen, auch über das Jahr 2021 hinaus. Die Länder müssen die vom Bund gewährten Mittel ausschließlich für den sozialen Woh-

Wohneigentums durch ein Baukindergeld. Bei der selbstgenutzten Wohneigentumsquote liege Deutschland trotz der hohen Bedeutung des Eigenheims für die Vermögensbildung und die Alterssicherung mit nur 45 Prozent der Haushalte im Vergleich aller EU-Staaten am Ende. Hier an den richtigen Standorten mit dem richtigen Wohnungsbau nachzusteuern, sei zukunftsfähig.

Der Präsident des DST erklärte, die Städte werden Bauland mobilisieren und für mehr Wohnungsbau werben und dafür die bereits bestehenden Instrumente des Planungsrechts, wie Vorkaufsrechte, ausschöpfen. Die in Aussicht gestellten neuen Instrumente



schnelle, preisgünstige und zugleich qualitätsvolle Antwort auf die wachsende Nachfrage nach Wohnungen gestärkt werden.

- Das Vergaberecht soll flexibilisiert und Wertgrenzen sollen befristet angehoben werden.
- Die Kostensteigerungen durch Standards und Normen sollen aufgebrochen und die Digitalisierung der Bauverfahren forciert werden.
- Eine ausreichende Verfügbarkeit von Fachkräften und Baukapazitäten wird als notwendig angesehen. Hier wird das geplante Fachkräfteeinwanderungsgesetz Unterstützung bringen.
- Zur Koordination des weiteren Umsetzungsprozesses auf Bundesebene wird ein interministerieller Staatssekretärsausschuss unter Leitung des Bundesministeriums des Innern und unter Beteiligung der Länder und der kommunalen Spitzenverbände eingesetzt.

## Herausforderungen und Maßnahmen

In seinem Statement machte der I. Vizepräsident des DStGB auf die bedrückende Situation aufmerksam. In

Wohnungsbau einsetzen. Weiter bedarf es in den Städten und Gemeinden verfügbarer und erschwinglicher Grundstücke sowie besserer rechtlicher Möglichkeiten, Bauland und Brachen zu mobilisieren. In ländlichen Regionen muss speziell der bedarfsgerechte Umbau des vorhandenen Wohnungsbestandes unterstützt werden, damit auch dort attraktiver und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Dringend nötig sei auch eine Baukostensenkung. Die Baukosten sind in den letzten zehn Jahren mit bis zu 36 Prozent sehr viel schneller gestiegen als die Lebenshaltungskosten. Nötig ist der Abbau kostentreibender Normen. Allein die letzte Novelle der Energiesparverordnung (EnEV) habe für Neubauten Mehrkosten bis zu 10 Prozent verursacht, so der Vizepräsident des DStGB. Weitere Verschärfungen dürfe es nicht geben. Auch müsse das Vergaberecht, etwa durch höhere Wertgrenzen für Beschränkte und Freihändige Vergaben, flexibilisiert werden.

Unterstützung findet durch die kommunalen Spitzenverbände eine zielgerichtete Förderung des selbstgenutzten

sollten schnell eingeführt und angewandt werden, um Wohnungsbau zu erleichtern, den Mangel an Bauland zu beheben und die Preisentwicklung zu dämpfen. Wichtig wäre darüber hinaus, die Kommunen wieder in die Lage zu versetzen, aktiv Grundstücke kaufen und erschließen und das knappe Gut Boden gemeinwohlorientiert steuern zu können. Dabei helfen würde ein vom Bund einzurichtender Wohnbauland- und Erschließungsfonds – an dem sich auch die Länder beteiligen sollten.

Große Einigkeit habe es darüber gegeben, dass eine Anpassung des Wohngeldes überfällig sei. Das helfe besonders einkommensschwachen Haushalten. Notwendig bleibe aber, das Wohngeld regelmäßig an die Mie-

Fortsetzung auf Seite 4







Fortsetzung von Seite 3

## Wohnungsgipfel...

ten- und Preisentwicklung anzupassen. Aus Sicht des DST sei es aber geboten, dass Änderungen im Mietpiegel-Recht mit Bedacht vorgenommen werden müssten. Zwar werde die „Stärkung guter Mietspiegel“ begrüßt, wie genau diese aussehen und erstellt werden und am Ende zu mehr Rechtssicherheit und Akzeptanz führen, sei aber noch abschließend zu diskutieren. Außerdem begrüße der DST freiwillige Initiativen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, beispielsweise einen Kodex von Wohnungsunternehmen für faire Mieten.

### Kritik vom Mieterbund

Zwar sei die Wohnungsfrage als zentrale soziale Frage unserer Zeit in der Bundesregierung angekommen, auch bei der Kanzlerin, aber in der Sache habe der Wohnungsgipfel aus Sicht Deutschen Mieterbundes (DMB) wenig Neues gebracht. Das Eckpunktepapier der Bundesregierung enthalte neben einer Reihe von Absichtserklärungen vor allem Hinweise auf altbekannte Vorschläge und Vereinbarungen. Angesichts der aktuellen Wohnungsnot von hunderten tausenden Mietern sei schnelles Handeln erforderlich, es müssen jetzt konkrete Maßnahmen getroffen werden, die insbesondere in den Städten den Wohnungsneubau für einkommensschwächere Haushalte und Normalverdiener ankurbeln. Ebenso müssen mietrechtliche Regelungen geschaffen werden, die die Mietpreisexplosion im Neubau, bei der Wiedervermietung und im Wohnungsbestand stoppen.

Das Eckpunktepapier verspreche eine „Stärkung des sozialen Wohnungsbaus“, 5 Milliarden Euro stellt der Bund den Ländern zur Verfügung, 100.000 neue Sozialwohnungen sollen gebaut werden - aber nicht jährlich, sondern innerhalb von 4 Jahren. Das sei keine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus. Wenn 2018 und 2019 jeweils 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, 2020 und 2021 aber nur jeweils 1 Milliarde, dann würden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau zurückgehen. Der soziale Wohnungsbau werde dadurch sicherlich nicht gestärkt. Deshalb fordert der DMB jährlich 6 Milliarden Euro von Bund und Ländern, damit 80.000 bis 100.000 Sozialwohnungen im Jahr neu gebaut werden können. Das Baukindergeld sei wohnungs-

politisch unsinnig. Es führe zu Mitnahmeeffekten in ländlichen Regionen und reize in Städten allenfalls den Kauf von Eigentumswohnungen an. Neue, vor allem neue bezahlbare Wohnungen entstünden dadurch nicht. Sonderabschreibungen für den Mietwohnungsneubau machen nur Sinn, wenn die begünstigten Bauherren sich gleichzeitig verpflichten, bestimmte Mietobergrenzen nicht zu überschreiten. Ohne Mietobergrenzen wird das Ziel, Wohnungen im mittleren Preissegment zu bauen, nicht erreicht.

Bei dem zum 1. Januar 2019 in Kraft tretenden Mietrechtsanpassungsgesetz müsse aus Sicht des DMB spürbar nachgebessert werden. Die Geltungsdauer der Mietpreisbremse müsse verlängert, Ausnahmeregelungen gestrichen und Vermieter sanktioniert werden, wenn sie sich nicht an das Gesetz halten. Der Umfang einer Modernisierungsmieterhöhung werde im Gesetzentwurf der Justizministerin zwar begrenzt, jedoch nicht ausreichend. Gefordert werde eine Senkung der Modernisierungsumlage auf 4 Prozent, statt der geplanten 8 Prozent, und eine Kappungsgrenze für Modernisierungsmieterhöhungen von 1,50 Euro pro Quadratmeter und nicht von 3 Euro.

Die Ankündigungen zu Mietspiegeln bleiben vage, seien grundsätzlich aber geeignet, für mehr Rechtssicherheit bei Mietern und Vermietern zu sorgen. Positiv ist, dass der Betrachtungszeitraum bei der Vergleichsmiete auf 6 Jahre verlängert werden soll. Zurzeit wird die ortsübliche Vergleichsmiete aus den Vertragsabschlüssen und Mieterhöhungen der letzten 4 Jahre gebildet. Bei einer Verlängerung des Betrachtungszeitraums wären das die Vertragsabschlüsse und Mieterhöhungen der letzten 6 Jahre. Der DMB fordert, dass alle Vertragsabschlüsse in den Betrachtungszeitraum einfließen müssen, zumindest aber die der letzten 10 Jahre. Dies hätte eine noch stärker preisdämpfende Wirkung für die Mietpreisentwicklung im Wohnungsbestand.

Begrüßt wird vom DMB die angekündigte Wohngeldreform. Jedoch reiche es nicht aus, das Wohngeld immer mal wieder nach ein paar Jahren zu erhöhen. Nötig sei eine Dynamisierung des Wohngeldes, das heißt, die Wohngeldzahlungen müssen automatisch den gestiegenen Mieten angepasst werden.

(Quellen: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de); [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de); [www.mieterbund.de](http://www.mieterbund.de))

## Vorschau auf Seminare

### INTENSIVSEMINAR:

**Kommunikation in der Kommunalpolitik II  
Argumente in Texten und Reden**  
26. Oktober 2018, 18:00 - 28. Oktober 2018, 13:30  
Landhotel Frankenberg, Dammplatz 3  
09669 Frankenberg

Im Mittelpunkt des Workshops stehen Argumentationen, die wir als roten Faden für Texte oder Reden verwenden können. Hierfür wollen wir miteinander erarbeiten, was überhaupt gute Argumente ausmacht und in welcher Form und Abfolge ich sie bestmöglich anbringen kann. Wir betrachten Argumentationsschemata und auch die Frage, ob denn ein Argument immer so verstanden wird, wie es eigentlich gemeint ist. Weiterhin werfen wir einen Blick auf die sogenannte »schwarze« Rhetorik, woran manipulative Argumentation zu erkennen ist und wie man sich vor ihr schützen kann.

#### Referent\*innen:

- Dr. Christian Wirrwitz (Dozent, Trainer, Coach)
- Dr. Romy Jaster (wiss. Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität)

### Podiumsdiskussion:

**Sachsen will Polizeirecht reformieren – Auswirkungen auf die Kommunen**

01. November 2018, 19:00 - 21:00  
galerie KUB ([www.galeriekub.de](http://www.galeriekub.de))  
Kantstraße 18, 04275 Leipzig

Die sächsische Staatsregierung hat am 17. April 2018 den „Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Polizeirechts des Freistaates Sachsen“ vorgelegt. In diesem sollen der Polizeivollzugsdienst und die Polizeibehörden im Freistaat Sachsen neu geregelt und mit weitreichenden Befugnissen auch zu tiefen Grundrechtseingriffen ausgestattet werden.

Welche möglichen Auswirkungen hat der Gesetzentwurf auf die kommunale Ebene und die Bürgerinnen und Bürger? Welche neuen Zuständigkeiten gibt es?

#### Podiumsteilnehmer:

- Heiko Rosenthal (Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig)
- Bernd Merbitz (Polizeipräsident Leipzig \*\*\*angefragt\*\*\*)
- Prof. Rebecca Pates (Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft)
- Enrico Stange (MdL, Mitglied des Innenausschusses)
- Moderation: Sarah Ulrich (freie Journalistin, Redakteurin des Magazins Kreuzer)

### Neue Energie für linke Politik vor Ort

17. November 2018, 10:30 - 17:30  
Demmeringstraße 32, 04177 Leipzig

Linke Forderungen nach einer Energiewende von unten stehen im Mittelpunkt: erneuerbare Energiequellen, dezentrale Organisation und demokratische Kontrolle. Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es für eine Umsetzung auf lokaler Ebene? Unter welchen Bedingungen gelingt die Energiewende von unten? Welche Strategien brauchen Akteure vor Ort, um linke Alternativen ins Gespräch zu bringen und voranzutreiben? Der Workshop richtet sich an linke Kommunalpolitiker\*innen und lokal Aktive. Auf Grundlage mitgebrachter Fragen und Erfahrungen soll ein Raum für den Austausch von Wissen und praktischen Beispielen entstehen.

#### Referenten:

- Thomas Scherzberg (Stadtrat in Chemnitz, Autor unseres „Handbuchs für eine nachhaltige kommunale Umweltpolitik“)
- Christian Richter (Moderation)

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der RLS Sachsen, dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen und dem Interim. Wir bitten um Anmeldung unter: [steffen.kuehne@rosalux.org](mailto:steffen.kuehne@rosalux.org)

Es wird eine Teilnahmegebühr von 5 EUR (ermäßigt 3 EUR) erhoben. Darin sind Getränke und Material für den Workshop enthalten. Für einen kleinen Snack wird gesorgt.

### INTENSIVSEMINAR:

**Kommunikation in der Kommunalpolitik III  
Freies Reden und sicheres Auftreten**  
23. November 2018, 18:00 - 25. November 2018, 13:30  
Landhotel Frankenberg, Dammplatz 3  
09669 Frankenberg

Wir wollen üben, aus dem Stegreif kleine Reden zu halten. Dabei liegen die Übungsschwerpunkte auf Unbefangenheit, Spontaneität und spielerischem Umgang mit ernsthaften Themen. Hierzu schauen wir auf die Bedeutung von Anlass und Aufbau einer Rede und wie man den roten Faden nicht verliert. Wir wollen aber auch gemeinsam üben, wie eine Rede gut rübergebracht werden kann. Hierbei legen wir das Augenmerk auf den angemessenen Ton und Ausdruck, stimmige Bilder, Analogien und Metaphern sowie authentische Stimme und Körpersprache. Zusammen entsteht so überzeugendes, freies Reden.

#### Referent\*innen:

- Dr. Christian Wirrwitz (Dozent, Trainer, Coach)
- Dr. Romy Jaster (wiss. Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität)



# PARLAMENTARSREPORT



## Liebe Leserinnen und Leser,

*Sachsens CDU-Fraktion hat einen neuen Chef. Frank Kupfer ist im September zurückgetreten und hat öffentlich erklärt, dass er unter Depressionen leidet. Ich habe ihm für diese Offenheit Respekt gezollt und ihm gute Besserung gewünscht.*

*Als Nachfolger hatten Kupfer und der Ministerpräsident den 68-jährigen Geert Mackenroth vorgeschlagen – offenbar wollte Michael Kretschmer bis zur Wahl gleichaltrige Konkurrenz kleinhalten. Das ist ihm misslungen. 24 der 59 CDU-Abgeordneten stimmten für Mackenroth, aber 32 für den bisherigen innenpolitischen Sprecher Christian Hartmann. Offenbar kann der Regierungschef nicht einmal die Abgeordneten überzeugen, die seine Regierung tragen. Wie will er das dann bei der sächsischen Gesellschaft hinbekommen?*

*Wie Kretschmer angesichts des Wahlergebnisses ernsthaft „Geschlossenheit in dieser Fraktion“ erkennen konnte – die lobte er umgehend –, bleibt sein Geheimnis.*

*Was wichtiger ist: Christian Hartmann steht für denselben innenpolitischen Kurs, den auch Geert Mackenroth und Frank Kupfer vertreten. Wer den harten Hund gibt und das Polizeigesetz auf einen Generalverdacht statt auf den Rechtsstaat stützen will, wird die Gesellschaft nicht zusammenhalten. Eine Koalition mit der AfD schließt Hartmann nicht aus, diese Option hat er sich schon als CDU-Chef in Dresden immer offengehalten. Bis dahin gehe ich davon aus, dass die CDU im Landtag weiter den Scharfmachern am rechten Rand naheheuern und sie dadurch stärken wird. Es ist an uns, dagegenzuhalten!*

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Neue Wege für die Schulen!

Das neue Schuljahr in Sachsen ist nun einige Wochen alt – und wieder geprägt vom Lehrkräftemangel. Der Unterricht kann nicht abgesichert werden, das bestätigen uns viele Meldungen. Im letzten Schuljahr mussten über 800.000 Stunden vertreten werden. Oft werden keine Vertretungspläne geschrieben, sondern Ausfallpläne! Schon im Februar 2018 konnten bei den Einstellungsverfahren 40 Stellen nicht besetzt werden. Zu Beginn dieses Schuljahres blieben 230 Stellen frei, und nicht alle eingestellten Lehrkräfte traten ihren Dienst auch an. An den Oberschulen gibt es nur für 53,4 Prozent der offenen Stellen eine neue Inhaberin oder einen neuen Inhaber. Darunter sind auch Seiteneinsteiger sowie Lehrkräfte mit einer schulfremden Ausbildung. „Wir richten einen herzlichen Dank an die Seiteneinsteiger. Diese Aufgabe ohne pädagogische Ausbildung nach einem Vierteljahr Crashkurs zu beginnen, ist wirklich bewundernswert“, so **Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion**. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern müssten die CDU-Fehlpolitik ausbaden.

So wichtig es ist, über die Personalnische zu sprechen – es reicht nicht. „Zukunft braucht gute Schule und neue Wege in der Bildung“ war eine Debatte der Linksfraktion im Landtag überschrieben. „Wir sagen gerade in dieser Situation: Wir müssen grundsätzlich umsteuern, Kurs nehmen auf eine neue Lernkultur und auch auf eine teilweise neue Lernstruktur“, so Falken. Deshalb sei es gut, dass ein breites Bündnis einen Volksantrag für längeres gemeinsames Lernen gestartet hat. Es will erreichen, dass Schulen in Form des sogenannten Optionsmodells künftig selbst darüber entscheiden dürfen, ob sie eine Gemeinschaftsschule gründen. Dazu wird das Einvernehmen mit dem Schulträger hergestellt, das Kultusministerium ist an das Votum der Experten vor Ort gebunden. „Angestrebt wird kein Systemsturz – die Gemeinschaftsschule soll als gleichberechtigte weitere Schulart möglich sein“, so Falken.

Zwei Drittel der Bevölkerung wollen ausweislich einer repräsentativen Emnid-Befragung die Gemeinschaftsschule. Insbesondere Leute zwischen 18 und 28 Jahren stimmen stark zu: 78 Prozent wollen, dass länger gemeinsam gelernt wird. Selbst 60 Prozent der CDU-Wähler sind dafür! In neun Bun-

desländern gibt es bereits Formen längerer gemeinsamen Lernens.

Die Gemeinschaftsschule soll also als gleichberechtigte weitere Schulart möglich werden. Die Schülerinnen und Schüler lernen dort auch nach der vier-



Foto: iStock/popovaphoto

ten Klasse gemeinsam, die frühe Trennung entfällt. „Das reduziert den Stress für die Eltern und die Belastung der Schülerinnen und Schüler. An die Stelle von Versagensängsten tritt eine langfristig stabile Lernumgebung“, stellt Falken klar – auch vor dem Hintergrund, dass psychische Probleme,

Gewalt und Mobbing an Schulen eher zu- als abnehmen.

Die Gemeinschaftsschule setzt deshalb auf kooperative Lernformen statt auf Frontalunterricht. Kinder mit unterschiedlichen Leistungsniveaus lernen miteinander und voneinander und werden individuell gefördert. Am Ende sind alle Abschlüsse möglich.

Die Beteiligung an diesem durch ein breites Bündnis getragenen Vorstoß im Rahmen der Volksgesetzgebung ist ein attraktives bildungspolitisches Vorhaben. Damit kann zugleich die seit fast 20 Jahren anhaltende Lethargie in Sachen direkter Demokratie durchbrochen werden. Falken: „Insofern ist der Volksantrag schon jetzt ein historischer Schritt im Kampf um gute Schulen!“

Mehr Informationen:  
[www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de](http://www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de)



## Keine Hetzjagden in Chemnitz?

*Michael Kretschmer hat für bundesweites Aufsehen gesorgt, als er im Landtag erklärte, es habe nach dem Tötungsdelikt an Daniel H. in Chemnitz keinen Mob, keine Hetzjagden und keine Pogrome gegeben. Eine solche Aussage ist schon deshalb fahrlässig, weil weiterhin eine dreistellige Zahl an Ermittlungsverfahren anhängig ist. Sie ist aber vor allem grob wahrheitswidrig – die LINKEN-Abgeordneten Marco Böhme und Klaus Bartl stellten das noch in der Sitzung klar. Dass in Chemnitz Menschen gejagt worden sind, bezeugte eine Reihe von Menschen auch bei der Anhörung der Linksfraktion am 17. September im*

*Pentagon3 in Chemnitz – darunter Standbetreiber auf dem Stadtfest, ein unbeteiligter Rentner, Gewerkschafter sowie Migrantinnen und Migranten. Auch Uwe Dziuballa, Inhaber des attackierten jüdischen Restaurants Shalom, war anwesend und berichtete von seinen Erfahrungen und den Ermittlungen. Wir werden die gewonnenen Erkenntnisse in die parlamentarische Aufarbeitung der Ereignisse einfließen lassen und das Material auch dem Generalstaatsanwalt zur Verfügung stellen. Abseits aller Begriffsdebatten muss klar sein: Straftaten müssen verfolgt werden, egal wer sie begeht!*



# Häusliche und sexualisierte Gewalt bekämpfen!

Häusliche Gewalt ist ein dunkles Thema. Viele Opfer bleiben im Verborgenen, aus Scham, Hilflosigkeit oder aus Angst vor ihren Peinigern, die oft aus ihrem engsten Umfeld kommen. Statistisch gesehen wird jede vierte Frau mindestens einmal Opfer von häuslicher oder sexualisierter Gewalt. Jeder Schlag ist einer zu viel und oft bleibt es nicht dabei. Statistisch gesehen an jedem dritten Tag wird in Deutschland eine Frau durch Partner oder Ex-Partner getötet. Hinter der lapidaren Bezeichnung „Familiendrama“ stehen schreckliche Schicksale. Wir wollen, dass alle Betroffenen Hilfe bekommen.

Seit Februar 2018 gilt das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, auch bekannt als Istanbul-Konvention, in Sachsen. „Die 81 Artikel enthalten umfassende Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Bestrafung der Täter“, so das Bundesfamilienministerium. Es ist wichtig, die Konvention auch in Sachsen mit Leben zu erfüllen.

Dazu hat die Linksfraktion von der Landesregierung ein Maßnahmenprogramm gefordert (Drucksache 6/14763). **Sarah Buddeberg, gleichstellungspolitische Sprecherin**, dringt auf ein flächendeckendes, barrierefreies Unterstützungssystem.

Das umfasst insbesondere Schutzunterkünfte, Beratungsstellen, Notrufe, Traumazentren, Therapiemöglichkeiten und medizinische Versorgung. „Leider müssen immer wieder Frauen abgewiesen werden, weil Plätze belegt sind. Die gute Nachricht ist: Wir müssen nicht bei Null anfangen.“ In Sachsen gibt es 14 Frauenschutzeinrichtungen, sieben Koordinierungs- und Interventionsstellen sowie zwei Mänerschutzwohnungen – letztere sind wichtige Modellprojekte. „Ohne diese Vereine und Menschen, die täglich ehrenamtlich arbeiten, hätten Betroffene kaum eine Chance, der Gewalt zu entkommen. Diese Arbeit muss ausreichend finanziert werden“, fordert Buddeberg. Im Sinne effektiver Strafverfolgung müssten zudem Spuren vertraulich gesichert

werden können. Denn Opfer sexualisierter Gewalt sind häufig nicht in der Lage, sofort Anzeige zu stellen. Nur acht Prozent dieser Frauen gehen zur Polizei. Später wird es schwer, Beweise vorzulegen. 87 Prozent der angezeigten Fälle enden ohne Verurteilung.

„Sachsen darf den Kampf gegen häusliche und sexualisierte Gewalt nicht auf Vereine und Ehrenamtliche abwälzen“, so Buddeberg. Es sei gut, dass mehr Geld in den letzten Doppelhaushalt eingestellt worden ist. Allerdings verhindern die Förderbedingungen bisher zu oft, dass es auch abgerufen wird. Die Koalition will nun einen Maßnahmenplan erstellen. Aber wir wollen nicht mehr warten. Frauen, deren Leben bedroht ist, können das auch nicht.



## Für eine neue Welt-Menschenrechtskonferenz

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

Am 10. Dezember 1948 verkündete Eleanor Roosevelt, Vorsitzende der UN-Menschenrechtskommission, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Von deutschem Boden waren Barbarei, totaler Krieg, beinahe absolute Zerstörung nicht nur materieller, sondern aller menschlichen Werte ausgegangen. Die Erneuerung der humanistischen Werte war nötig geworden – und liegt fast 70 Jahre zurück. Ihren Hintergrund kennen heute die wenigsten Menschen aus persönlichem Erleben. Deshalb hat die Linksfraktion die Erklärung mit einem Antrag im Landtag ins Gedächtnis gerufen (Drucksache 6/14582).

„Ein Novum war die Erklärung auch insofern, dass sie alle Menschen aller Erdteile und auch deren soziale Rechte einschloss“, so **Klaus Bartl, Sprecher für Verfassungs- und Rechtspolitik**. Die Menschenrechte und ihre Verletzung seien auch ein Thema für Deutschland und Sachsen. Was sich im Umgang mit von Flucht Betroffenen etwa in Chemnitz ereignet hat, verletze die universellen Verhaltensnormen. Hinzu komme, dass die sozialen Menschenrechte auch hierzulande ständig durch Armut bedroht seien. Bartl verwies zudem auf Artikel 8

der Erklärung: „Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.“ Warum dann der

nordrhein-westfälische Innenminister fordere, dass Gerichte das „Rechtsempfinden“ der Bevölkerung mehr in den Mittelpunkt rücken müssten, wenn Asylsuchende einem Verwaltungsakt widersprechen, bleibe unklar.

Artikel 9 lautet: „Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.“ Wieso aber stützt dann der Entwurf des sächsischen Polizeigesetzes polizeiliche Maßnahmen auf die vermutete Wahrscheinlichkeit, dass jemand eine Straftat begehen könnte? „Die Anwendungspraxis solcher Paragrafen in Bayern zeigt, dass sie nicht nur islamistische ‚Gefährder‘, sondern auch unliebsame Demonstranten treffen. Und wie kommt Innenminister Wöller auf die Idee, abgelehnte Asylbewerber allein deshalb zu inhaftieren, weil ihre Herkunft ungeklärt ist? Was macht ihn sicher, dass diese Menschen aus bösem Willen ihre Identität nicht nachweisen können?“, fragte Bartl. In den kriegsgebeutelten Regionen Syriens oder des Iraks sei die Zahl der Einwohnermeldeämter überschaubar, ganz zu schweigen von der Frage, ob diese Menschen als Dissidenten überhaupt einen Ausweis bekommen hätten.

Die Linksfraktion fordert von der Landesregierung einen Bericht zur Menschenrechtslage. Vor allem aber sollte sie sich im Bund für eine erneute Weltmenschenrechtskonferenz einsetzen.

### Ein Armutszeugnis!

Der Landtag hat sich mehrheitlich zu den Menschenrechten bekannt – aber nur, weil die CDU-Fraktion gerade kaum im Saal vertreten war. Auch ihr neuer Chef Christian Hartmann fehlte. Der LINKE Antrag enthielt neben den Forderungen nach einem Bericht und einer Weltmenschenrechtskonferenz einen dritten Punkt: „Der Landtag würdigt [...] die ‚Allgemeine Erklärung der Menschenrechte‘ und bekräftigt die universelle Geltung der unveräußerlichen allgemeinen Menschenrechte als ‚das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal‘.“ Über diesen Punkt stimmte der Landtag zuerst ab, und er fand tatsächlich eine Mehrheit. Die eilig herbeigerufenen Koalitionsabgeordneten stimmten dann aber die anderen Punkte und in der Schlussabstimmung den Antrag nieder.

### Zeit für Bildung!

Der sächsische Landesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat eine Kampagne gestartet: **Zeit für Sachsen!** Damit fordern die Gewerkschaften ein Bildungsfreistellungsgesetz. Die Beschäftigten sollen für bis zu fünf Tage pro Jahr bezahlt freigestellt werden können, um sich fortbilden zu können.

Die Linksfraktion unterstützt das und hat schon 2017 ein Gesetz vorgelegt, der dieses Ziel umsetzen soll (Drucksache 6/9883). Jede Bürgerin und jeder Bürger soll sich allgemein, beruflich, politisch, sozial, kulturell und interkulturell weiterbilden können. Lebenslanges Lernen sollte sich nicht auf Kenntnisse beschränken, die mit dem eigenen Beruf zu tun haben.

Nun hat sich der Landtag damit befasst. **Marion Junge, Sprecherin für Weiterbildung:** „Wir streiten für eine flächendeckende Weiterbildungslandschaft. Die Volkshochschulen und andere Bildungsträger sollen mithelfen, den Rechtsanspruch auf fünf bezahlte Bildungstage umzusetzen. Wir stehen für eine sichere Grundfinanzierung und wollen auch ein flächendeckendes Angebot für den zweiten Bildungsweg. Alle Einwohnerinnen und Einwohner sollen Schulabschlüsse an den Volkshochschulen und bei den anerkannten Trägern nachholen können.“ Bisher sind der Haupt- oder Realabschluss nur an der Abendoberschule nachträglich zu erwerben.

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit bis zu 50 Beschäftigten, die eine Bildungsfreistellung beanspruchen, sollen auf Antrag einen Ausgleich aus dem Landeshaushalt bekommen. In Rheinland-Pfalz, wo es einen Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung gibt, wurden hierfür 2014 pro Person und Kalendertag 57,95 Euro gezahlt. Insgesamt flossen dort in diesem Jahr 370.923 Euro zu diesem Zweck. Das würde auch Sachsen keineswegs überfordern.

Die CDU-SPD-Koalition ließ allerdings die Chance verstreichen, etwas für die Weiterbildungslandschaft zu tun. Dabei führt Michael Kretschmer nicht nur die Regierung, sondern auch den sächsischen Volkshochschulverband! Die Landesregierung lässt die Beschäftigten also weiterhin sitzen, wenn es um lebenslanges Lernen geht – das traut sich sonst nur noch Bayern. Dabei ist eine Bildungsfreistellung kein Hexenwerk, sondern sie hilft auch der Wirtschaft. Junge: „Wir bleiben bei unserer Forderung und werden gemeinsam mit dem DGB weiter für ein Bildungsfreistellungsgesetz kämpfen.“



# Was dürfen Bus und Bahn kosten?

Unter dem Titel „ÖPNV für alle!“ fand am 18. September 2018 auf dem Lindenauer Markt in Leipzig eine Veranstaltung der Linksfraktion statt. Ich debattierte mit Steffen Lehmann, Geschäftsführer des Mitteldeutschen Verkehrsverbands, Tino Supplies, Mobilitätsexperte des Leipziger Umweltverbands Ökolöwe vor ein paar hundert Zuhörerinnen und Zuhörern. Die freie Journalistin Sarah Ulrich moderierte. Dass die steigenden Preise für Bus und Bahn die Menschen bewegen, zeigten mehrere Wortmeldungen. Eine Frau fragte aufgebracht: „Wer kann sich seit der letzten Erhöhung überhaupt noch ein Ticket für die Straßenbahn leisten?“ Erst im August stiegen die Preise für Einzel- sowie Abokarten der Leipziger Verkehrsbetriebe. 2002 betrug der Preis für eine Einzelfahrt kostete eine Einzelfahrt 1,50 Euro, 2018 schon 2,70 Euro. Damit hat Leipzig die höchsten Preise in Sachsen. Erhöhungen führen dazu, dass der öffentliche Personennahverkehr weniger attraktiv wird und insbesondere einkommensschwache Menschen ausgeschlossen werden.

Einig war sich das Podium, dass der Nahverkehr attraktiv sein muss – dazu gehört attraktive Preispolitik. Dennoch verwies Steffen Lehmann darauf, dass der ÖPNV teuer und auf öffentliche Zuschüsse angewiesen sei. Etwa 550 Millionen Euro pro Jahr benötige der MDV, 220 Millionen Euro würden durch Ticketeinnahmen gewonnen, der Rest seien Zuschüsse. Dennoch steigen die Kosten für Personal, Energie oder Anschaffungen. Die öffentlichen Mittel reichen nicht aus, weshalb moderate Fahrpreisanpassungen notwendig seien. Er verwies auch auf Erfolge: Die Leipzig-Pass-Mobilcard ermögliche es auch Menschen, die beispielsweise Arbeitslosenhilfe beziehen, ein vergünstigtes Ticket zu erwerben. Allerdings ist auch das teurer geworden. Tino Supplies kritisiert, dass die



Zuschüsse der Stadt für die LVB 2012 eingefroren wurden und seither jede Kostensteigerung von den Kundinnen und Kunden getragen wurde. Indes wurde in Wien ein 365-Euro-Jahresticket eingeführt, mit dem die Wienerinnen und Wiener für einen Euro in ihrer Stadt fahren können. Dadurch stieg die Zahl der Abokunden von 370.000 (2012) auf 780.000 (2017).

In Sachsen bewegt uns die Idee einer Nahverkehrsabgabe, die alle Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune zahlen und dann entgeltfrei den ÖPNV nutzen können. Nach den Vorstellungen der Linksfraktion sollte der Freistaat ein Modellprojekt finanzieren, bei dem im ersten Schritt der ÖPNV massiv ausgebaut wird. Im zweiten Schritt sollten bestimmte Nutzer(-innen)gruppen kostenlos oder zum reduzierten Preis fahren können, etwa Schülerinnen und Schüler sowie Senioren. Zuletzt sollte das über einen bestimmten Zeitraum für alle Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Kommune gelten. Am sollte per Bürgerentscheid abgestimmt werden, ob eine ÖPNV-Abgabe für alle eingeführt wird, mit der für maximal 20 Euro pro Monat (sozial gestaffelt), also

einem Drittel des derzeitigen Abokartenpreises in Leipzig, alle Einwohnerinnen und Einwohner kostenlos in ihrer Kommune fahren können. Davon hätten alle etwas: Die Autofahrerinnen und -fahrer würden weniger im Stau stehen, Fußgängerinnen und Fußgänger könnten mehr Luft- und Lebensqualität mit weniger Autos in den Straßen genießen.

Steffen Lehmann hält ein solches Modell für nicht begrüßenswert, da es in die Freiheitsrechte eingreife. In Leipzig seien wichtige Schritte schon getan: neue Straßenbahnen sowie neue Linien und trotz Preissteigerungen die Hinzugewinnung neuer Fahrgäste. Nichtsdestotrotz sind sich die Diskutanten darin einig, dass eine Stärkung des ÖPNV nur mit öffentlichen Zuschüssen erreicht werden kann. Sowohl die Stadt Leipzig als auch der Freistaat müssen mehr Mittel bereitstellen. Auch der Bund steht in der Verantwortung.

• Marco Böhme, Sprecher für Mobilität, Klima und Energie

Die Veranstaltung kann bald unter [www.youtube.com/user/linksfractionsachsen](http://www.youtube.com/user/linksfractionsachsen) angeschaut werden.

## Öffentliche Fraktionssitzung in Görlitz

Das Ohr bei den Leuten haben – das ist auch für die Linksfraktion ein Anspruch. Ihn versuchen wir auch einzulösen, indem wir von Zeit zu Zeit geschlossen das Parlamentsgebäude verlassen und uns der Diskussion vor Ort stellen. Das geht am besten unter freiem Himmel. Und so waren die Abgeordneten und Beschäftigten zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode auf Tour. Am 11. September 2018 standen wir auf dem Marienplatz in Görlitz bereit für Gespräche über alle gewünschten politischen Themen. Moderiert wurde die Veranstaltung vom **stellvertretenden Fraktionschef Marco Böhme**.

Am Nachmittag ging es dann in zwei Diskussionsrunden um die Digitalisierung. Im Krankenhaus Emmaus Niesky diskutierten wir mit Dr. Matthias Schröter, Verwaltungsdirektor des Diakonissenkrankenhauses Dresden, und Vertreterinnen eines Modellprojekts die Folgen der Digitalisierung für die medizinische Gesundheitsversorgung.

Und im Bürgerbüro von Mirko Schultze in Görlitz ging es um die Digitalisierung und die Arbeitswelt – zu Gast waren Udo Döring, Betriebsrat bei Teleper-

formance Görlitz, und Thorsten Ahrens vom DRK-Kreisverband Görlitz. Es war mit Sicherheit nicht unsere letzte öffentliche Fraktionssitzung.



### Mehr für den Tierschutz tun!

*Welch' eine Misere: Für die 54 sächsischen Tierheime standen im Landshaushalt 2016 insgesamt 520.000 Euro bereit, 2017 rund 629.000 Euro. Das ergibt pro Heim rund 9.600 Euro bzw. rund 11.600 Euro. Damit lässt sich nicht einmal eine hauptamtliche Tierheimleitung finanzieren! Neben ihren eigentlichen Aufgaben müssen die Heime also weiter Spenden einwerben.*

*Zusätzlich erhalten Tierheime pauschale Zahlungen von den Kommunen. Deren Höhe liegt im Durchschnitt bei einem Euro pro Einwohnerin bzw. Einwohner. In einigen Landkreisen sind es sogar nur 30 Cent. 2010 errechnete der Deutsche Tierschutzbund, dass eine Fundtierkostenpauschale in Höhe von einem Euro plus sieben Prozent Umsatzsteuer notwendig wäre, damit die Tierheime gut arbeiten können. Gelöst werden kann dieses Problem, wenn das Land den Kommunen ihre Tierschutzausgaben in voller Höhe erstattet. Das ist eine Forderung aus einem neuen Gesetzentwurf (Drucksache 6/14771), mit dem die Linksfraktion für besseren Tierschutz sorgen und den engagierten Vereinen und Verbänden helfen will.*

**Susanne Schaper, tierschutzpolitische Sprecherin**, stellte im Landtag klar: „Tierschutz ist ein Staatsziel in Sachsen und eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Aber die sind weit davon entfernt, dafür genug Geld zu haben. Den Tierschutzorganisationen fehlen wichtige Rechte. Beides wollen wir beheben.“

*Anerkannte Tierschutzorganisationen sollen mehr Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte bekommen. Wir fordern ein tierschutzrechtliches Verbandsklagerecht, damit sie behördliche Anordnungen und Entscheidungen gerichtlich prüfen lassen oder gegen die Untätigkeit von Behörden vorgehen können. Ein Verbandsklagerecht gibt es schon in acht Bundesländern.*

*Um den Belangen des Tierschutzes mehr Nachdruck zu verleihen, soll außerdem ein unabhängiger Landestierschutzbeirat gebildet werden. Der Landtag soll eine Tierschutzbeauftragte oder einen Tierschutzbeauftragten wählen. Sie oder er berät, nimmt Anregungen entgegen und wirkt bei der Sicherstellung tierschutzrechtlicher Bestimmungen mit. Die Landkreise, Kreisfreien Städte und Großen Kreisstädte sollen zudem kommunale Tierschutzbeiräte bilden.*

*Wir sind nun gespannt auf die Debatte im Landtag. Beim Thema Tierschutz müssten sich doch alle einig sein. Oder?*





## Plenarspiegel September 2018

Die 79. und die 80. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 26. und 27. September 2018 statt. Die Linksfraktion war mit den folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

### Aktuelle Debatte

„Schuljahresbeginn mit Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall – Zukunft braucht gute Schule und neue Wege in der Bildung!“

### Gesetzentwürfe

„Gesetz über die Weiterbildung und das lebenslange Lernen im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/9883)

„Gesetz zur Verbesserung des Tierschutzes in Sachsen und zur Förderung der im Bereich des Tierschutzes tätigen Vereine und Verbände“ (Drs 6/14771)

### Anträge

„Istanbul-Konvention: Anspruch auf Schutz bei häuslicher Gewalt konsequent umsetzen – Sächsisches Maßnahmenprogramm endlich auf den Weg bringen!“ (Drs 6/14763)

„„Alle Menschen sind gleich und frei an Würde und Rechten geboren.“ – Bekenntnis zum Schutz, zur Wahrung und zur Verwirklichung der unveräußerlichen Menschenrechte anlässlich des 70. Jahrestages der Verabschiedung der ‘Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte‘“ (Drs 6/14582)

## Termine

### Fachgespräche zum LINKEN Integrationsgesetz

8.10.2018, 18:30 Uhr, Bürgerinitiative Chemnitzer City, Rosenhof 14, Chemnitz

11.10.2018, 18:30 Uhr, Wir AG Dresden, Martin-Luther-Str. 21

### Ideenkonferenz zur Situation der Kunst- und Kulturschaffenden in Sachsen: Kunst.Kultur.Perspektiven.

10. November 2018, 9:30–16:00 Uhr  
Westflügel, Hähnelstraße 27, 04177 Leipzig

# „Engagement-Preis für demokratische Kultur“ erstmals verliehen

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag haben in diesem Jahr erstmals einen „Engagement-Preis für demokratische Kultur 2018“ ausgelobt. Am 14. September wurde die Auszeichnung im Sächsischen Landtag verliehen – in feierlicher Atmosphäre und musikalisch meisterlich umrahmt durch Detlef Hutschenreuter und den Laienchor Pir-Moll.

Der „Engagement-Preis für demokratische Kultur 2018“ wurde in drei Kategorien vergeben. Als „Etablierte Initiative“ ging der Preis mit einer Dotierung von 1.000,00 Euro an das **Netzwerk für demokratische Kultur Wurzeln**. Laudator Franz Sodann, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion, würdigte den gemeinnützigen Verein, der seit 19 Jahren für Vielfalt und Toleranz streitet. „60 bis 70 aktive Mitglieder arbeiten größtenteils ehrenamtlich und setzen jährlich bis zu 50 Projekte und Veranstaltungen um. Sie schaffen für Bürger und Bürgerinnen, Jugendliche und Kinder offene Räume und fördern so eine aktive demokratische Zivilgesellschaft. Für ihre Arbeit müssen sich die Engagierten öffentlich und in sozialen Netzwerken rechtfertigen und Angriffe ertragen.“ Trotz aller Widerstände zeigten sie dennoch Haltung – das verdiene eine Auszeichnung.

In der Kategorie „Junge Initiative“, ebenfalls dotiert mit 1.000,00 Euro, ging der Preis an die **Demo-Beobachtungsgruppe Leipzig**. Laudatorin Juliane Nagel, Sprecherin der Linksfraktion für Migrations- und Flüchtlingspolitik: „Insbesondere vor dem Hintergrund der Mobilisierung rechter Akteure auf Sachsens Straßen haben sich seit 2014 viele Menschen auf den Weg gemacht, um für Humanismus, Grund- und Menschenrechte zu streiten. Die ehrenamtliche Demo-beobachtungsgruppe Leipzig kämpft für demokratische Grundsätze – ihr Fokus liegt auf dem Umgang der Polizei mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.“ Die Gruppe begleite Versammlungen und dokumentiere öffentlich das Handeln der Behörden. „Mit kritischem Blick auf den Umgang mit der Versammlungsfreiheit vertei-

digt die Initiative eines der wichtigsten Instrumente der demokratischen Willensbildung.“

In der Kategorie „Engagierte Einzelperson“, dotiert mit 500,00 Euro, wurde **Rebecca Jäger** ausgezeichnet.



Sarah Buddeberg, Parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik, stärkte der demokratischen Kämpferin gegen Missstände beim Transsexuellengesetz den Rücken. „Rebecca Jäger steht exemplarisch für hohen persönlichen Einsatz im Kampf gegen gesellschaftliche Missstände. Ausgehend von ihrer eigenen Entscheidung, eine Personenstandsänderung anzustreben, streitet sie für sich selbst und andere gegen die Steine, die das veraltete Transsexuellengesetz den Betroffenen in den Weg legt. Sie erzeugt damit öffentlichen Druck gegen Diskriminierung.“ Auch nachdem ihr Antrag nach langem Rechtsstreit endlich genehmigt wurde, kämpft sie weiter für die Rechte von Trans\*menschen.

Fraktionschef Rico Gebhardt verwies darauf, dass die Entscheidungen der Jury schwer gefallen sind. „Denn alle Nominierten wirken für eine lebendige demokratische Kultur – und setzen damit Zeichen für das andere, das freundliche Sachsen.“ Mit dem Engagement-Preis für demokratische Kul-

tur würdigten die Abgeordneten der Linksfraktion Menschen, Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände, die sich für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Sachsen einsetzen. „Und zwar nicht von oben herab, sondern auf Augenhöhe

mit den Betroffenen, damit sie selbst zur stärkeren Mitwirkung an den sie betreffenden Entscheidungen befähigt werden. Wir freuen uns, dass die Einsendungen eine große Bandbreite des demokratischen Engagements widerspiegeln.“

Die Preisträgerinnen und Preisträger und alle diejenigen, deren Engagement uns tief bewegt, stehen für eine Welt, in der die Grundwerte des Grundgesetzes ihre Gültigkeit haben. Und in der diese Grundwerte gegen alle verteidigt werden, die sie – unter welchen Vorwänden auch immer – einschränken wollen. Das ist aller Ehren wert.

Die Finanzierung der Dotierungen erfolgt durch Spenden der Mitglieder der Fraktion. Für den Preis können sich Personen, Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände bewerben, die sich im Bereich des Ausbaus demokratischer Beteiligung engagieren und ihren (Wohn-)Sitz in Sachsen haben und/oder in Sachsen tätig sind. Eine neue Runde im kommenden Jahr ist vorgesehen.



## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag